Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

# kommunistische volkszeitung

12.September 1973 Jg.1Nr.2 Preis 50 Pfennig

AUS DEM INHALT



ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

## Brandt bläst Seifenblasen

**"Steuererleichterungen in Sicht" so oder ähnlich stand es am 8. August in fast allen Tageszeitungen. Der Kanzler hatte angedeutet, daß wegen der inflationsbedingten Steuerprogression vorzeitige Änderungen des Steuerrechts nicht mehr ausgeschlossen seien. Gedacht war an eine Verdoppelung des Arbeitnehmer-Freibetrages von 240 DM auf 480 DM und eine Erhöhung der Kilometerpauschale von 36 auf 50%.**

Aber das große Versprechen minikleiner Steuererleichterungen (durchschnittlich 5 DM monatlich), das der Kanzler hinausposaunt hatte, wurde schon am nächsten Tag von seinen Ministern und Staatssekretären zurückgepfiffen. Der Versuch des Kanzlers, die Lohnabhängigen zu beschwichtigen und zugleich die Angriffe der CDU abzuwehren, war in die Hose gegangen. Das Kabinett beschloß, daß es keine Steuererleichterungen gäbe. Die kapitalistische Stabilitätspolitik erlaubt dem Kanzler nicht einmal, sich als Weihnachtsmann zu profilieren.

Und die Gewerkschaftsführer Vetter und Loderer, mit denen sich der Kanzler vorher besprochen hatte, müssen weiter darüber nachgrübeln, wie sie von ihren markigen Worten über zweistellige Lohnerhöhungen runterkommen. Der Trick mit dem Komma (8,5% sind eine zweistellige Forderung) wird nicht mehr durchkommen.

### DEMAGOGIE – MAL LINKS MAL RECHTS UND MIT VERTAUSCHTEN ROLLEN

Vielleicht werden sie nun damit kommen, daß Steuererleichterungen und hohe Lohnforderungen von den Rechten gefordert werden, um die sozialliberale Koalition zu Fall zu bringen. In der Tat entfaltet die CDU/CSU eine Demagogie mit der Forderung nach Steuererleichterung und




selbst die Bild-Zeitung spielt auf Arbeiterinteressen. BILD-Schlagzeile: "Die hohen Steuern und die hohen Preise will Bonn mit Almosen ausgleichen." Was von dieser Links-Demagogie der Rechten zu halten ist, beweist schon die Tatsache, daß vor drei Monaten die CDU noch einen Stabilitätssteuerzuschlag für alle Lohnabhängigen gefordert hatte. Ob SPD oder CDU, Kanzler oder Opposition, sie versuchen mit verschiedenen Maschen, mal links mal rechts, mit den Interessen der Arbeiter Schindluder zu treiben. Kanzler Brandt plant jetzt, nachdem sein Manöver mit den Steuererleichterungen schief gegangen ist, eine Wendung um 180%.

### FÜR DAS VOLK SCHWEISS UND TRÄNEN

Am 15. September will er (laut Wirtschaftswoche) eine Blut-,Schweiß- und Tränen-Rede an das deutsche Volk halten und fordern, daß die Lohnabhängigen, das deutsche Volk mehr Opfer auf sich nehmen müsse. Zugleich hat er bereits mit einem Reiseprogramm begonnen, um auch direkt in den Fabriken zu den Arbeitern zu sprechen. Politische Betätigung im Betrieb, die jedem Arbeiter und Angestellten durch das BetrVG verboten ist, steht selbstverständlich den bürgerlichen Parteien und natürlich dem Kanzler frei.

Vor der Belegschaft der Salzgitter AG hielt er am 31. August eine Rede, um zu zeigen, daß er wisse, wo den Arbeitern "der Schuh drückt". Zugleich aber diffamierte er die "wilden Streiks" mit den gleichen Lügenmärchen, wie sie die bürgerliche Presse verbreitet und versuchte, ohne das Wort zu nennen, mit Arbeitslosigkeit zu drohen, indem er sagte: "Wir müssen weiterhin für die Vollbeschäftigung sorgen – selbst wenn wir es natürlich nicht immer mit einer Überbeschäftigung zu tun haben werden." (Überbeschäftigung ist eine Arbeitslosigkeit von 1%).

### GUT FREUND MIT DEN KAPITALISTEN

Vor seiner Rede bei den Arbeitern der Salzgitter AG aber hatte der Kanzler die geplante Gesprächsreihe mit den Unternehmern bei einem Abenddinner mit 25 Großkapitalisten und Top-Managern eröffnet. Er warb (laut Wirtschaftswoche) "um Unterstützung für seinen Kampf gegen hohe Preise und wilde Ausstände".

Nach dem Dinner, und einer Aussprache, bei der viel gewitzt und gescherzt wurde, sagte der Kanzler zum Schluß: "Wir wollen trotz akuter Sorgen und obwohl wir manchmal nicht – so ist das Leben – immer auf der gleichen Seite der Barrikade stehen können, weiterhin miteinander offen im Gespräch bleiben!" Versandhauskapitalist und Herrenmensch Neckermann danach: "Wir waren meist mit dem Kanzler einer Meinung." (Zitiert nach Wirtschaftswoche 36). Die Kapitalisten wissen wohl, was sie an einem Kanzler haben der auch mal auf die "andere Seite der Barrikade" geht mit viel Sand in den Händen, um sie den Lohnabhängigen in die Augen zu streuen.

### SUBVENTIONEN FÜR DIE MONOPOLE

Während für die Lohnabhängigen faule Sprüche über Steuererleichterungen gemacht werden, kassieren die Großkonzerne direkt. 170 Millionen Mark bekam der Großkonzern Siemens für Forschungsvorhaben als Subvention aus dem Staatshaushalt. Die Profite aus den Ergebnissen der Forschung, die meist der Weiterentwicklung von Rüstungsgütern dient, stecken die Großkonzerne natürlich ebenfalls ein.



## Der Kampf der Arbeiter und die Schwierigkeiten ihrer Feinde

### Verlauf der Streikbewegung / Die Haltung von Regierung, Kapitalisten und IGM-Führung / Worauf kommt es jetzt an?

**Die Streikbewegung in Nordrhein-Westfalen hat nicht nur den miserablen Tarifabschluß der IGM vom Januar endgültig ins Wanken gebracht. Sie hat auch den alten Mythen der Sozialpartnerschaft, des sozialen Friedens und des neutralen Staates einen neuen Stoß versetzt. Sie hat die bestehenden Verhältnisse zum Tanzen gebracht und jede Klasse, jede Schicht hat in diesen Verhältnissen Stellung bezogen, und jede politische Organisation hat zeigen müssen, wo sie steht. Zeiten, in denen die Verhältnisse in Bewegung kommen, bieten hervorragendes Lehrmaterial für die Arbeiterklasse. "Wer hat die politische Macht?" "Wem gehören Staat und Regierung?" "Auf wen kann man sich verlassen im Kampf um die eigenen Klasseninteressen?" "Wer fällt einem in den Rücken und steht trotz allem Geschwätz auf der Seite des Feindes?" All diese Fragen stellen sich deutlich und verlangen Antwort. In jeder Streikbewegung erringen die Arbeiter nicht nur diesen oder jenen wirtschaftlichen Erfolg, sie gewinnen auch mehr Klarheit über den weiteren Gang der Bewegung und über die Richtung, die sie nehmen muß. Diese Klarheit ist die entscheidende Waffe für die weiteren Kämpfe.**

Die Unzufriedenheit über die Tarifabschlüsse in der Stahl-Industrie und dann in der Metall-Industrie war unter den Arbeitern von vornherein sehr groß. Aber diese Unzfriedenheit wurde nicht einfach geschluckt. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, die durch diese Tarifabschlüsse ermöglicht wurde, zwang schließlich immer mehr Belegschaften zum Kampf gegen die Folgen dieser Tarifabkommen. Sie ließen Tariffrieden Tariffrieden sein, und streikten für ihre Interessen. Die ersten waren die Hoescharbeiter, die fast unmittelbar nach dem Abschluß im Stahlbereich in den Streik traten. Dann folgte der wochenlange Streik bei Mannesmann-Huckingen. In der Metall-Industrie, wo sich die Kapitalisten im Gegensatz zur Stahl-Industrie hartnäckig weigerten auch nur bescheidene *allgemeine* Zuschläge zu zahlen, begann die Streikbewegung im Mai und Juni und konzentrierte sich zunächst auf Süddeutschland mit dem Zentrum im Raum Mannheim/Heidelberg. Innerhalb eines kurzen Zeitraums traten hier über 20 Betriebe in den Streik. Durch längere Dauer und besondere Hartnäckigkeit zeichneten sich die Streiks bei John Deere in Mannheim und Harvester in Heidelberg aus. Ein durchschlagender Erfolg konnte in keinem dieser Streiks errungen werden, aber sie alle zwangen die jeweiligen Kapitalisten zu wirtschaftlichen Zugeständnissen und bedeuteten einen Bruch mit dem verordneten Tariffrieden. Im Juni griffen einzelne Belegschaften in Bremen zum Streik. Zuerst die Arbeiter vom Vulkan, die mehrere Tage streikten und auch zum Kampfmittel der Straßendemonstration griffen. Mit dem Streik bei Klöckner zeichnete sich zum ersten Mal ein Umschlagen der einzelnen Streiks in eine allgemeine Streikbewegung ab. Wie bei Hoesch im Januar streikte hier aufs Neue eine Belegschaft, auf die spätestens seit den Septemberstreiks von 69 die westdeutschen Arbeiter blicken und deren Siege und Niederlagen eine allgemeine Bedeutung haben. Auch die Kapitalistenklasse begriff sofort die Bedeutung des Klöckner-Streiks. Ihre Zeitungen, allen voran die Bild-Zeitung, verschärften die Hetze und die Spaltungsmanöver. Aufgrund fehlender Vorbereitung und Organisation konnte der Streik zerschlagen werden – mit Hilfe von Lügen der Geschäftsleitung und Gewaltanwendung von Werkschutz und Polizei. Aber die Bourgeoisie hatte keinen Grund zum Feiern. Längst war klar und die vielen Warnstreiks in Betrieben der ganze BRD vor allem in den verschiedenen AEG-Betrieben, zeigten es deutlich: trotz einzelner Niederlagen und keinem durchschlagenden Erfolg in den bisherigen Streiks, breitete sich die Streikbereitschaft immer mehr unter den Arbeitern aus und erfaßte schon andere Bereiche als die Stahl- und Metall-Industrie (z. B. Volko-Gießen und die holzverarbeitende Industrie). Das Wort vom "Heißen Herbst" geisterte durch die bürgerlichen Redaktionsstuben. Aber bis zum Herbst wollten die Metaller in Nordrhein-Westfalen nicht warten. Ende Juli streikte die Belegschaft der Hella-Werke in Lippstadt und Paderborn und setzte trotz Polizeieinsatz einige ihrer Forderungen durch. Mitte August begann die Streikwelle in ganz Nordrhein-Westfalen mit ihren Höhepunkten bei Opel/Bochum und Ford/Köln. Über 50 000 Arbeiter traten allein im IGM-Bereich Essen im Verlauf weniger Tage in Streik und die Streiks bei Buderus/Wetzlar, in Lübeck und in einigen anderen Städten außerhalb NRW, zeigten, daß diese neue Streikwelle das ganze Land erfassen könnte.

**In dieser Situation trat die Bundesregierung offen auf den Plan und schlüpfte in die Rolle des ehrlichen Maklers und des Verteidigers der Ta-**

**(Fortsetzung S. 2)**

(Fortsetzung v. S. 1)

rifautonomie. In einer Serie von Gesprächen mit wichtigen Unternehmern, Vertretern der Arbeitgeberverbände sowie mit Gewerkschaftsführern versuchte sie eine gemeinsame Front zu errichten gegen die im Streik befindlichen Arbeiter und gegen die Interessen der Arbeiterklasse, für die in den Streiks gekämpft wurde. Das Ziel dieser Gespräche zwischen den verschiedenen Kräften der kapitalistischen Sozial- und Wirtschaftsordnung war es, die Ruhe wieder herzustellen und die Initiative zurückzugewinnen. Um den Tariffrieden zu sichern, mußte der geltende Tarifvertrag ergänzt bzw. geändert werden: auf dieser Linie stellte sich die Einheit zwischen Regierung, Unternehmern und Gewerkschaftsführern her. Und auf Grundlage dieser Übereinkunft sollten Gesamtmetall und IG-Metall Verhandlungen aufnehmen. Den ersten Schritt tat der Verband der Metallkapitalisten, der sich bisher stets geweigert hatte, die Tarifverträge zur Debatte zu stellen. Er lud die IG Metall zu Gesprächen ein. Zuvor hatten Unternehmer, Staatsgewalt und IGM-Führung gemeinsam den Streik bei Ford zerschlagen, andere Streiks konnten durch leichte Zugeständnisse oder durch den Hinweis auf die bevorstehenden Verhandlungen beendet werden. Die Bühne gehörte nun wieder den klassischen Figuren der Verhandlungsmanöver, die sich hinter verschlossenen Türen an einen Tisch begaben.

## DER EINGRIFF DER BUNDESREGIERUNG

Bis zum Wochenende vom 25./26. August hatte sich die Bundesregierung darum bemüht, durch die Stellungnahmen einzelner Minister vor allem von Schmidt und Friedrichs den geltenden Tarifvertrag zu stützen und die Gewerkschaften vor hohen Forderungen für die bevorstehenden Tarifrunden zu warnen. Dabei drohte Friedrichs mehrmals damit, jede Kaufkrafterhöhung der Arbeiterhaushalte wegzusteuern. Nicht umsonst konnten die Kapitalisten sich bei verschiedenen Gelegenheiten als die konsequentesten Vorkämpfer der Stabilitätspolitik der Regierung bezeichnen, denn die Regierungspolitik war die konsequente Verwirklichung der Interessen der Unternehmer. Die Streikbewegung zwang die Regierung zu einem leichten Schwenk in der Taktik. An die Stelle der bedingungslosen Verteidigung des Tarifvertrages setzte sie die Verteidigung der Tarifautonomie mittels Zugeständnisse. Die Politik der Spitzengespräche wurde ergänzt durch den Appell an das Volk. Über das Fernsehen wandte sich
Über das Fernsehen wandte sich Brandt an die Massen und forderte sie zur Loyalität auf, durch seine Reise nach Salzgitter versuchte er zu beweisen, daß die Arbeiter hinter seiner Politik stehen. Von den Polizeiknüppeln, die die Staatsgewalt gegen die streikenden Arbeiter einsetzte, war weder hier noch dort die Rede. Die Politik Brandts gefiel der CDU/CSU so gut, daß CDU-Chef Kohl ihm nur noch seiner Unterstützung versichern konnte. Aber die Rechnung Brandts ging nicht auf: die Verhandlungen zwischen Metall-Kapitalisten und Gewerkschaftsführung scheiterten. Nichts ist gelöst. Die Arbeiter aber, die gespannt auf den Ausgang der Gespräche blickten, müssen erkennen, daß sie nur das bekommen, was sie sich selbst erkämpfen. Die SPD-Führung, die keine Mühe gescheut hat, die Streiks zu zerschlagen, redet jetzt viel von "Solidarität" mit den Gewerkschaften. Hinter dem schönen Wort Solidarität verbirgt sich hier jedoch nur die Kumpanei der SPD-Politiker in und außerhalb der Gewerkschaft bei der Unterdrückung des selbständigen Kampfes der Arbeiter und bei der Verteidigung der Machtpositionen in der Gewerkschaft.

## DIE TAKTIK DER KAPITALISTEN

Die Metallkapitalisten haben von vornherein auf zwei Ebenen gespielt: auf der einen Seite demütigten sie die Gewerkschaft, indem sie jeden offiziellen Zuschlag auf den geltenden Tarif unter höhnischem Hinweise auf die Stabilitätspolitik der Regierung verweigerten. Im Mai ließen sie die entsprechenden Verhandlungen platzen. Auf der anderen Seite versuchten sie durch teilweise betrügerische, teilweise spalterische Zuschläge auf Betriebsebene, die Arbeiter vom Streik abzuhalten. Das aber mißlang. Von der Breite der Streikfront überrascht, waren sie nun zu Verhandlungen bereit. Ihr Ziel war jetzt, sofortige Tarifverhandlungen herbeizuführen und einen Abschluß für ein weiteres Jahr zu erzielen. Dabei gehen sie davon aus, daß sie die jetzige Unruhe in den Betrieben vorübergehend auffangen, eine harte Tarifauseinandersetzung im Januar vermeiden können und im nächsten Herbst unter für sie günstigeren Voraussetzungen Lohnforderungen der Arbeiter besser abwehren können.

## DIE POLITIK DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

Die Gewerkschaftsführung hat sich gründlich verrechnet. Zunächst hatte sie gehofft, mit ihrem miserablen Abschluß zu willen der SPD/FDP-Regierung über die Runden zu kommen. Als sich zeigte, daß die Arbeiter sich nicht ein ganzes Jahr auf die nächste Tarifrunde vertrösten ließen, versuchte sie sich durch die Verhandlungen im Mai aus der Affäre zu ziehen. Aber die Kapitalisten dachten, sie würden mit den Arbeitern schon allein fertig, fühlten sich durch die Regierung gedeckt, und ließen die Gewerkschaftsführung abblitzen. Von diesem Zeitpunkt an saß die Gewerkschaftsführung im Schmollwinkel und lamentierte über die Unfairness der Kapitalisten. Auf der einen Seite machte sie die Kapitalisten für die Streiks verantwortlich, auf der anderen tat sie alles, um die Streiks zu sabotieren und bei ihrer Zerschlagung behilflich zu sein. So gerieten die "großen Taktiker" ungezählter Tischrunden und Konzertierter Aktionen zunehmend in die taktische Sackgasse, aus der ihnen nur die Vermittlung Brandts wieder heraushalf. Aber auch in den durch Brandt vermittelten Verhandlungen blieb diesen Helden des hölzernen Schwerts (gegen die Kapitalisten) und des Polizeiknüppels (gegen die Arbeiter) wenig Spielraum. Auf die Streiks der Arbeiter konnten sie sich nicht stützen und doch konnten sie auch nicht ohne Rücksicht auf die Ansichten und Erwartungen der Arbeiter ein weiteres Mal umstandslos auf die Seite der Kapitalisten und der Regierung treten. so blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Verhandlungen erst einmal abzubrechen. Nach einer Vorstandtssitzung erklärte Vorsitzender Loderer am 6. 9., die IGM werde vorläufig keine weiteren Gespräche mit den Kapitalisten führen.

Äußerer Anlaß, an dem die Verhandlungen vorläufig geplatzt sind, ist die Frage, ob die Verhandlungen zentral oder dezentral geführt werden sollen. Was steckt dahinter? Loderer und die IGM-Führung wissen, daß die Metaller diesesmal keinen "Stabilitäts"-Abschluß dulden werden und daß die Gewerkschaftsführung selber einen relativ hohen Abschluß braucht, wenn sie nicht jedes Ansehen bei den Arbeitern verlieren will. Gleichzeitig ist die Gewerkschaftsführung weder fähig, noch willens, sich an die Spitze eines entschlossenen Kampfes für höhere Löhne zu stellen, der sich gegen Kapitalisten *und* Regierung richten muß.

Auf zentraler Ebene könnte die IGM-Führung nicht diesen oder jenen Warnstreik organisieren, eventuelle Streiks nicht auf diesen oder jeden Bezirk beschränken, um dann nach einem lokal oder regional beschränkten Streik faule Kompromisse für das ganze. Bundesgebiet abzuschließen. Zentrale Verhandlungen bedeuten im Falle des Scheiterns einen bundesweiten Streik. Ein solcher Streik ist schwer zu gängeln, hätte von vornherein eine große politische Tragweite, stellte nicht nur die bisherige Politik der Gewerkschaft in Frage, sondern die Regierung selber. Er würde völlig unwägbare Risiken für die Gewerkschaftsführung, ihre Politik und ihre Stellung bedeuten. Deshalb scheut die IGM-Führung eine offene Auseinandersetzung im ganzen Bundesgebiet, einen bundesweiten Streik wie der Christ den Beelzebub. Auf ein solches "Abenteuer" kann sie sich auf keinen Fall einlassen. Von dieser Tatsache gehen die Kapitalisten aus. Deshalb wollen sie die Gewerkschaftsführung an den zentralen Verhandlungstisch, weil sie hoffen, hier am schnellsten und reibungslosesten mit den Gewerkschaftsführern zu Rande zu kommen. Die Kapitalisten scheuen das "Abenteuer" nicht, denn ... wissen, daß die IGM-Führung allemal die Interessen der Arbeiter den Interessen der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unterordnen werden. Als die Kapitalisten auf zentralen Verhandlungen beharrten, blieb den IGM-Führern nichts, als sich zu trollen und abzuwarten. Die IGM-Führung hat nach wie vor die Initiative verloren. Ihre Versöhnlerpolitik zwingt sie gegenwärtig zur Passivität.

Wenn Metall-Kapitalisten und IGM-Führung auch gern zusammenwollen, sie können es nicht ohne weiteres. In den Streiks hat sich eine Kampfbereitschaft der Arbeiter gezeigt, die das nicht zuläßt, wenn nicht entweder die Kapitalisten freiwillig wesentlich höhere Löhne zahlen oder die IGM-Führer von vornherein offen kapitulieren wollen. Die Streikbewegung hat die Klassenfronten aufgezeigt und hat damit die Grundlagen der bisherigen Tarifpolitik erschüttert *Deshalb* sind die Verhandlungen vorläufig gescheitert.

## WORAUF KOMMT ES JETZT AN?

Einige Streiks der letzten Wochen konnten von den Kapitalisten und den klassenversöhnlerischen Gewerkschaftsführern nur deshalb beendet werden, weil sich die Arbeiter noch einmal mit Versprechungen auf die bevorstehenden Verhandlungen abspeisen ließen. In vielen Belegschaften sind Streiks diskutiert worden. Die Streikvorbereitungen wurden unterbrochen, weil auf die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Gesamtmetall und IGM-Führung gewartet wurde. Diese Verhandlungen haben noch einmal gezeigt, daß der alte Tarifvertrag heute nur noch toter Ballast ist, aber Ergebnisse haben sie keine gebracht. Diese Entwicklung hat denjenigen Recht gegeben, die sagen: nur die selbständigen Streiks bringen die Sache voran. Sie hat die Position der ewigen Versöhnler und Abwiegler in Betrieb und Gewerkschaft geschwächt. Statt auf Verhandlungen zu warten, ist es richtig, den Kampf für betriebliche Forderungen aufzunehmen; dieser Kampf ist auch die beste Vorbereitung auf die anstehende Tarifauseinandersetzung. Die betrieblichen Forderungen, die jetzt aufgestellt und erkämpft werden, müssen die Grundlage für eine zureichende Vorweganhebung in der Tarifauseinandersetzung bilden. Deshalb hat es auch keinen Wert, Forderungen nach einer einmaligen Teuerungszulage zu erheben, oder sich durch entsprechende Angebote abspeisen zu lassen. Es geht darum, den Nettoreallohn pro Stunde zu verteidigen und zu verbessern und dann tariflich abzusichern. Schon jetzt müssen die Forderungen für die Tarifauseinandersetzungen diskutiert werden. Ob es dann schon im Herbst zu Tarifverhandlungen kommt, oder erst Ende des Jahres: die Arbeiter werden jedenfalls vorbereitet und nicht den Manövern der Gewerkschaftsführung ausgeliefert sein. Die Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich müssen noch besser verankert werden. Die Vorweganhebung muß die erkämpften Zulagen absichern und die Unterschiede zwischen verschiedenen Betrieben zugunsten der schlechter bezahlten Belegschaften verringern. Wenigstens 30 Pfennig Vorweganhebung pro Stunde sind unbedingt nötig. Eine eigentliche Forderung von 1 DM pro Stunde ist eher zu wenig als zu viel. Die Gewerkschaftsführung wird sich diesesmal noch heftiger gegen Forderungen in Mark und Pfennig wehren. Das hat Loderer schon im Frühjahr zu verstehen gegeben. Es ist auch klar warum: solche Forderungen schränken den Spielraum für Spaltungsmanöver ein; diesen großzuhalten ist aber nicht nur für die Kapitalisten, sondern auch für die IGM-Führer wichtig.

Sowohl in die selbständigen Kämpfe als auch in den Tarifkampf wird sich der bürgerliche Staatsapparat und die SPD/FDP-Regierung weiterhin verstärkt einschalten. Das muß nicht in jedem Fall mit Hilfe der Polizei geschehen. Das kann auch durch Gespräche, Schlichtungen, Appelle und versteckte Lohnleitlinien geschehen. Da ist es wichtig, sich keine Illusionen über diesen Staatund diese Regierung zu machen. Wenn Brandt von Spielregeln spricht, dann meint er das Betriebsverfassungsgesetz, dann meint er all jene politischen und ökonomischen Zwangsgesetze, die die Arbeiterklasse der Kapitalistenklasse und ihrem Staat unterwirft. Diese "Spielregeln" müssen gebrochen werden und werden gebrochen, wenn sich die Arbeiter gegen die Kapitalisten auflehnen. Sie werden immer häufiger und konsequenter gebrochen werden, je weniger die alten Versprechungen von sozialer Sicherheit, von steigendem Wohlstand usw. usw. noch verfangen. Der radikale Bruch mit diesen Spielregeln aber wird die proletarische Revolution sein, die mit den bestehenden Verhältnissen die Ursache der Ausbeutung, der Unsicherheit und der politischen Unterdrückung beseitigt. Die gegenwärtigen Kämpfe können erste Schritte dahin sein. Das ahnt auch Brandt: sein Hinweis auf die Spielregeln ist ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie weiß: in jedem Streik lauert die "Hydra der Revolution", wie einst ein preußischer Polizeiminister formulierte. Warum ist das so? Weil das Proletariat in jedem selbständigen Streik die Spielregeln sprengt und seine eigenen Interessen zur Richtschnur seines Handelns macht.

J.S.



Polizeieinsatz gegen streikende Fordarbeiter

# STREIK-ÜBERSICHT

**KIEL**: Am 23. 8. streikten 200 Arbeiter des Zeiss-Ikon-Werkes 2 Stunden lang für eine Zulage.

**LÜBECK**: Am 27. 8. traten 40 von 200 Arbeitern der Possel Eisen und Stahl GmbH in den Ausstand. Ihre Forderung: 60 Pfennig.

**HAMBURG**: Nach einer 10 miütigen Demonstration der Belegschaft auf dem Werksgelände bewilligte die Geschäftsleitung von Still-Esslingen eine Erhöhung des 13. Monatsgehalts um 15%.

**WITTEN/DORTMUND**: In einem 1 1/2 tägigen Streik erkämpften die Arbeiter von Holstein Kappert am 8. 8. eine Zulage von 200 DM.

**DATTELN**: 700 Arbeiter der Ruhr-Zink GmbH und der Rhein-Zink GmbH erkämpften am 20. 8. 71 Pfennig pro Stunde mehr für alle.

**BOCHOLT**: 200 Arbeiter der Maschinenfabrik Herbert Olbrich KG streikten am 20. 8. für 70 DM mehr im Monat

**HERNE**: 550 Streikende der Schraubenfabrik Dorn erkämpften am 21. 8. nach zweitägigem Streik eine Erhöhung des Weihnachtsgeldes um 5% und der Schmutzzulage um 12 Pfennig.

- 200 von 480 Arbeitern der Baumaschinenfabrik Flottmann setzen am 21. 8. in einem 90 minütigen Streik eine einmalige Zulage von 225 DM und die Bezahlung der Ausfallzeit durch.
- 30 Arbeiterinnen der Optal Werke legen am 22. 8. die Arbeit nieder.

**BOCHUM**: Bei der Maschinenfabrik Kestermann streikten am 21. 8. 130 Arbeiter mehrere Stunden und erhielten 30 bis 50 Pfennig Zulage.

**WETTER AN DER RUHR**: Am 22. 8. streikten die Arbeiter im Re- 22. 8. streikten die Arbeiter im Re- paraturbetrieb für die britische Rheinarmee um eine Zulage.

**GEVELSBERG**: Nach einem mehrstündigen Streik am 22. 8. erhielten die Arbeiter einer Schmiede 200 DM Teuerungszulage.

**DUISBURG**: Bei der Rheinstahl Umform- und Bergbautechnik legten 400 der 1900 Arbeiter am 24. 8. die Arbeit nieder. Ihre Forderung: 280 DM Zuschlag.

**DUISBURG**: 300 Arbeiter der Berzelius-Metallhütte Duisburg legten am 23. 8. die Arbeit nieder und forderten 71 Pfennig.

**OBERHAUSEN**: Am 23. 8. streikten mehrere Stunden 2000 Arbeiter bei der Gutehoffnungshütte in Oberhausen für eine Zulage.

**DORTMUND**: Bei Rheinstahl-Wagner legten am 24.8. die Arbeiter für mehrere Stunden die Arbeit nieder und forderten eine Teuerungszulage.

- 300 Frauen streikten bei VDO Dortmund für eine Teuerungszulage.

**HAGEN**: Am 20. 8. streikten 306 Beschäftigte im technischen Betrieb der "Westfalenpost". Die Zeitung erschien in einer Notausgabe. Sie erreichten als Zuschlag eine erhöhte Sozialpauschale.

- 300 Arbeiter bei Varta Hagen streikten am 24. 8. für 100 DM mehr im Monat.

**DORTMUND**: Am Dienstag, dem 5. 9. 73, streikten während und nach den Verhandlungen der IG Metall mit den Metallkapitalisten die 750 Arbeiter eines Zweigbetriebes der Essener Rheinstahl-AG in Dortmund.

**ISSELBURG**: Am Mittwoch, 6. 9., streikten 750 Arbeitnehmer der Isselburger Hütte in Isselburg bei Bochum.

*Hier werden Berichte und Stellungnahmen von Kollegen, politisch unorganisierten und organisierten, über Streiks und alle politischen Fragen wiedergegeben. Die wirkliche Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus muß aufgezeigt und die Verständigung der Arbeiter untereinander entwickelt werden. Die Erfahrungen müssen ausgetauscht, die Diskussionen geführt und alle politischen Erscheinungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse untersucht werden.*
*Die Arbeiterkorrespondenzen sind ein wichtiges Mittel dazu. Sie werden diese Zeitung zu einem Organ der ganzen Klasse machen.*

# ARBEITER-KORRESPONDENZEN



## Ford Köln vier Tage lang von streikenden Arbeitern besetzt

Ford Köln hat 32 000 Beschäftigte, darunter 12 000 türkische Arbeiter. Sie stellen 95% der Bandarbeiter, haben die unmenschlichsten Arbeitsbedingungen und werden am schlechtesten bezahlt.
Nach Angaben der Gewerkschaftsführung sind 80 bis 90% der deutschen Kollegen gewerkschaftlich organisiert, bei den türkischen Kollegen 60 bis 70%.
Im Betriebsrat sind die türkischen Arbeiter hoffnungslos unterrepräsentiert, von 41 Betriebsräten stellen sie 5, keiner ist freigestellt. Selbst ein türkischer Kollege, der bei der letzten Betriebsratswahl gegen die IGM-Liste kandidiert und 32,9% aller Stimmen erhalten hat, wurde von der SPD-Clique unter Führung von Lück und Kuckelkorn (Vorsitzender und Geschäftsführer des Betriebsrates) nicht freigestellt.
Die SPD-Führer im Betriebsrat zeichnen sich dadurch aus, daß sie eng mit den Fordkapitalisten zusammenarbeiten. Auf der letzten Betriebsversammlung in der Woche vor dem Streik versuchten sie den Kollegen zu erzählen, an der beschissenen Lage bei Ford-Köln sei nur das englische Ford-Management schuld, man müßte gemeinsam mit Schünemann und Co. (Vorstand) Front gegen die englische Vorherrschaft machen. Durch solche Mätzchen versuchen Lück, Kuckelkorn und Konsorten die Kollegen einzulullen, sie versuchen nationalistische Vorurteile zu schüren, um von der Tatsache abzulenken, daß die Arbeiter von allen Kapitalisten gleichgültig welcher Nationalität ausgebeutet werden.
Doch alle Märchen von den "bösen" Engländern und den "guten" Deutschen halfen nicht; als auf der Betriebsversammlung fortschrittliche Kollegen aufstanden und 1 DM mehr für alle forderten, erhielten sie starken Beifall.
Hinzu kam, daß die Geschäftsleitung etwa 500 türkische Kollegen entlassen wollte, weil sie zu spät aus dem Urlaub zurückgekommen waren. Da diese Kollegen für Hin- und Rückreise mindestens 10 Tage brauchen, bleiben ihnen für die Familie höchstens 2 1/2 Wochen. Deshalb hängten viele türkische Kollegen noch 1 bis 2 Wochen an ihren Urlaub an, weil sie ihre Frauen und Kinder sowieso nur einmal im Jahr sehen.
Die Arbeit der Entlassenen sollte von den anderen türkischen Kollegen zusätzlich übernommen werden, so daß sich die ohnehin unerträgliche Arbeitshetze noch weiter verschärfte. Das ließen sich die türkischen Kollegen nicht bieten.




**Fordarbeiter ziehen durchs Werk mit den Forderungen in türkisch und deutsch**

### DIE Y-HALLE FÄNGT AN ZU STREIKEN

Am Freitagnachmittag zu Beginn der Spätschicht um 15 Uhr schmeißen die türkischen Kollegen in der Y-Halle (Endmontage) die Brocken hin. Sie weigern sich die anfallende Mehrarbeit zu machen und fordern die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen. Ein Streikzug wird formiert und zieht durch die Halle. Die meisten deutschen Kollegen schließen sich an, sie unterstützen die Forderungen. Der Zug geht durch das ganze Werksgelände, die Spätschicht wird vollständig für die Streik mobilisiert.
Um 18 Uhr endet der Zug auf dem Platz vor dem M-Gebäude, der in den nächsten Tagen zum Mittelpunkt des Streiks wird. Ca. 8000 Arbeiter sind versammelt, nirgendwo wird mehr gearbeitet. Die Streikfront steht und die meisten deutschen Kollegen sind dabei. Der türkische Kollege Targün und der deutsche Kollege Heinert (der wegen dieser Rede von der Geschäftsleitung Hausverbot erhält) begründen die Forderungen und die Notwendigkeit des Streiks.

**1 DM MEHR FÜR ALLE!**
**ZURÜCKNAHME DER ENTLASSUNGEN!**
**6 WOCHEN BEZAHLTEN URLAUB!**
**VERRINGERUNG DES ARBEITSTEMPOS!**
**BEZAHLUNG DER STREIKSTUNDEN!**
**KEINE DISZIPLINARMASSNAHMEN GEGEN STREIKENDE!**

Das sind die Forderungen von 8000 deutschen und türkischen Kollegen.
Eine Streikleitung wird zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewählt und Streikposten für die Tore wurden auch noch nicht organisiert. So kam es, daß die Nachtschicht und die Samstagsschicht fast vollständig wieder arbeiteten.
Während des Wochenendes wurden die nächsten Schritte diskutiert. Am Montagmorgen erschien ein Flugblatt der Gruppe Kölner Fordarbeiter, in der fortschrittliche Kollegen zusammenarbeiten. In diesem Flugblatt wurden noch einmal die Forderungen bekräftigt und der Streik als Mittel ihrer Durchsetzung propagiert.
Die Frühschicht nahm am Montag in den drei größten Hallen (Y-, W- und G-Halle) die Arbeit gar nicht erst auf. Von der Y-Halle zogen die Kollegen zur G- und W-Halle und sammelten die dort wartenden Arbeiter ein. Auf Schildern und Transparenten wurden die Forderungen mitgeführt, die morgens auf dem Flugblatt gestanden hatten. Anschließend folgte ein Umzug durch das ganze Werk, bei dem die noch arbeitenden Kollegen davon überzeugt wurden, daß es notwendig ist, geschlossen zu streiken. In einzelnen Fällen kam es auch zu Auseinandersetzungen, die dann in der bürgerlichen Presse aufgebauscht wurden, um die deutschen gegen die türkischen Arbeiter aufzuhetzen.

### DIE STREIKLEITUNG WIRD GEWÄHLT

Um 9 Uhr endete der Umzug am M-Gebäude, dort war Streikversammlung. Erst sprachen 4 Kollegen, die nochmals die Forderungen unterstrichen und erklärten, solange nicht alle 6 Forderungen erfüllt wären, würde gestreikt. Danach versuchte der Betriebsrat über Megaphon Einfluß auf die Kollegen zu gewinnen: er habe ja Verständnis für die Kollegen und man würde auch mit der Geschäftsleitung verhandeln. Zu diesem Zeitpunkt wagten es die SPD-Führer im Betriebsrat noch nicht, zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Zuviel deutsche Kollegen unterstützten noch den Streik, deshalb zeigte sich der Betriebsrat auch "verständnisvoll". Sein wahres Gesicht zeigte sich jedoch schon, als er den Kollegen Heinert nicht ans Megaphon ließ, weil dieser Hausverbot erhalten hatte; damit unterstützte er ganz klar die Unterdrückungsmaßnahmen der Geschäftsleitung. Die streikenden Kollegen erkannten die Doppelzüngigkeit der SPD-Führer und pfiffen sie aus.
Vor allem für die türkischen Kollegen, die bisher immer wieder vom Betriebsrat verschaukelt worden waren, war klar, daß diese Arbeiterverräter nicht die richtigen Leute waren, um den Streik zu organisieren und die Forderungen gegenüber der Geschäftsleitung zu vertreten. Deshalb wurde der Vorschlag, eine Streikleitung zu wählen, stürmisch bejubelt und sofort in die Tat umgesetzt. 9 türkische, 2 deutsche, 2 italienische und ein jugoslawischer Kollege wurden von der Versammlung gewählt. Die Streikleitung machte sofort Vorschläge, um die Geschlossenheit und Disziplin des Streiks zu stärken. Mit überwältigender Mehrheit beschloß die Streikversammlung:
– kein Alkohol während des Streiks;
– Gewalt nur gegen Provokateure, nicht gegen Arbeitswillige;
– keine Beschädigung von Maschinen.
Diese Beschlüsse wurden während des Streiks diszipliniert eingehalten. Wenn tatsächlich einmal dagegen verstoßen wurde, griff die Streikleitung sofort ein; es herrschte eine fast militärische Disziplin. Darüber war in der bürgerlichen Presse allerdings kein Wort zu finden, die Wahrheit paßte eben nicht in das Bild von den "Krawallmachern", "chaotischen Türken" (Polizeipräsident Hosse) usw.
Nachdem die Streikleitung gewählt war, erkannten Betriebsrat und Geschäftsleitung, daß ihre übliche Taktik zum Scheitern verurteilt war. Die meisten Streiks in den anderen Betrieben waren nach dem Motto: "An die Spitze setzen, faule Kompromisse aushandeln und dann abwürgen" kaputt gemacht worden. Das war bei Ford nicht mehr drin, weil der Streik eine klare Führung hatte, die das Vertrauen der Kollgen besaß.
Deshalb ging die Geschäftsleitung dazu über, die Kollegen erst einmal aus dem Werk zu schicken. Als um 12.30 Uhr die erste Verhandlungsrunde mit dem Betriebsrat abgebrochen wurde, erklärte die Geschäftsleitung, daß Spät- und Nachtschicht nicht arbeiten würden, und die Kollegen der Frühschicht nach Hause gehen sollten.
Sofort nach Bekanntwerden dieser Maßnahme diskutierte die Streikversammlung die notwendigen Schritte dagegen. Es wurde beschlossen, Abordnungen an die Tore zu schicken, um die Spätschicht zu agitieren und die Tore zu besetzen. Die Streikleitung teilte Agitationstrupps ein, die einen großen Teil der Spätschicht davon überzeugen konnte, ins Werk zu kommen und sich aktiv am Streik zu beteiligen. Der Entschluß, die Tore zu besetzen, um den Streik im Betrieb zu führen, war zweifellos richtig. Er wirkte sich jedoch bei vielen deutschen Kollegen, die nach Hause wollten, negativ aus. Bei diesen Kollegen fiel die nationalistische Hetze ("Türkenterror") von Geschäftsleitung und Presse auf fruchtbaren Boden. Hinzu kam, daß die Streikleitung anfangs hauptsächlich auf türkisch agitierte, so daß viele Kollegen nicht verstanden, worum es ging.
Die Kampfformen, die Fehler der Streikleitung bei der Agitation und die nationalistische und antikommunistische Hetze in der bürgerlichen Öffentlichkeit, das waren die Hauptursachen für die Spaltung zwischen deutschen und türkischen Arbeitern, die sich schon am Montagnachmittag abzeichnete.
Um eine polizeiliche Besetzung des Werkes in der Nacht zu verhindern, wurde eine Streikwache aufgestellt, an der sich 300 Kollegen beteiligten. Sie wechselten sich schichtweise beim Tordienst und Schlafen ab; außerdem wurde ein Botendienst mit Fahrrädern zwischen den Toren organisiert, um im Notfall sofort eingreifen zu können.

### PUTSCHVERSUCH DER IGM-FÜHRUNG GESCHEITERT

Am Dienstagmorgen startete die IGM-Führung einen Versuch, die Initiative wieder an sich zu reißen. Vor der Frühschicht zog sie mit einem Lautsprecher am Tor 3 auf und hetzte gegen die Streikleitung: "Hört nicht auf Chaoten, hört auf eure Vertrauensleute." Sie erreichte, daß ein Teil der deutschen Kollegen nach Hause ging oder vor dem Tor stehenblieb. Anschließend machten die IGM-Führung und Betriebsrat eine Versammlung am Busbahnhof vor dem Werk. Der Betriebsrat erklärte, er hätte eine Zurücknahme der Entlassungen erreicht, soweit Ent-

**(Fortsetzung S.4)**

(Fortsetzung v. S.3)

schuldigungen vorliegen. Am Ende forderte er die 500 anwesenden deutschen Kollegen auf: "Wir ziehen jetzt zum M-Gebäude (Versammlungsplatz), um zu sehen, wer die Macht im Betrieb hat."
Das hat er dann auch deutlich gesehen. Als er mit den knapp 500 Kollegen auf dem Versammlungsplatz ankam, war dort eine riesige Streikversammlung von mehreren tausend Kollegen. Über eine dicke Lautsprecheranlage der IGM erklärte der Betriebsrat, er stehe nicht mehr hinter den Forderungen der Streikenden. Da er der Streikleitung das Mikrophon verweigerte, gab diese die Parole aus, eine Demonstration zu machen. Etwa 3/4 der Anwesenden folgte dem Aufruf. Nachdem der Zug wieder zurück war, weigerte sich der Betriebsrat weiterhin, die Streikleitung an das Mikrophon zu lassen. Daraufhin stellte die Streikleitung an die Kollegen die Frage, ob sie die Streikleitung als ihre Vertretung anerkennen. Die überwältigende Mehrheit stimmte mit Ja. Jetzt versuchte es der Betriebsrat anders herum: er bot der Streikleitung ein gemeinsames Gespräch an. Ein Kollege hatte jedoch durch Zufall erfahren, was hinter diesem Manöver steckte: er hatte ein Gespräch zwischen zwei Betriebsräten belauscht, aus dem klar wurde, daß der Betriebsrat die Streikleitung isolieren wollte, um sie dann verhaften zu lassen. Um diesen schmutzigen Plan zu durchkreuzen, wurden folgende Vorkehrungen getroffen:
– 20 kräftige Kollegen stellten sich vor den Eingang zum Betriebsratsbüro und ließen niemand hinein;
– mit dem Betriebsrat wurde vereinbart, daß sich 2 Betriebsräte für die Dauer der Verhandlungen bei den Streikenden aufhalten;
– der Kollege Targün zeigte sich jede halbe Stunde am Fenster, als Zeichen, daß alles in Ordnung war.
Bei den Verhandlungen weigerte sich der Betriebsrat, den Streik anzuerkennen. Er sagte, es handle sich lediglich um eine Arbeitsniederlegung; weil Tariffrieden herrsche, könne es keinen Streik geben. Die Streikleitung verlangte, daß sich der Betriebsrat erstens hinter die Forderungen und zweitens hinter den Streik der Kollegen stellt.
Da der Betriebsrat das ablehnte, wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.

## AUSSPERRUNG VEREITELT, DER KAMPF GEHT IM BETRIEB WEITER!

Am Vortag hatte die Geschäftsleitung ihr Ziel nicht erreicht, die Spätschicht aus dem Werk zu halten. Diesmal will sie sicher gehen: am Dienstag gegen 14 Uhr fährt ein Mannschaftswagen am Tor 3 auf. Das Tor wird geschlossen und 10 uniformierte Polizisten riegeln den Zugang ab. Die Streikleitung fordert die Polizei auf, das Tor zu räumen. Keine Reaktion. Die Kollegen lassen sich nicht ins Bockshorn jagen. Kräftige Fäuste packen zu, hauruck und das Tor ist ausgehängt. Die türkischen Kollegen der Spätschicht strömen ins Werk.
Wie ernst die Bourgeoisie die Gefahr beim Fordstreik einschätzte, zeigte sich daran, daß NRW-Innenminister Weyer persönlich mit einem Hubschrauber an die Front kam, um sich über die "polizeitaktische" Lage zu informieren. Derselbe Weyer, der erst vor kurzem 17 Millionen DM zusätzlich für die Polizei bereitstellte, um sie besser auf die erwarteten Lohnkämpfe vorzubereiten. Stabilitätsgeschwafel für die Arbeiter, Millionen für die Polizei, das ist die Politik von SPD und FDP.

## FAULER KOMPROMISS ZURÜCKGEWIESEN

Bei der Frühschicht am Mittwochmorgen zeigte sich, wie weit die Spaltung zwischen deutschen und türkischen Arbeitern schon gediehen war: alle türkischen Kollegen kamen ins Werk, aber fast kein deutscher, sie blieben vor den Toren.
Nachmittags um 14 Uhr gibt der Betriebsrat vor dem Haupttor das Verhandlungsergebnis bekannt. Die Geschäftsleitung hatte angeboten:
– 280 DM;
– Bezahlung der Streiktage;
– Zurücknahme der Entlassungen, soweit Entschuldigungen vorgelegt werden.
Während die meisten deutschen Kollegen klatschten, pfiffen die türkischen Arbeiter.
Als danach die Geschäftsleitung das Ultimatum stellte, daß das Angebot nur dann gilt, wenn die Spätschicht wieder arbeitet, und als ein extra herangekarrter Faschistenknecht aus dem türkischen Arbeitsministerium die Kollegen zur Arbeit aufforderte, stieg die Empörung der türkischen Kollegen auf den Siedepunkt.
Gemeinsam mit den ankommenden Kollegen der Spätschicht organisierte die Streikleitung eine Versammlung an der G-Halle. Dort wird nochmals über die Fortsetzung des Streiks und die Forderungen abgestimmt. Die türkischen Kollegen sind geschlossen für die Weiterführung des Streiks bis alle Forderungen erfüllt sind. Auf dieser Versammlung kommt es zur Diskussion zwischen dem Kollegen Targün von der Streikleitung und Direktor Schünemann. Schünemann bietet Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung, Betriebsrat und Streikleitung an; das wird von der Streikleitung abgelehnt, die den Betriebsrat nicht am Verhandlungstisch haben will. Die Diskussion endet ohne Ergebnis.
Nach der Versammlung marschierte ein Umzug durch das Werk, um die Kollegen von der Spätschicht (30%, fast ausschließlich Deutsche, waren an die Arbeitsplätze gegangen) für das Weiterstreiken zu agitieren. Dabei zeigte sich wiederum, welch hervorragende Disziplin bei diesem Streik herrschte: Als die Demonstration an der Y-Halle vorbeizog, sahen die türkischen Kollegen, daß deutsche Kollegen in der Halle wieder arbeiteten. Spontan wollten sie die Halle stürmen und die Streikbrecher heraustreiben. Die Streikleitung schritt sofort ein und überzeugte die Kollegen, daß das nur die Spaltung weiter vertiefen würde und ein gefundenes Fressen für Polizei und Presse wäre.

## GESCHÄFTSLEITUNG UND POLIZEI BEREITEN DIE ZERSCHLAGUNG DES STREIKS VOR

Nach der Streikversammlung am Mittwochnachmittag war endgültig klar, daß dieser Streik nicht durch faule Kompromisse zu beenden war. Systematisch bereitete sich die Geschäftsleitung in enger Zusammenarbeit mit der Polizei auf die Zerschlagung des Streiks vor.
Am Mittwochnachmittag wurden Flugblätter verteilt, in denen die deutschen Kollegen aufgehetzt wurden: "Eine kleine Gruppe einer radikalen Minderheit hat es verstanden, unser Werk zum Erliegen zu bringen. Wir sind der Ansicht, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, sich diesen Terror nicht länger bieten zu lassen".
Inzwischen waren um das Fordwerk 5 Hundertschaften Polizei zusammengezogen worden, die im Laufe der Nacht noch verstärkt wurden. Bereits am Mittwochmorgen verhandelten die Fordkapitalisten mit der Kölner Polizeiführung über eine gewaltsame Räumung des Werkes. Am Mittwochabend schließlich wurden am Haupteingang antikommunistische Schlägertypen gesichtet, die vielen Kollegen noch vom 1. Mai bekannt waren. Vermutlich wurden außerdem in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag 800 Polizisten in Zivil mit Werksausweis eingeschleust.
Die streikenden Kollegen ließen sich jedoch nicht einschüchtern. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hielten soviel Kollegen wie nie zuvor Streikwache: fast 1000 Mann.

## DER STREIK WIRD BRUTAL ZERSCHLAGEN

Nach dem Frühstück am Donnerstagmorgen um 6.20 Uhr organisierte der größte Teil der Streikwache einen Umzug; der kleinere Teil blieb am Haupttor zurück, um die Frühschicht zu agitieren.
Der Zug ging ins Westgelände zur W-, R- und Z-Halle. Als die Demonstration um 7 Uhr wieder über die Brücke ins Ostgelände zurückkehrte, war sie ca. 1500 Mann stark. Plötzlich brach unter den Kollegen lauter Jubel aus: von der G-Halle kam ein Zug mit mindestens 3000 Kollegen (Rest Streikwache und Frühschicht) entgegen. Beide Züge vereinigten sich und zogen zur Y-Halle. Hier blieb die Streikleitung zurück, um die weiteren Schritte zu beraten. Der Streikzug marschierte weiter zum Tor 3. Auf dem Weg dorthin kam ihm eine Gegendemonstration mit der Parole "Wir wollen arbeiten" entgegen. Bisher ist noch unklar, wie diese Gegendemonstration (ca. 800 Mann) zusammengesetzt war. Fest steht, daß nur wenige deutsche Arbeiter dabei waren. Der Rest hatte die Meisterkittel an. Ob es sich tatsächlich um Meister handelte, ist noch offen. Nach Aussage der streikenden Kollegen waren es Gesichter, die zum größten Teil keiner kannte. Auch der Betriebsrat bestätigte später, daß es sich hauptsächlich um Betriebsfremde handelte.
Es gibt bisher 3 Versionen:
1. es handelte sich um eingeschleuste Zivilpolizisten; türkische Kollegen berichteten, daß unter dem Kittel teilweise Pistolen getragen wurden;
2. es handelte sich um Werkschutzleute aus Gent; dafür spricht, daß mehrere Busse aus Belgien da waren;
3. es handelte sich um gekaufte Schläger, die über die Verbindung einiger Werkschutzleute zu rechtsradikalen Organisationen angeworben wurden.
Als die Gegendemonstration auftauchte, entstand im Streikzug Verwirrung, weil die Streikleitung nicht da war und man ja beschlossen hatte, keine Arbeitswilligen zu verprügeln. Schließlich wurde die Gegendemonstration durchgelassen und die Streikenden zogen zur G-Halle weiter.
Mittlerweile war die Streikleitung wieder an der Spitze des ca. 5000 Mann starken Zuges. Die Demonstration marschierte um die G-Halle herum zum Versammlungsplatz vor dem M-Gebäude. Als die ersten Reihen um die Ecke zum Hintereingang der G-Halle einbog, sahen sie sich einer Gruppe von 150 Deutschen (Betriebsfremden) gegenüber. Um Auseinandersetzungen zu vermeiden, zog die Streikleitung in die G-Halle. In der Zwischenzeit war das Ende des Demonstrationszuges (ca. 500 bis 1000) am Vordereingang der G-Halle von der zurückgekommenen Gegendemonstration abgeschnitten und aus dem Werk geprügelt worden. Die Streikleitung hatte davon nichts gemerkt, weil der Zug an der rechten vorderen und hinteren Ecke der G-Halle einen Knick machte. Nachdem die Zugspitze etwa die Mitte der G-Halle erreicht hatte, bemerkte die Streikleitung (die zu diesem Zeitpunkt kein Megaphon hatte), wie das Hallengitter am Vordereingang bewegt wurde. Um eine Einschließung zu vermeiden, stürmte die Streikleitung los, in der Hoffnung, den Zug mitzureißen und wieder freies Gelände zu gewinnen. Die ersten Reihen (ca. 150 bis 200 Mann) stürmten mit, dann riß der Zug ab, weil die meisten Kollegen nicht mitbekommen hatten, was eigentlich los war. Als die knapp 200 Kollegen die Halle verließen, gerieten sie in ein sich verengendes Spalier von Gegendemonstranten, die brutal mit umwickelten Nockenwellen, Eisenstangen und anderen Waffen losprügelten. Gleichzeitig wurde das Gitter herabgelassen, so daß die Streikleitung vom Rest des Zuges abgeschnitten war. Ca. 50 uniformierte Polzisten kamen in Greiftrupps a 9 Mann auf das Werksgelände und verhafteten unter gemeinsamer Anleitung von Betriebsrat und Geschäftsleitung 11 Kollegen, vor allem Kollegen aus der Streikleitung. Ford-Direktor Bergemann lobte im "Spiegel" die Arbeiterverräter im Betriebsrat, die "unter vorbildlichem körperlichen Einsatz" die Kollegen der Streikleitung der Polizei ausgeliefert haben; Betriebsrat Kuckelkorn versuchte die Handlanger vor der Presse zu vertuschen: "Ich kann das weder bestätigen noch dementieren. Sie müssen verstehen, der Betriebsrat ist so groß ..."
In der Zwischenzeit wollten die Streikenden aus der G-Halle wieder heraus zum M-Gebäude. Plötzlich stürmte neben den 150 Schlägern, die sich rechts neben dem Hintereingang der G-Halle befanden, ein zweiter Trupp aus Richtung Westgelände kommend (ca. 200 Mann) auf die Streikenden los und schlug rücksichtslos auf sie ein. Im Streikzug herrschte große Verwirrung, überall standen oder liefen einzelne Gruppen durcheinander, ein organisierter Widerstand gegen die Schlägertrupps war nicht mehr möglich. Außerdem verließ eine Anzahl von Kollegen das Werk, als die Polizei eingriff, weil sie meinten, gegen die Polizei hätten sie keine Chance.
Mit der Verhaftung der Streikleitung und der brutalen Zerschlagung des Streikzuges war der Streik kaputt. Danach spielten sich unbeschreibliche Hetzjagden auf dem Werksgelände ab. Rollkommandos verfolgten einzelne Kollegen und schlugen sie zusammen. Mindestens 80 Kollegen wurden krankenhausreif geschlagen.
Der Streik endete mit einer vorläufigen Niederlage. Über 100 Kollegen wurden in den nächsten Tagen entlassen. Gegen eine Reihe weiterer Kollegen laufen noch Ermittlungsverfahren, die von Betriebsrat und Geschäftsleitung gemeinsam geführt werden. Um in Verdacht zu kommen, genügt es manchmal schon, ein Mitglied der Streikleitung gut gekannt zu haben.
Die Bezirksleitung der IGM hat mittlerweile beschlossen, den "Chaoten" keinen Rechtsschutz zu gewähren. Als "Chaoten" gelten z. B. Kollegen, die in der Streikleitung waren und z. T. schon 10 Jahre im Betrieb gearbeitet haben, so der Kollege Heinert. Hier zeigt sich, daß den SPD-Gewerkschaftsführern kein Mittel zu schmutzig ist, um den Kampf der Arbeiter für ihre berechtigten Interessen zu sabotieren. Offener Terror gegen die eigenen Gewerkschaftsmitglieder, das ist die Antwort der Gewerkschaftsführung auf den Kampf der Fordarbeiter.

Um dieser Hetze in der bürgerlichen Presse entgegenzuwirken, wurde an den Kölner Betrieben ein Flugblatt der Kölner Fordarbeiter verteilt, in dem den Verzerrungen im Kölner EXPRESS die Tatsachen entgegengestellt wurden.



**Die Minister Friedrich und Ahrendt und der designierte Arbeitergeber-Präsident Schleyer geben sich lässig, wenn sie über die Zerschlagung der Streiks beraten.**



## Streik bei Klöckner-Ferromatik

Castrop-Rauxel. Am 23. 8. streikten gegen 10 Uhr, unmittelbar nach der Frühstückspause, rund 480 Beschäftigte der Klöckner-Ferromatik in Castrop-Rauxel. Die streikenden Arbeiter forderten 40 Pfennig mehr in der Stunde. Da am 22. 8. bereits ein 30 minütiger Streik stattgefunden hatte, hatte die Betriebsleitung bereits ein Angebot von 150 DM als Teuerungszulage angeboten; das stieß allerdings auf die Ablehnung der Kollegen in Castrop. Die Belegschaft des Herner Zweigwerkes "Beien" schloß sich der Arbeitsniederlegung und den Forderungen ihrer Castrop-Rauxeler-Kollegen nicht an, sondern akzeptierte die einmalige Teuerungszulage, die von der Unternehmensleitung angeboten worden war. Die Forderung der Streikenden nach 40 Pfennig Stundenlohnerhöhung konnte daraufhin nicht durchgesetzt werden. Betriebsleitung und Betriebsrat handelten zwar den Teuerungszuschlag von 150 DM aus, legten aber zugleich fest, daß es im laufenden Geschäftsjahr* keine weiteren Zuwendungen mehr geben solle. Danach soll bei Klöckner-Ferromatik erneut verhandelt werden.
Die 480 Streikenden kehrten nach 2 1/2 stündigem Streik an ihre Arbeitsplätze zurück.

K.G.

# Aus dem Verlauf der Streiks lernen:

## DIE AUSEINANDERSETZUNG MIT BETRIEBSRAT UND VERTRAUENSLEUTEKÖRPER UND DER KAMPF UM DIE EINHEIT DER AUSLÄNDISCHEN UND DEUTSCHEN KOLLEGEN ENTSCHIEDEN ÜBER SIEG ODER NIEDERLAGE DER STREIKS

**Der Arbeiterklasse bleibt derzeit keine andere Wahl, als selbständig den Kampf aufzunehmen gegen den Abbau des Reallohns. Wie die Einheit der Arbeiterklasse in diesem Kampf herzustellen ist, wenn sich die Gewerkschaften in der Hand bürgerlicher Machthaber, in der Hand des Feindes befinden, das ist die zentrale Frage, die sich der Arbeiterklasse in den jüngsten Streiks stellte, und die zentrale Aufgabe, die unter verschiedenen Bedingungen mit unterschiedlichem Erfolg gelöst wurde.**

Durch die "Stabilitätsabschlüsse" der Gewerkschaftsführer wurde die Zeit zwischen den Tarifverträgen angesichts der wachsenden Ausbeutung durch Teuerung, Arbeitshetze und progressiv steigende Lohnsteuer zu einer Zeit des ununterbrochenen Lohnabbaus.

Unter diesen Bedingungen und im Bewußtsein, daß die Forderungen gerecht sind, ist die Bereitschaft vieler Belegschaften groß, in den Kampf zu treten.

### RHEINSTAHL BRACKWEDE

Als in der Betriebsversammlung bei **Rheinstahl Brackwede** bekannt wurde, daß die Forderung von Belegschaft, Betriebsrat und Vertrauenskörper nach 400 DM Teuerungszulage von der Geschäftsleitung abgelehnt wurde, da verlief die Betriebsversammlung ungewöhnlich ruhig. "kein Kollege hatte irgendwelche Fragen. 'Da lag schon etwas in der Luft', sagte ein Kollege später. Am Mittwoch nach der Frühstückspause ging dann die 700 Mann starke Frühschicht geschlossen nicht an die Maschinen zurück, sondern zog vor das Werkstor, wo sich auch die Verwaltung befindet. Durch einen einstündigen Warnstreik wollten die Kollegen zeigen, daß sie notfalls die Forderung erkämpfen. Doch wieder trafen die Kollegen auf das schroffe Nein der Geschäftsleitung. Als ihnen dann noch Scholz von der Geschäftsleitung den Vogel zeigte, wandelten sie den befristeten Warnstreik in einen unbefristeten Streik um und nahmen den Rücktritt von Scholz ("Scholz muß raus") mit als Forderung auf. Gleichzeitig änderten sie ihre Lohnforderung. Statt der einmaligen Teuerungszulage forderten sie jetzt eine lineare Stundenlohnerhöhung von 60 Pfennig" *(aus einem Bericht der Bielefelder Genossen).*

Doch obwohl der Streik der Rheinstahler in großer Geschlossenheit der Belegschaft durchgeführt wurde, mußte er nach 10 Tagen ergebnislos abgebrochen werden. Der Betriebsrat und Teile des Vertrauensleutekörpers hatten Streikabbruch beschlossen, auf das Versprechen der Geschäftsleitung hin, eine Einigung zwischen den "Tarifparteien würde voll ausbezahlt". Eine selbständige Streikleitung hatten die Kollegen nicht gebildet. Der entschlossenste Teil der Kollegen, der den Streik fortsetzen wollte, wurde durch Polizeiaufgebot und Festnahmen zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen. Dies geschah, nachdem der Fordstreik schon zerschlagen war und die Rheinstahler am längsten von allen weitergestreikt hatten.

### DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN AN VORDERSTER FRONT

In den letzten Streiks der letzten Monate waren es häufig die ausländischen Arbeiter, die den Kampf eingeleitet haben oder sich im Verlauf des Streiks als der kampfstärkste und entschlossenste Teil der Belegschaft erwiesen. Ihre elende Lage, die Ungeheuerlichkeit ihrer Arbeitsbedingungen lassen keinen Raum für Illusionen und Kompromisse. Ihre Erfahrungen mit deutschen Betriebsräten geben in der Regel nur Nahrung für Haß. Während die deutschen Arbeiter den Streik unter der Parole "Teuerungszulage" führen, führen die ausländischen Kollegen den Kampf ausdrücklich gegen verschiedene Formen der Ausbeutung und Unterdrückung: gegen ihre miserable Existenz als Emigranten (unter der Parole "6 Wochen Urlaub"), gegen die Unmenschlichkeit der Akkordarbeit, für höheren Lohn etc. Über Erfolg oder Niederlage eines Streiks entscheidet in einer solchen Situation, wieweit es gelingt, die Solidarität der Belegschaft unter gemeinsamen Forderungen zu organisieren und dort, wo es um besondere Forderungen der ausländischen Arbeiter geht, die Solidarität der deutschen Arbeiter zu sichern.

Diese Solidarität steht noch auf unsicheren Füßen.

Doch zunächst begannen die Streiks im Sommer mit einem großen Erfolg der Solidarität:

### HELLA LIPPSTADT

Bei Hella, Lippstadt, einem Autozulieferwerk, das überwiegend Ausländer beschäftigt, steht am 2. Streiktag das ganze Werk still. Am Tag zuvor waren die Streikenden in einer Demonstration durch das Werk gezogen und hatten die ganze Belegschaft für den Streik um "50 Pfennig für alle" gewonnen. Als sie von einer Demonstration durch die Stadt zum Werk zurückkommen, werden sie von Polizei mit Hunden und Knüppeln zurückgehalten, z. T. auch mit der Pistole bedroht. Doch der Polizeieinsatz stärkte nur den Widerstandsgeist, und als sich daraufhin am nächsten Tag auch Teile der Belegschaft des Hauptwerkes dem Streik anschließen, schließt die Geschäftsleitung zunächst das Hauptwerk. Als sich daraufhin am folgenden Tag die Demonstrationen durch die Stadt wiederholen, und das geschlossene Hauptwerk von den Streikenden belagert wird und auch Entlassungsdrohungen die Streikfront nicht aufweichen, wird schließlich die Geschäftsleitung weich. Nach vier Tagen Streik bot sie für alle 1100 Beschäftigten aller Hellawerke 40 Pfennig für die unteren Lohngruppen (2 bis 6) und 30 Pfennig für die Lohngruppen 7 bis 10. Drei Streiktage wurden bezahlt. Die Geschäftsleitung verpflichtete sich, auf Repressalien zu verzichten. Obwohl der Streik hauptsächlich von den ausländischen Kollegen getragen wurde, – die Mehrzahl der deutschen Kollegen hatte vorher eine Zulage von 15 Pfennig erhalten – gelang es in diesem Streik der Geschäftsleitung nicht, die deutschen Kollegen gegen die ausländischen auszuspielen. Der Plan, mit einem Polizeieinsatz gegen "randalierende Ausländer" den "arbeitswilligen deutschen Kollegen" den Weg frei zu machen, um so den Streik zu beenden, wurde versucht, aber wegen der Solidarität der deutschen Kollegen und wohl auch wegen der Sympathie für die Streikenden in der Bevölkerung nicht durchgezogen. Außerdem hatten die Streikenden, die einen Streikrat aus in der Mehrheit ausländischen Kollegen gebildet hatten, es vermieden, sich in eine offene Front gegen Betriebsrat und Vertrauensleute treiben zu lassen. Der Betriebsrat verhandelte, während der Streikrat organisierte.

Erst am Schluß, als die Geschäftsleitung selbst schon oft Angebote gemacht hatte, wurden von der Streikversammlung formell die Sprecher gewählt, die schließlich das Ergebnis aushandelten.



Mit großer Ausdauer streikten die Frauen bei Neuss

### PIERBURG NEUSS

Ebenfalls erfolgreich verlief der Streik bei Pierburg Neuss, der hauptsächlich von den ausländischen Kolleginnen getragen wurde, die die große Mehrheit der Belegschaft ausmachen und ganz besonders ausgebeutet werden. Die meisten von ihnen schaffen Akkord und werden im Zeitlohn in den Leichtlohngruppen entlohnt. Die Frauen erreichten die Höherstufung in Lohngruppe 3 und eine Teuerungszulage von 53 Pfennig die Stunde. Nach Warnstreiks im Juni war die Geschäftsleitung schließlich gezwungen, Verhandlungen mit dem Betriebsrat aufzunehmen. Doch sie verhandelte nur, um die Sache zu verschleppen. Daraufhin sammelten die ausländischen Kolleginnen zunächst 1000 Unterschriften und traten, als immer noch kein Verhandlungsergebnis herauskam, in den Streik. Die deutschen Kollegen, meist Facharbeiter, Vorarbeiter etc. verhielten sich abwartend, aber freundlich. Wie in Hella versuchte die Geschäftsleitung zunächst mit einem Polizeieinsatz, doch die Wirkung war, daß die Streikentschlossenheit und die Solidarität nur stärker wurde. Ein erstes Verhandlungsergebnis, das der Betriebsrat, der zunächst die Forderungen für berechtigt erklärt hatte, vorlegte, wurde abgelehnt, weil es weit unter den Forderungen blieb. Obwohl der Betriebsrat dem Ergebnis zugestimmt hatte, wurde weiter gestreikt. Am nächsten Tag, einem Freitag, wurde ein höheres Verhandlungsergebnis dann in der Streikversammlung angenommen. Doch der Betriebsrat hatte die Kollegen darüber hinweggetäuscht, daß das Ergbnis auf eine schon früher gewährte Zulage angerechnet werden sollte. Ein Teil der Streikenden versuchte daher unter Führung des schon vorher gebildeten Streikkomitees am Montag, den Streik fortzusetzen, konnte jedoch gegenüber Entlassungsdrohungen und nochmaligem Polizeieinsatz nicht mehr die Einheit für denStreik wiedergewinnen.

### DIE NIEDERLAGE BEI FORD KÖLN

Gemessen an den Bedingungen dieser Zuliefererwerke, die auch wegen des Drucks ihrer Abnehmer, der großen Automobilkonzerne, zu schnelleren Zugeständnissen gezwungen sind, waren die Schwierigkeiten bei den Streiks bei Opel Bochum und Ford Köln erheblich größer.

Entsprechend größer waren aber auch die Fehler, die dort vor allem von der Streikleitung bei Ford Köln begangen wurden. Die anfängliche Solidarität der deutschen Ford Kollegen mit ihren in der Mehrheit türkischen Kollegen ging im Verlauf des Streiks immer mehr zu Bruch, bis die große Mehrheit der deutschen Kollegen sich nicht mehr aktiv am Streik beteiligte, und die Geschäftsleitung so die Möglichkeit hatte, mit Hilfe von Polizei, werksfremden als Kollegen verkleideten Schlägern und einigen Meistern den "Weg für Arbeitswillige" freizuschlagen, den Streik zu beenden und die "Rädelsführer" zu verhaften. Nicht die Bildung einer selbständigen Streikführung, sondern der totale Konfrontationskurs der Streikleitung gegenüber den gewählten Organen, Vertrauensleutekörper und Betriebsrat war der entscheidende Fehler. Er war verbunden mit der Ausrichtung der Streikform und der Streikführung auf die ausländischen Kollegen. Der totale Konfrontationskurs gegenüber dem Betriebsrat hatte seinen Grund im Verhalten des Betriebsrates selbst, der sich weigerte, den Streik anzuerkennen. **Daß aber daraufhin Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und Streikleitung abgelehnt wurden, weil die Geschäftsleitung auf der Mitberatung des Betriebsrates bestand, war ein entscheidender Fehler.** Selbst wenn der Betriebsrat als Teil der Geschäftsleitung angesehen wird, was bei Ford gerechtfertigt ist, ist diese Weigerung, in Anwesenheit des Betriebsrates mit der Geschäftsleitung zu verhandeln, unsinnig, gleichbedeutend mit der Forderung, man verhandle nicht unter Anwesenheit des Direktors XY von der Geschäftsleitung. Zudem geschah dieser Fehler in einer Situation, wo der Gegensatz zwischen den deutschen und ausländischen Kollegen einen Höhepunkt erreicht hatte, die deutschen Kollegen mit einem Angebot von 280 DM einverstanden waren, die ausländischen Kollegen jedoch nicht. Da die Geschäftsleitung nach der Ablehnung des Angebots durch die ausländischen Kollegen das erste Mal das Angebot machte, mit der Streikleitung zu verhandeln, damit ihre Schwäche eingestand, war dies zugleich die Gelegenheit, die Einheit zwischen deutschen und ausländischen Kollegen durch Verhandlungen für ein besseres Ergebnis, das auch den deutschen Kollegen zugute käme, wiederherzustellen. Diese Gelegenheit wurde von der Streikleitung verspielt, um den Betriebsrat zu isolieren, eine Auseinandersetzung, die in dieser Form zum Selbstzweck wurde und zum Gegenteil führte, der völligen Isolierung der Streikleitung von den deutschen Kollegen und der Auslieferung des Streiks der ausländischen Kollegen in eine Situation, die in der Niederlage enden mußte.

Ist dieser Fehler aber noch subjektiv verständlich wegen der Erbitterung der Streikleitung über das Verhalten des Betriebsrates, so ist sie unentschuldbar für die Gruppe, die sich den Namen der KPD anmaßt und in ihrer "Roten Fahne" die Taktik der Isolierung der jeweils radikalisiertesten von der Arbeiterklasse propagiert und sie vom Kampf um die Einheit abhalten will, die in den Kämpfen über Sieg und Niederlage entscheidet.

### DIE GEGENSÄTZE ÜBERWINDEN

Die Bereitschaft zum Streik ist groß, doch die Schwierigkeiten beginnen, wenn der Kampf eröffnet ist. Dann wird das Fehlen der Organisation und die mangelnde Kampferfahrung spürbar. In vielen Belegschaften kam es zu Gegensätzen zwischen verschiedenen Teilen der Belegschaft, insbesondere zwischen ausländischen und deutschen Kollegen. Wenn es zu offenen Auseinandersetzungen und zur Spaltung kam, lag das jedoch unmittelbar an dem Erfolg der Provokationstaktik der Unternehmer, der gegenüber es nicht gelang, die Einheit von ausländischen und deutschen Arbeitern herzustellen. **Doch man darf nicht vergessen, daß die Erfahrungen und unmittelbaren Interessen der ausländischen Kollegen zunächst nicht einfach gleich sind denen der deutschen Kollegen.**

Die Gegensätze innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen ausländischen und deutschen, qualifizierten und unqualifizierten Arbeitern sind noch nicht durch die klare Erkenntnis des gemeinsamen Gegners und des Ziels des Kampfes aufgehoben. Die Geschäftsleitungen suchen diese Widersprüche durch die schnelle Gewährung von Sonderleistungen zu vertiefen. Auf das Aufbrechen dieser Widersprüche lauern die reaktionären Betriebsrats-Fürsten. Sie solidarisieren sich zwar zunächst mit den Forderungen. Sie versuchen dann aber nur, den Kampf zu vertagen mit dem Versprechen, man würde verhandeln. Sie greifen dann offen an, wenn sie sicher sind, daß große Teile der Belegschaft zurückbleiben und im Kampf nachlassen.

Aus solchen Erfahrungen ziehen die ausländischen Arbeiter häufig den Schluß, daß der Streik nur unabhängig von den Gewerkschaften und unter Ausschaltung der innerbetrieblichen Vertretung der Belegschaft organisiert werden kann. Sie wenden sich enttäuscht von ihren deutschen Kollegen ab, die diesen Schritt nicht mitvollziehen. Dabei verkennen sie, daß ihre deutschen Kollegen die gewählten gewerkschaftlichen und betrieblichen Organe nicht einfach aufgeben. Vielmehr ist der Kampf um diese Organe zu führen. Die Isolierung der bürgerlichen Machthaber und Spalter in den eigenen Reihen gelingt nicht durch den bloßen Machtakt der Nichtanerkennung dieser Organe, die unter wie verzerrten Bedingungen auch immer von der Mehrheit der Belegschaft gewählt worden sind. Der Kampf um die Gewerkschaften und um die gewählten Organe und die Durchsetzung der Arbeiterforderungen in ihnen ist die Form, in der die Einheit der Arbeiterklasse, aber auch die Einheit einer Belegschaft, hergestellt werden muß.

Die im Kampf gebildete Streikleitung wird die Kampfeinheit nicht herstellen können, selbst wenn sie sich auf die Mehrheit der Belegschaft stützt, wenn sie sich über diese Bedingungen des Kampfes hinwegsetzt. Aus den Erfahrungen der Streiks zeigt sich vor allem, daß wir jetzt die Konsequenz ziehen müssen aus diesen Bedingungen auch für die gewerkschaftliche und politische Arbeit mit den ausländischen Kollegen. Wir müssen für die gewerkschaftliche Organisierung der ausländischen Kollegen kämpfen und mit ihnen den Kampf um die Gewerkschaften führen. So wie sie die treibende Kraft in den Streiks waren, werden sie eine entscheidende Kraft sein im Kampf um die proletarische Linie in den Gewerkschaften.

*H.D./B.B*

## GLYCO WIESBADEN SCHIERSTEIN

Der gewerkschaftliche Vertrauenskörper der Firma Glyco (Gleitlager) stellte im Juni die Forderung nach einer Teuerungszulage auf: 50 Pfennig je Stunde für Arbeiter, 90 DM für Angestellte und 75 DM für Lehrlinge. Angebot der Geschäftsleitung: 18 Pfennig je Stunde. Daraufhin traten die Kollegen vom Werkzeugbau, Schlosserei, Galvanik und Teile der Shedhalle am 6. 7. in einen 40 minütigen Streik. Das Angebot der Geschäftsleitung erhöhte sich um 25 Pfennig. Ausgezahlt bekommt jeder Kollege 250 DM als Ausgleich für die Preissteigerungen.

## RHEINHÜTTE WIESBADEN BIEBRICH

400 Kollegen aus der Schlosserei und Dreherei traten in einen Warnstreik. Er richtete sich gegen die enorme Arbeitshetze und die Antreiberei eines Betriebsleiters. Dieser Schinder trieb sogar ältere Kollegen bei 40 Grad Celsius zu schnellerer Arbeit an.

## STREIK BEI DORN IN HERNE

Die 500 Mann Belegschaft der Schraubenfabrik Dorn traten am 16. 8. geschlossen in den Streik für eine Teuerungszulage. Als die Geschäftsleitung ablehnte und der Streik fortgesetzt wurde, schickte die Geschäftsleitung die Belegschaft bis Montag nach Hause. In einem Aushang am Werkstor betonte sie allerdings, um Mißverständnissen vorzubeugen, daß jeder Arbeitswillige selbstverständlich arbeiten könne. Er würde dann im Werk an einem Platz eingesetzt, wo es trotz der Produktionseinstellung was zu tun gäbe. Darauf scheint aber keiner der Kollegen reagiert zu haben. Das Werk lag am Freitag vollkommen still, nur einige Büroangestellte arbeiteten. Die Kollegen hielten auch nicht das Werkstor besetzt, sondern waren zu Hause. Am 21. 8. erklärte sich die Geschäftsleitung bereit, 5% mehr Weihnachtsgeld und 12 Pfennig Streikzulage zu zahlen. Der Streik wurde abgebrochen.

## STREIK BEI KLÖCKNER-HUMBOLD-DEUTZ IN KÖLN

Nachdem sie von den Streikerfolgen bei Opel und Pierburg/Neuss gehört hatten, traten am 22. 8. 300 Kollegen aus der Schleppermontage und aus dem Getriebebau in Kalk in einen Warnstreik und legten für 2 Stunden die Bänder still. Am Montag darauf streikten dann die Arbeiter in der Gießerei des Werkes in Deutz. Der Betriebsrat handelte daraufhin eine Akkordzulage von 10% aus, aber nur für solche Kollegen, die "qualifiziert seien" (etwa 10% der Belegschaft). Trotz dieses Spalterergebnisses gelang es nicht, den Streik aufrechtzuerhalten, da ein gemeinsamer Streik beider Werke nicht zustande kam.

## STREIK BEI BUDERUS

Lollar. Am Freitag den 24. 8. legten 95% der Belegschaft von Buderus Lollar die Arbeit für die Forderung nach 60 Pfennig mehr pro Stunde nieder. Teile der Angestellten beteiligten sich an dem Streik. Dennoch führte dieser erste Vollstreik zu keinem Ergebnis. Schon am Montag nahm ein Teil der 2000 Streikenden die Arbeit wieder auf. Auf der am nächsten Tag stattfindenden Betriebsversammlung fiel es daraufhin der Geschäftsleitung nicht schwer, die Forderung der Kollegen abzulehnen. Der Protest vieler Kollegen auf der Betriebsversammlung und die Meinung einiger: "wir haben zu früh aufgehört", zeigen aber, daß für die Belegschaft trotz Arbeitsaufnahme die Forderung noch nicht vom Tisch ist.

**GOLDENE WORTE der KPD-Anull:**

*"Die wichtigste Lehre – die uns so zuversichtlich macht – ist, daß wenige entschlossene Arbeiterkader in der Lage sind, einen Streik zu beginnen."* Rote Fahne Nr.36/S.3 "Lehren aus den Streiks"

# Teves-Gifhorn: Streik für den Normallohn

Die Alfred-Teves-GmbH gehört zum ITT-Konzern. Die Löhne stehen in krassem Gegensatz zu den VW-Löhnen der Nachbarstadt Wolfsburg. Ein großer Teil der Belegschaft sind Frauen, Griechen, Türken und Nebenerwerbsbauern. Ein Akkordarbeiter verdient zwischen 6,34 und 7,- DM, ein Facharbeiter zwischen 7,61 und 8,50. Die Preise richten sich nach VW-Löhnen.

Nachdem bekannt wurde, daß bei VW eine Teuerungszulage von 280 DM gezahlt wurde, riß zunächst den Kollegen in der Bremse der Geduldsfaden. Sie marschierten durch die anderen Hallen, nahmen jedoch nach 2 Stunden die Arbeit wieder auf, da sich niemand angeschlossen hatte. Es gab keine einheitliche Forderung. In Gesprächen wurde allerdings mehrfach gesagt: "Wir wollen 1 Mark".

Am anderen Morgen ruhte fast der ganze Betrieb. Der Warnstreik der Bremse hatte auf Früh- und Normalschicht gewirkt. Die Spätschicht schloß sich dem Streik an und weitete den Streik aus.

Gegen 16 Uhr bildete sich ein ungefähr 800 Mann starker Demonstrationszug, der zur Gießerei zog, die noch arbeitete. Während des ganzen Tages war versucht worden, die Gießerei von einer Arbeitsniederlegung abzuhalten. Immer wenn die Öfen leer waren, wurden sie von Meistern und Vorarbeitern wiederaufgefüllt. Auch jetzt war der Ofen voll, deshalb machte die Gießerei nicht gleich mit. Meister und Vorarbeiter verhinderten Gespräche zwischen Gießereikollegen und Streikenden.

Im Laufe des Tages wurden die Vorgesetzten immer aktiver. Sie boten doppelte Bezahlung für "Arbeitswillige" an, drohten mit Entlassungen und – arbeiteten selbst. Doch die Streikfront festigte sich. Ein Demonstrationszug zog durch beinah alle Hallen und endete gegen 17.30 Uhr mit einer Versammlung vor dem Verwaltungsgebäude.

Gegen 20 Uhr gelang es den Gießerei-Kollegen (meist Griechen), die Öfen endlich leer zu kriegen. Sie zogen dann durch die anderen Hallen, um zu zeigen: "Seht ihr, wir machen jetzt auch mit". Diesem Zug stellten sich Koch und ein Abteilungsleiter (Zeuge) gegenüber. Koch versuchte einem Kollegen ein Megaphon gewaltsam zu entreißen. Die Griechen nahmen eine drohende Haltung gegen Koch ein. Daraufhin überließ der Kollege freiwillig das Mikrophon, um eine Schlägerei zu vermeiden. Hätten die Griechen Koch nämlich verprügelt, dann wäre der Vorwand da, um die Polizei ins Werk zu holen und die Streikenden als wilde Schläger zu verteufeln.

Doch dieses Spiel klappte nicht. Niemand ließ sich auf Provokationen ein. Als sich schließlich die Nachtschicht dem Streik sofort anschloß, war allen klar: morgen geht es weiter.

Am Donnerstag lief der Streik ganz normal wie jeder andere Streik auch. Doch am Freitag kam die große Wende.

Die Geschäftsleitung hatte die ganze Nacht getagt. Vorgesetzte aller Schichten mußten um 4.30 Uhr im Werk erscheinen. Als dann die Frühschicht um 5.30 Uhr erschien, war das Werkstor bis auf einen schmalen Einlaß dichtgemacht.

Der Eingang war von 3 Werksschützern und 8 Polizisten "gesichert". Jeder der rein wollte, mußte beteuern, daß er arbeitswillig sei.

Die meisten sagten natürlich ja, um erstmal reinzukommen. Doch in der Halle stürzten sich die Vorgesetzten wie die Aasgeier sofort auf die Eintretenden. Die Automatendreher, die sich weigerten zu arbeiten, wurden unter Polizeiandrohung ausgesperrt.

Die Bremse fing nicht an zu arbeiten, ebenso die Gießerei. Die Gießerei wurde durch Erpressung und Falschmeldungen solange in der Halle festgehalten, bis die Bremse mürbe war, weil man dort das Gerücht verbreitet hatte: alle anderen arbeiten.

Als die Normalschicht eintraf, arbeiteten fast alle. Dadurch wurden die Kollegen entmutigt und arbeiteten ebenfalls.

Nun wartete alles auf die Spätschicht. Sie hatte am Vortage aktiv den Streik getragen und Erfahrungen gesammelt. Der Anblick der arbeitenden Frühschicht entmutigte jedoch, außerdem wurden zwei der aktivsten Kollegen aus der Spätschicht "beurlaubt". (Inzwischen wurde ihnen fristlos gekündigt.) Trotzdem wurde immer wieder versucht, den Streik neu aufzubauen.

Am Montag, nach einem bitteren Wochenende, hatten die meisten Kollegen das Vertrauen zu sich selbst verloren. Sie hofften nur noch auf die Kommunisten. Aber allein konnten auch die Kommunisten nichts mehr machen.

Die Niederlage traf eine im Kampf noch recht unerfahrene Belegschaft, die ohne jede Unterstützung von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper gegen einen Gegner kämpfte, wie er gefährlicher kaum sein könnte, (ITT: Spezialist in Sachen Bürgerkrieg und Unterdrückung).

Als Nachteil wirkte sich aus, daß über die Forderung nicht genügend Klarheit bestand. Zwar war die Mehrheit für 1 Mark, doch viele waren auch mit der Forderung des Betriebsrates zufrieden: 5 mal 80 DM. Das wirkliche Ziel wurde erst im Kampf herausgebildet: den Teves-Lohn auf Normallohnhöhe zu bringen.

*Teves-Betriebszelle des KBW*

## LESERBRIEF

Ein Betriebsrat von Opel Bochum schrieb uns einen Leserbrief, in dem zu Recht kritisiert wurde, daß in dem Opel-Artikel der letzten KVZ die "Gruppe oppsositioneller Gewerkschafter" (GOG) nicht erwähnt ist und daher ein falscher Eindruck über die Situation in der Opel-Belegschaft entsteht. Aus Platzgründen konnten wir den Leserbrief nicht abdrucken. In dem Bericht über den Opel-Streik in dieser Nummer wird auf die GOG eingegangen.

# Kurze Streikberichte

## NACH SECHS TAGEN ERFOLG

### DER STREIK BEI KÜPPERSBUSCH, GELSENKIRCHEN

Am Donnerstag, den 16. 8. organisierten die Arbeiter bei Küppersbusch in Gelsenkirchen einen Streik. Küppersbusch und Söhne AG hat ein Grundkapital von ca. 10 Millionen DM. Die Aktien gehören zu 93,9% der AEG. Küppersbusch beschäftigt etwa 2000 Arbeiter.

Begonnen wurde der Streik, nachdem es schon am 7. 8. einen halbtägigen Warnstreik für die Forderungen 40 Pfennig auf den Stundenlohn, 70 DM für die Angestellten und 200 DM auf das Weihnachtsgeld gegeben hatte. Der Streik wurde damals abgebrochen mit der Aufforderung an die Geschäftsleitung, sich binnen 8 Tagen zu den Forderungen der Belegschaft zu äußern. Die Küppersbusch Direktoren hielten in den folgenden Tagen an der Linie "freiwillig keinen Pfennig" fest und benutzten als Argument, man wolle der Stabilitätspolitik der Regierung Brandt nicht in den Rücken fallen. Außerdem seien Lohnverhandlungen sowieso die Sache der Gewerkschaft und man würde auf Betriebsebene nicht weiter verhandeln.

Als das am Donnerstag, den 16. 8. im Betrieb bekannt wurde, legte die Belegschaft die Arbeit nieder. Gleich nachdem man den Streik organisiert und Posten, welche die Einfahrt für die LKW sperrten, eingeteilt hatte, wurde eine Demonstration in die Stadt und zur IGM-Ortsverwaltung durchgeführt. Daß die 1000 von Küppersbusch zur IGM gezogen sind, zeigt, daß sich die Metallarbeiter in breitem Umfang darüber einig sind, wer ihnen die Suppe mit dem 8,5%-Abschluß eingebrockt hat. Daß sie in die Stadt gegangen sind, zeigt, daß sie die Solidarität der Bevölkerung, die sich im weiteren Verlauf des Streiks in einer Fülle von Grußadressen und vielen Geldspenden bewiesen hat, gesucht haben, daß man der bürgerlichen Antistreikhetze entschlossen und offen entgegentreten kann und muß. Nach sechs Tagen war die Direktion kompromißreif. Ein Angebot von 180 DM für die, die länger als ein Jahr bei Küppersbusch sind un 100 DM für diejenigen, die zwischen drei und zwölf Monaten dort beschäftigt sind, wurde vom Betriebsrat angenommen und führte zum Abbruch des Streiks.

## PHILLIPS: EINE WOCHE STREIK

Am 20. 8. legten 400 Arbeiterinnen und Arbeiter im Krefelder Werk der Deutschen Philips GmbH die Arbeit nieder. Ihre Forderungen: Rücknahme der erhöhten Stückzahlen und Teuerungszulagen. Der Streik konnte nicht auf die gesamte Belegschaft ausgedehnt werden. Am 21. 8. wurde in Krefeld wieder gearbeitet.

In der Philips Bildröhrenfabrik in Aachen wurde seit der Nacht vom Donnerstag, dem 23. 8. zum Freitag, dem 24. 8. gestreikt. Die Belegschaft (etwa 2/3 Ausländer) forderte: 60 Pfennig mehr für alle, 200 DM einmalige Teuerungszulage, keine Sonntagsschicht mehr, weg mit der Leichtlohngruppe II, 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge, Bezahlung der Streiktage. Keine Repressalien gegen Streikteilnehmer.

Während des einwöchigen Streiks wurden den Arbeiterinnen und Arbeitern mehrere Angebote gemacht. Zuerst: 150 DM ab Weihnachten und Verhandlungen über die anderen Forderungen. Das war unannehmbar. Der Streik wurde fortgesetzt. Dann: 280 DM für alle Philips-Betriebe, nur teilweise Bezahlung der Streikzeit (höchstens 100 DM). Das bedeutete für die Aachener Belegschaft: Trotz Streik weniger Geld als in den anderen Philips-Betrieben. Auch das war unannehmbar.

Am Dienstag begann der Streik abzubröckeln. Mittwoch streikten nur noch wenige deutsche Arbeiter mit. Am Donnerstag nur noch die Türken und Juoslawen. Unter den Türken wurde eine massive Einschüchterungstaktik gestartet. Ihnen wurde gedroht, man könnte hier wie in der Türkei ins Gefängnis kommen, wenn man streikt. Am Freitag streikten nur noch die Jugoslawen. Freitagabend wurde dann auf einer Streikversammlung beschlossen, daß der Streik abgebrochen wird. Ergebnis: 280 DM wie in den anderen Betrieben. Streiktage werden folgendermaßen bezahlt: für den ersten 50 DM, für alle folgenden jeweils 10 DM weniger. Die Sonntagsschicht wird ab 1. Januar abgeschafft.

## STREIKS BEI AEG

**HANNOVER/CELLE:** Am 10. Juli streikten im Telefunken-Werk in Hannover 2 200 Kolleginnen und Kollegen für eine Teuerungszulage von 300 DM netto. Am 13. Juli streikte ebenfalls das Werk Celle für die gleiche Forderung.

Zuvor hatte der Vertrauensleutekörper eine 300 DM-Forderung beschlossen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen war es am 10.Juli morgens dann soweit. Halle II in Werk I und Werk II ging auf den Hof. Aber die Geschäftsleitung konnte mit leeren Versprechungen die Kollegen nach zwei Stunden wieder an die Arbeit bringen. Auch im Werk Celle gelang es der Geschäftsleitung einen Streik durch die Zusicherung von Verhandlungen nach kurzer Zeit zu beenden.

## DRUCKERSTREIKS

### STREIK BEI WAZ IN ESSEN UND BOCHUM

Am Donnerstag, den 2. August, streikten im technischen Betrieb der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) in Essen die Kollegen für 30 DM mehr die Woche.

Am Freitag erschien die WAZ deswegen im rheinischen Teil des Ruhrgebietes und in Wattenscheid nur mit einer vier bzw. achtseitigen Notausgabe.

Freitag gab die Verlagsleitung eine Erhöhung der außertariflichen Zulagen um sofort 10 DM je Woche und um weitere 10 DM ab Mitte Oktober bekannt. Der Streik wurde daraufhin beendet.

Eine Woche später in der Nacht zum Freitag legten verschiedene Abteilungen der Firma Laupenmühlen und Dietrichs in Bochum für die gleiche Forderung die Arbeit nieder. Achtzehn dort gedruckte westfälische Ausgaben der WAZ kamen am nächsten Tag nicht im gewohnten Umfang heraus. Laut "Westfälischer Rundschau" und WAZ gingen die Streikenden am Freitag morgen wieder an die Arbeit, nachdem sich der Betriebsrat und Fritz Gent von Landesbezirksvorstand der IG Druck von dem Streik distanziert hatten. Neben der Gewerkschaftsführung hatte sich auch der Arbeitgeberverband eingeschaltet, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

## WARNSTREIK BEI AEG IN WINNENDEN

Am 18. 7. legten die Kollegen bei AEG in Winnenden nach der Vesperpause spontan für drei Stunden die Arbeit nieder. Ungefähr 400, meist griechische Kollegen versammelten sich auf dem Hof. Hier wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- 400 DM Teuerungszuschlag;
- 50 Pfennig mehr für alle (rückwirkend vom 1. Januar 1973 an);
- Anhebung des Urlaubgeldes um 15%.

Auch die Spätschicht solidarisierte sich durch einen 1 1/2 stündigen Warnstreik mit ihren Kollegen und stellte die gleichen Forderungen auf. Die Kollegen gaben sich mit einer Resolution zufrieden, die ihre Forderungen enthielt und vom Vertrauensleutekörper nach dem Warnstreik aufgesetzt worden war. Diese Resolution wurde vom Betriebsrat verabschiedet und an die Geschäftsleitung weitergereicht. Bis heute haben diese Verhandlungen nichts gebracht.

## STREIK BEI DER "KÖLNISCHEN RUNDSCHAU"

Am 22./23. August legten in Köln 60 bis 70 Maschinensetzer und Perforatorinnen der "Kölnischen Rundschau" für die Forderung von 30 DM Teuerungszulage pro Woche die Arbeit nieder.

Die streikenden Arbeiter ließen sich von der Verlagsleitung der "Kölnischen Rundschau" am Abend des 22. 8. und am 23. 8. morgens nach Hause schicken. Die "Rundschau" erschien nur mit einer Notausgabe. Am Nachmittag des 23. 8. verhandelten Geschäftsleitung und Betriebsrat miteinander. Während die Geschäftsleitung lediglich anbot, das Weihnachtsgeld um 25% zu erhöhen, forderte der Betriebsrat eine Teuerungszulage von 10 DM pro Woche mehr für alle. Bei den Verhandlungen mit von der Partie war Fritz Gent, Landesbezirksvorsitzender von Nordrhein-Westfalen der IG-Druck. Er distanzierte sich von dem Streik ebenso wie zuvor von denen in Essen und Bochum. Durch seine "Vermittlung" wurde der "Arbeitsfriede" dann wieder hergestellt: Betriebsrat und Geschäftsleitung einigten sich, die Verhandlungen auf den 4. September zu vertagen. Unter Verweis auf diese Verhandlungen am 4. September forderte dann die Geschäftsleitung die streikenden Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen und drohte, sie andernfalls fristlos zu entlassen.

Der Streik wurde daraufhin am späten Abend des 23. 8. beendet.

## SPENDEN FÜR OPEL

*Nach dem Ende des Streiks bei Opel-Bochum wurden bis jetzt folgende Kollegen fristlos entlassen:*
*Joachim Schönstedt (IGM-Vertrauensmann)*
*Georg Kanschick (IGM-Vertrauensmann)*
*Hamouni Benaissa*
*Walter Krawutschke.*
*Außerdem 3 Studenten, darunter 1 Spanier, der mit dem Vermerk "politischer Agitator". ins faschistische Spanien abgeschoben wurde.*
*Diese Maßnahmen sind gegen die gesamte Opelbelegschaft gerichtet, die vom 22. bis 27. 8. 73 für ihre berechtigten Forderungen (Teuerungszulage und verbesserte Arbeitsbedingungen) streikte.*
*Das Solidaritätskomitee für die entlassenen Opel-Arbeiter fordert zur Unterstützung auf.*
*Spendet auf das Konto Nr. 90 69 64 (Westfalenbank Bochum)*



# Opel–Streik

## NOCH KONNTEN PERSCHKE UND CO. SICH NICHT DURCHSETZEN

**Nachfolgend drucken wir Auszüge eines Berichts über den Streik bei Opel Bochum, der uns von einer Bochumer Gruppe (ML Bochum) zugeschicht wurde. Die ML Bochum vertritt in vielen entscheidenden Fragen des Klassenkampfs eine andere Position, als der Kommunistische Bund Westdeutschland. Das bleibt natürlich nicht ohne Einfluß auf die Darstellung des Opelstreiks. Entscheidend für den vorliegenden Bericht sind dabei unsere Differenzen in der Gewerkschaftsfrage. Im Gegensatz zu uns geht die ML Bochum nicht von der Notwendigkeit des Kampfes um die bestehenden Gewerkschaften, sondern von der Notwendigkeit des Aufbaus neuer Gewerkschaften aus.**

**Wir drucken den Bericht dennoch ab, weil er einen genauen Eindruck über den Ablauf des Opel-Streiks vermittelt.**

**Von Mittwoch, dem 22. bis Montag, dem 27.8. streikten die Kollegen bei Opel Bochum für folgende Forderungen:**
**300 DM Teuerungszulage**
**Schichtzeit von 6 bis 14 und von 14 bis 22 Uhr!**
**Ein Tag bezahlter Sonderurlaub!**
**Weihnachtsgeld berechnet auf 185 Stunden im Monat!**
**Wir wollen im Folgenden versuchen, zu erklären, wie es zu diesen Kampfaktionen kam und welche Lehren sich daraus ergeben.**

Die allgemeinen Bedingungen, in die der Streik auch bei Opel Bochum eingebettet ist, sind hinlänglich bekannt. die enormen Preissteigerungen und die niedrigen Tarifabschlüsse haben zu einem realen Lohnabbau geführt, von dem alle Lohnabhängigen in der BRD mehr oder weniger stark betroffen sind.

Die Opelkollegen waren zudem seit Herbst letzten Jahres einer enormen Arbeitshetze ausgesetzt, die sie überhaupt nur so lange hinnahm, weil anders kein Auskommen mehr war. Zu verdanken haben sie diese Art mehr Geld zu verdienen der Geschäftsleitung, die in der Mehrheit des Betriebsrates einen idealen "sozialen" Partner fand, der, ohne auch nur eine Bedingung zu stellen, jeder Sonderschicht zustimmte und somit dafür sorgte, daß "Vati samstags nicht zu hause war". Auf jeder Belegschaftsversammlung brachten die Kollegen ihren Unmut zum Ausdruck und stimmten der Kritik an Betriebsrat und Gewerkschaft von seiten der "Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IG Metall" (GOG) zu, die im Betrieb der entschiedenste Sprecher für die Tagesinteressen der Belegschaft ist.

Auf diesen Belegschaftsversammlungen wurden wiederholt die Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit und nach dem vollen 13. Monatslohn aufgestellt.

**Auf Grund des Druckes der Belegschaft und auf Grund der Initiative einzelner fortschrittlicher, der GOG nahestehender Kollegen, rafften sich am Dienstag, dem 14.8. 30 Vertrauensleute auf. Sie marschierten in der großen Pause ins Betriebsratsbüro und trugen G. Perschke (Betriebsratsvorsitzender) und S. Sonak (Vorsitzender der Vertrauensleuteleitung) die Forderung der Opelarbeiter nach Teuerungszulage zwischen 250 und 300 DM vor.**

Am folgenden Mittwoch hatte der Betriebsratsausschuß (11 Betriebsräte) seine regelmäßige Sitzung mit der Geschäftsleitung. Sonak macht sich hier zum "Sprecher der Kollegen" und fordert 250 DM Teuerungszulage. Noch am selben Tag tagt die Vertrauensleuteleitung. Sonak wird wegen seines selbstherrlichen Vorgehens kritisiert und die Forderung auf mindestens 300 DM erhöht.

Auf der Betriebsratssitzung am nächsten Tag verschweigt Sonak einfach diesen Beschluß der Vertrauensleuteleitung. Perschke informiert die Betriebsräte und sagt, daß im Namen der Belegschaft und des Betriebsrates die Forderung nach 250 DM an die Geschäftsleitung gestellt worden ist. Mit dem Hinweis darauf, daß die Kollegen für mehr kämpfen wollen, erheben einige Betriebsräte, vor allem die Betriebsräte der Liste 2 (Liste der GOG bei den letzten Betriebsratswahlen) Protest. Darauf entgegnet Perschke: "Die Vertrauensleute haben 250 DM gefordert. Ihr Wille ist mir heilig!" Außerdem macht er sich zynisch, wie es einem Arbeiterverräter seines Schlages zusteht, über die berechtigte Forderung der Kollegen lustig, indem er erklärt: "Auch wir haben geschwankt, ob wir 2 000 oder 2 500 DM fordern sollten!"

Über diese ganzen Vorgänge werden die Opelarbeiter von der GOG informiert und es wird nochmals die Forderung nach 300 DM bekräftigt. Außerdem sorgte die GOG dafür, daß alle Kollegen von der Sitzung des Gesamtbetriebsrates, die für den kommenden Dienstag, dem 21.8. geplant war, erfuhren. Die GOG forderte noch für Mittwoch ersten Bescheid von den Kapitalisten. Der Verschleppungstaktik der Verräter war ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. Die Opel-Arbeiter warteten noch am Mittwoch auf Nachricht.

**Am Mittwoch vormittag kam denn auch die Information: Die Opelkapitalisten lehnen die Forderung rundherum ab und sind zu keinen Verhandlungen bereit. Als die Vertrauensleute das im Betrieb verbreiten, geht es los.**
Im Werk 2 stand schlagartig alles still. In Werk 1 (Hauptwerk mit Preßwerk, Fertig- und Endmontage) ging der Streik, wie schon 1970, vom Preßwerk aus. Fortschrittliche Vertrauensleute und Kollegen organisierten einen Zug, dem sich immer mehr Abteilungen anschlossen. Noch vor Schichtwechsel um 14.15 Uhr stand fast das ganze Werk still. Auf der Mittagsschicht wurde die Arbeit erst gar nicht aufgenommen. Alle 19 000 standen im Streik.

## ZUM VERLAUF DES STREIKS

Während in Werk 2 fast alle Kollegen ihre Arbeitsplätze verlassen hatten und auf der Wiese saßen, kehrte in Werk 1 ein nicht geringer Teil der Kollegen immer wieder an seinen Arbeitsplatz zurück. Hier versuchten die Meister beständig anzusetzen, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Teilweise gelang ihnen das sogar hier und da. Doch dann bildeten sich immer wieder sehr schnell Züge von einigen hundert Kollegen, die dem Streikbruch rasch ein Ende bereiteten. Es ist wohl hier und da vorgekommen, daß ein Meister sich in seiner Verblendung dem Zug in den Weg stellte, doch solche Hindernisse waren schnell beseitigt. Im Großen und Ganzen jedoch verlief alles sehr friednlich.
**Die Streikfront stand den ganzen Donnerstag über.**

Am Freitag früh fand eine außerordentliche Betriebsratssitzung statt. Perschke brachte ein Angebot der Geschäftsleitung vor. Mit diesem Angebot hoffte er endlich die Kollegen wieder an die Arbeit kriegen zu können. Noch am selben Vormittag sprach er vor Vertrauensleuten und Kollegen. Zahlreiche Vertrauensleute fielen um und standen nicht mehr zu der 300-DM-Forderung. Das Angebot der Geschäftsleitung war jedoch ein Hohn. Es lautete:
15 Pfennig Leistungszulage, auszuzahlen als einmalige Abfindung in Höhe von 180 DM bei der Augustabrechnung. Dazu 100 DM Abschlag auf das Weihnachtsgeld.

Das Ganze wurde als 280 DM Teuerungszulage angepriesen. Die Kollegen in Werk 1 pfiffen "ihren" Betriebsratsvorsitzenden zwar aus, gingen aber doch zu einem nicht geringen Teil, wenn auch knurrend, an die Arbeit. In Werk 2 ruhte die Arbeit geschlossen weiter.
**Es schien, als sollte der Streik in Werk 1 zusammenbrechen.**
Doch dann sprach es sich schnell herum: Die Streikschichten werden nicht bezahlt, was so viel bedeutet, wie: 'Wir haben umsonst gekämpft'. Die Erkenntnis, daß man verschaukelt worden war, setzte das Pünktchen auf das i.
**Opel stand wieder still.**

Am Freitagfrüh hatte die GOG ein Flugblatt verteilt, in dem auf das zu erwartende Angebot hingewiesen wurde und in dem verlangt wurde, daß einzig und allein die Belegschaft zu entscheiden habe, ob es akzeptabel sei oder nicht. Dazu müßten Werk 1 und Werk 2 eine gemeinsame Versammlung abhalten. Die GOG schlug vor, daß die Kollegen von Werk 2 nach Werk 1 marschieren sollten.

Das gelang zwar nicht in der Form, aber die Idee wurde aufgegriffen und als in Werk 1 die Arbeit wieder ruhte, bildete sich hier noch am Vormittag ein großer Demonstrationszug, um nach Werk 2 zu marschieren.
**Der Zug hatte bereits das Werk verlassen. Doch dann kam der große Auftritt des P. Jaszczyk, seines Zeichens Mitglied der Vertrauensleuteleitung und nicht zu vergessen Mitglied der DKP.**
Jaszczyk ist der typische Schaukelpolitiker, der sich mal an diesen, mal an jenen anhängt. Er hatte schon oft diese oder jene Forderung der Kollegen unterstützt und dadurch ein erhebliches Ansehen gewonnen. Das warf er nun in die Waagschale, gerade in dem Moment, als der Streik den Verrätern und den Opportunisten endgültig zu entgleiten begann. **Es gelang ihm tatsächlich, den Zug zum Halten zu bringen und die Kollegen ins Werk zurückzuholen.**

Damit war der Versuch, eine Streikversammlung abzuhalten, den Kampf aktiv und selbständig zu führen, gescheitert. Von dieser Niederlage erholte sich die Bewegung nicht wieder. An dieser Niederlage trägt auch die GOG ihr Teil Schuld. Man erkannte nicht die Bedeutung dessen, was sich da abspielte und wich vor der eigenen Verantwortung zurück. Niemand, der ein ähnlich großes Ansehen gehabt hätte wie Jaszczyk, trat ihm entgegen.

Eine gemeinsame Streikversammlung von Werk 1 und Werk 2 hätte die Streikfront sicher gestärkt. Hier hätte die Möglichkeit bestanden, eine Streikleitung zu wählen, die allein in der Lage gewesen wäre, die Aktivitäten zwischen Werk 1 und Werk 2 und zwischen den verschiedenen Abteilungen zu koordinieren. Bis dahin war alles durch die spontane Aktivität aufopferungsbereiter fortschrittlicher Kollegen und V-Leute gelaufen. Es mußte aber zu dem Punkt kommen, an dem das nicht mehr ausreichte. Der Mehrheit des Betriebsrates und der Vertrauensleuteleitung hätte eine klare Alternative entgegengesetzt werden müssen. Schon am Freitag machte sich dieses Manko in Werk 1 bemerkbar. Immer wieder gelang es hier, die Produktion anlaufen zu lassen, weil eine Führung fehlte. Im Werk 2 sah es anders aus, weil Kollegen der GOG zumindest indirekt eine Art Leitung bildeten.

## AM WOCHENENDE FIELEN DIE WÜRFEL. OPEL BEREITETE ALLES FÜR DEN KOMMENDEN MONTAG VOR.

Am Samstag erhielten alle Opelarbeiter einen Brief der Geschäftsleitung, in dem darauf hingewiesen wurde, was man alles "gemeinsam" erreicht hatte. Es hieß dann unter anderem: Ich bitte Sie, sich das alles noch einmal in Ruhe und abseits der Einwirkung solcher Gruppen zu überlegen, die letztlich nichts anderes im Sinn haben, als durch ihre Aktionen die Grundlagen unserer betrieblichen und gesellschaftlichen Ordnung zu zerstören."

Darüber hinaus gewährt man den Kollegen die "Gnade", die durch den Streik ausgefallenen Schichten in Überstunden und Sonderschichten nachzuschinden. Das alles unter dem Motto:
"Ich appeliere an Ihre Vernunft"
(Gensert, Leiter des Werkes)

Am Montag zeigte sich, daß Opel dieser Art von "Vernunft" bei den Kollegen denn doch nicht allzuviel vertraute. Man war bestens vorbereitet.

**Vor allem im Preßwerk, einem zentralen Punkt der Streikbewegung, wimmelte es von Werksschutz mit Kameras bewaffnet, Werksfeuerwehr mit Sprechfunkgeräten, sowie Meister, Obermeister, Abteilungsleiter, ja sogar Werksleiter Gensert höchstpersönlich war dabei.**

Die Kollegen, die einzeln und in kleinen Gruppen herumstanden, ohne jede Führung, wurden persönlich aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen. Angesichts der fehlenden Führung wirkte diese Methode fast im gesamten Werk 1. Nahezu überall ging man, wenn auch teilweise widerwillig oder sogar vor Wut knirschend an die Arbeit.
Zudem fehlte jeder Kontakt zu Werk 2, alle Telefone waren vorsorglich totgelegt worden und andere direkte Verbindungen gab es sowieso nicht.
**Niemand wußte, daß in Werk 2 der Streik weiter stand.**
Von hieraus waren die Kollegen sogar noch nach Werk 3 marschiert, einem Ersatzteillager. Vor Werk 3 waren sämtliche Tore von den Meistern verschlossen worden. Niemand kam hinein oder hinaus, sodaß die Kollegen unverrichteter Dinge wieder nach Werk 2 gingen. Hier begann jetzt eine ähnliche Prozedur wie in Werk 1.
**Entscheidend jedoch war die Information, daß Werk 1 wieder arbeitete. Nach der großen Pause war der Streik in Werk 2 zusammengebrochen.**
Während der Pause wiederum hatten sich in Werk ' noch einmal rund 1 000 Kollegen . uf der Wiese versammelt. Als die Pause zu Ende ging, setzte sich von hier aus ein großer Zug in Bewegung und legte für circa 1 1/2 Stunden den Betrieb nahezu völlig lahm. Doch viele Kollegen kehrten sofort wieder an die Arbeitsplätze zurück und fingen an, zu arbeiten. Die Lakaien der Opelkapitalisten, Meister usw. wurden immer frecher und griffen sich sogar einzelne aus dem Zug heraus, ohne, daß man ihnen wirksam entgegengetreten wäre. Opel fotografierte "Rädelsführer" und vervollständigte seine schwarzen Listen.
**Der Streik brach endgültig zusammen.**
Einige Entlassungen sind bereits ausgesprochen, wie viele noch folgen werden, ist ungewiß. Laufend werden fortschrittliche Kollegen zu Geschäftsleitung und Ermittlungsdienst zitiert und verhört. Der Ermittlungsdienst, in dem u. a. alte Faschisten sitzen, bedroht solche Kollegen und schüchtert ihre Frauen ein ("Wir haben jetzt genug Beweise gegen Dich, Du bist fällig"; "Wir machen Dich fertig"; "Wenn Ihr Mann so weitermacht, landet er im Knast".).
Uber die Niederlage und die damit verbundenen Enttäuschungen bleibt aber festzuhalten, daß der Kampf nicht umsonst war. Die Opelarbeiter haben dazugelernt. Sie haben klarer gesehen, wer diesseits und wer jenseits der Barrikade steht. Wenn auch nicht das erreicht worden ist, was erreicht werden sollte, so ist doch auch was die Lohnforderungen anbetrifft, ein Teilerfolg zu verzeichnen. Die Geschäftsleitung sah sich inzwischen genötigt, weitere 100 DM auf ihr Angebot aufzustocken.
Für die Zukunft erkennen immer mehr Kollegen, daß sie ihre Kämpfe unabhängig von den reaktionären Betriebsräten und den Bürokraten in der Gewerkschaft führen müssen, wenn sie erfolgreich sein wollen.
**Der Streik ist zu Ende, der Kampf geht weiter!!!**

**Marxisten-Leninisten Bochum**

# Lohnverzicht wäre das Falscheste

## LOHNVERZICHT KANN WEDER DIE PREISE STOPPEN, NOCH DIE ARBEITSPLÄTZE SICHERN

**Als die Streiks sich ausweiteten, sagte Bundeskanzler Brandt, daß jetzt Aussicht bestünde, daß die Stabilitätspolitik eine Wende im Preisauftrieb herbeiführe. Die Lohnabhängigen sollten die Stabilitätsbemühungen der Bundesregierung unterstützen und sich in ihren Forderungen mäßigen.**
**Aber der Appell des Bundeskanzlers geht gleich von zwei falschen Voraussetzungen aus, um die Lohnabhängigen zu täuschen. Erstens weiß der Kanzler, daß bisher keine wirkliche Abnahme der Preissteigerung eingetreten ist, noch jetzt zu erwarten ist, das weiß er nämlich von seinem eigenen Wirtschaftsministerium. Zweitens kann ein Lohnverzicht die Lage der Lohnabhängigen nur verschlechtern, ein Mittel gegen Preissteigerung ist der Lohnverzicht nicht, sondern nur ein Mittel, die Profite zu stabilisieren.**




Bundesbank, Wirtschaftsinstitute und das Wirtschaftsministerium haben übereinstimmend erklärt, daß das kurzfristige Sinken der Preissteigerung von 7,9% auf 7,2% nicht die Wende im Preisauftrieb bedeutet, sondern lediglich auf die im Sommer kurzfristig niedrigeren Preise für einige Gemüse und Obst zurückzuführen ist. Ohnehin bedeutet ein Sinken der Preissteigerung nicht ein Sinken der Preise.
Von einer Wende im Preisauftrieb zu sprechen, ist also pure Demagogie.
Am größten sind die Preissteigerungen für Verbrauchsgüter und sie treffen daher vor allem die Masse der Lohnabhängigen und die Rentner. Über die Verbrauchermesse in Frankfurt schrieb die Rhein Neckar Zeitung: "die Messe der größten Preissteigerung der Nachkriegszeit", und weiter: "Wie die Preisgestaltungen der meisten Branchen erkennen lassen, ist im Herbst mit einem noch stärkeren Anstieg der Verbraucherpreise noch über die vom IFO-Institut für Wirtschaftsforschung vorausgesagten 7,5% zu rechnen."
Nach einer Berechnung, die von den Preissteigerungen der letzten sechs Jahre ausgeht, würden die Preise 1980 gegenüber 1967 schon das Doppelte betragen. Im Durchschnitt nämlich steigen die Preise seitdem pro Jahr **um ein Prozent mehr**. 1989 würden die Preise schon das 10fache, 1998 das Hundertfache und im Jahre 2006 das Tausendfache betragen. Dazu sagte der Referent für Preisstatistik im Bayrischen Statistischen Landesamt: "Dabei klettern einzelne Preise viel schneller. Das Briefporto würde bei der jetzigen Steigerung von 33% im Jahr 2000 938 Mark und sechzig Pfennig kosten." Selbst wenn aber die Preissteigerungsrate von heute knapp 8% nur bleiben würde, würden sich die Preise bis im Jahr 2000 verachtfachen. Die Süddeutsche Zeitung, aus der wir diese Informationen entnommen haben, gibt dem Artikel die zynische Überschrift: "Alle werden Millionäre". Denn die Statistiker gingen in dieser Hochrechnung davon aus, daß Löhne und Gehälter automatisch mit den Preissteigerungen mitwachsen.
Natürlich können wir nicht wissen, wie im einzelnen die Preise weiter steigen. Eines aber steht fest: die Geißel der Inflation wird andauern, solange der Kapitalismus andauert. Gegen den Automatismus der ständigen Inflation im Kapitalismus gibt es kein Heilmittel. Weder die Konjunkturbremse der Bundesregierung, der "Restriktionskurs", noch der staatlich verordnete Preisstopp. In den USA, wo ein Preisstopp zeitweise eingeführt wurde, stiegen die Preise sogar noch schneller. So z. B. für Fleisch, denn die Viehzüchter halten ihr Vieh auf der Weide bis der Preisstopp ausläuft. Die Folge davon, die Preise für Fleisch stiegen auf dem Schwarzmarkt um 80%, während es zu gestoppten Preisen einfach kein Fleisch mehr gab.

*Hier die prozentuale Veränderung der Preise im August 1973 gegenüber:*

| | Juli 73 | Aug. 72 |
|---|---|---|
| **Nahrungsmittel/Getränke** | | |
| Rindfleisch z. Schmoren | — 0.2 | +11.7 |
| Schweinekotelett .... | + 2.0 | +14.9 |
| Streichmettwurst .... | + 0.8 | +15.1 |
| Salami, inl. Herkunft | + 0.5 | +13.1 |
| Eier-Ravioli, Dose ..... | — 0.5 | + 6.5 |
| Kabeljau-Filet ....... | — 1.2 | +21.1 |
| Brathähnchen A, Tiefk. | + 2.5 | +17.8 |
| Suppengemüse, Tiefk. | + 0.7 | + 4.3 |
| Dt. Eier Kl. A, Gw.Kl.3. | + 0.4 | +10.7 |
| Vollmilch in Tüten .... | + 0.2 | + 5.6 |
| Camembert, Schachtel | + 1.4 | + 6.6 |
| Dt. Markenbutter .. | —,— | + 0.5 |
| Margarine, Delikateß | + 0.6 | + 0.4 |
| Helles Mischbrot .... | + 0.6 | + 8.5 |
| Langkornreis, abgep | —,— | + 6.5 |
| Einfr.-Konfit. (450 g) | + 0.7 | + 8.1 |
| Milchschok., Markenw. | —,— | + 0.6 |
| Eiscreme, Fürst-Pückler | + 1.2 | + 2.1 |
| Apfelsaft ............. | + 0.8 | +42.7 |
| E. Tafelw. (k. Kurbr.) | + 0.2 | + 8.4 |
| Bohnenkaffee, mittl. | — 0.9 | + 3.6 |
| Schwarztee in Btln. | —,— | — 0.9 |
| Flaschenbier .......... | + 0.7 | + 2.7 |
| Kartoffeln, I., neue | —19.8 | +11.2 |
| Tomaten, I. Qual. .... | —29.6 | —13.3 |
| Inl. Tafeläpfel (I) .... | — 4.9 | +18.4 |
| Apfelsinen, I. Qual. .. | + 3.2 | + 5.4 |
| **Bekleidung, Textilien, Schuhe** | | |
| H.-Hose, Chemief./Wolle | + 0.2 | +15.6 |
| D.-Rock, Chemief./Wolle | + 0.4 | +11.0 |
| Strampelhöschen, Bw. | —,— | +11.2 |
| Gardinentüll, 240 cm .. | —,— | +11.4 |
| H.-Schuhe, Boxcalf .... | + 1.5 | +16.0 |
| **Kraftfahrzeugbedarf, Brennstoffe,** | | |
| Autobatterie, 77 A/h, 6 V | + 0.2 | + 0.4 |
| Normalbenzin, Marke .. | —,— | +18.1 |
| Zechenbrechkoks II .. | + 3.1 | +12.4 |
| Leichtes Heizöl, 5000 l. | — 3.8 | +65.1 |

### DIE PREISE STEIGEN UNVERMEIDLICH

Die Preise müssen im Kapitalismus steigen auf Grund von Wirtschaftsmechanismen, die unlösbar mit dem heutigen Kapitalismus in seiner Versumpfungsphase verbunden sind, und die zeigen, daß der Kapitalismus heute sterbender, faulender Kapitalismus ist. Um sich in der Konkurrenz zu behaupten, und dadurch ihre Profite zu sichern, müssen die Kapitalisten investieren und nochmals investieren. Ihre Investitionen übersteigen bei weitem ihre eigenen finanziellen Möglichkeiten. Sie nehmen ständig wachsende Kredite auf, dadurch wird die Geldmenge ständig erhöht, sie wächst beständig schneller als die materielle Produktion. Um diesen Mechanismus zu bremsen, machen Bundesbank und Bundesregierung derzeit eine "Restriktionspolitik", das heißt, es wird schwieriger und teurer Kredite zu bekommen. Dies trifft aber nur die kleinen und mittleren Unternehmen, wie jetzt in der BRD vor allem die Bauindustrie und die Textilindustrie. Die großen Konzerne bekommen nach wie vor ihre Milliardenkredite zu wesentlich günstigeren Bedingungen von den Großbanken, mit denen sie eng verbunden sind, oder vom internationalen Geldmarkt, auf den sie ausweichen können, weil sie international operieren. Die vom internationalen Finanzkapital ausgehende Inflation ist völlig unkontrollierbar. Wo die Politik der Bundesregierung aber wirklich greift, da wird die Krise nur verschärft, wie jetzt im Bausektor, die Preise gehen dort vielleicht kurzfristig zurück, zugleich aber wächst die Arbeitslosigkeit. Gegen die Krise der Inflation bleibt den kapitalistischen Wirtschaftspolitikern nur die größere Krise der Arbeitslosigkeit, das heißt, sie können aus den krisenhaften Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaft gar nicht ausbrechen. Löst ihre Politik die Krise aus, dann müssen sie wieder ankurbeln, indem sie die staatlichen Ausgaben erhöhen, Steuererleichterungen für den Export erteilen, kurz Maßnahmen ergreifen, die wieder die Inflation anheizen.

### STEIGENDE PREISE UND WACHSENDE ARBEITSLOSIGKEIT

Die wahrscheinliche Entwicklung aber sieht so aus, daß sowohl die Inflation zunimmt, als auch die Arbeitslosigkeit. In den USA ist genau dieses Stadium schon erreicht, wo die staatliche Ausgabenpolitik mit Hilfe einer wachsenden Staatsverschuldung und heißlaufender Geldnotenpresse die Inflation am Dampfen läßt, und zugleich doch nicht die wachsende Arbeitslosigkeit verhindern kann. Kein Experiment auch nicht der Lohn- und Preisstopp haben diese Entwicklung bisher aufgehalten.
Auch in der BRD zeichnet sich diese Entwicklung ab. Die Krediteinschränkungen haben die Inflation nicht gestoppt, zugleich aber schon einige Branchen in erhebliche Schwierigkeiten gebracht, Konkurse und Entlassungen ausgelöst. Außerdem planen die großen Konzerne wachsende Produktionsverlagerungen ins Ausland. Konzerne und Bundesregierung wollen langfristig eine größere Arbeitslosigkeit erreichen, um stärkeren Druck auf die Löhne ausüben zu können. Die Preise werden dadurch nicht sinken.

### BUNDESREGIERUNG STEUERT ARBEITSLOSIGKEIT AN

Staatssekretär Hermsdorf vom Finanzministerium sagte, daß es durch die notwendige Stabilitätspolitik "durchaus zu Entlassungen kommen kann" (nach RNZ). Deutlicher kann man nicht sagen, was "Stabilität" in der kapitalistischen Wirtschaftspolitik heißt. Finanzminister Schmidt, der den Unternehmern riet, ihre Profite mehr zu verheimlichen, damit sie keinen Unmut bei den Lohnabhängigen herrufen, sagte, man müsse die derzeitige Überbeschäftigung auf eine "echte Vollbeschäftigung" reduzieren. Brandt benutzte die gleichen Worte bei seiner Salzgitter-Rede. Statt Abbau der Überstunden und Verringerung der Arbeitszeit, wollen die SPD-Regierungspolitiker eine größere Arbeitslosigkeit, um damit den Unternehmern den Lohnabbau zu erleichtern. Das nennen sie dann eine "echte Vollbeschäftigung".
Aber auch in Bereichen, wo derzeit die Produktion auf Hochtouren läuft, bringen die Unternehmer genau wie im letzten Jahr vor den Tarifauseinandersetzungen die Angst um den Arbeitsplatz ins Spiel. Bei Daimler Benz in Wörth wurde vorsorglich Kurzarbeit angemeldet. Das gleiche wird erwogen für das Werk Mannheim. In diesen Fällen handelt es sich aber offensichtlich um Manöver der Unternehmer gegen den Lohnkampf. Die Großkonzerne, die sich solche Manöver leisten können, kalkulieren dabei folgendermaßen: selbst wenn sie tatsächlich Kurzarbeit einführen, um durch die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes Streikaktionen zu verhindern, kommt sie die Kurzarbeit, bei der die Produktion weitgehend aufrechterhalten wird, immer noch billiger als ein Streik, der sie unter Umständen sogar zwingt, höhere Löhne zu zahlen. Wir müssen also damit rechnen, daß die Großkonzerne selbst wenn die Auftragsbücher voll sind, Kurzarbeitmanöver durchführen.




*Bis auf den unteren Zeitungsrand müßte man die Linie der Preissteigerungen verlängern, um ein richtiges Bild von den Preissteigerungen zu bekommen. Doch der kleine Ausschnitt aus der Kurve, den viele bürgerliche Zeitungen veröffentlichten, soll den Knick schön groß erscheinen lassen und ein Ende der Preissteigerungen vorgaukeln.*

**Der unsoziale Preisanstieg**
Preisanstieg Juni 1973 gegenüber Juni 1972 in %
Durchschnitt für alle Haushalte: 7,9 %
dagegen: für
Haushalte mit höherem Einkommen +7,3
Haushalte mit mittlerem Einkommen +8,2
Rentner-Haushalte +8,8
Lebenshaltung eines Kindes +9,9

### LOHNVERZICHT – KEIN MITTEL GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

Aber diese Manöver ziehen nur solange, wie die Unternehmer der Arbeiterklasse weismachen können, daß höhere Löhne die Arbeitsplätze gefährden. Das ist absolut nicht der Fall. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze kann im Kapitalismus nicht beseitigt werden, **aber sie entsteht nicht durch die Höhe der Löhne.** Daher kann die Arbeiterklasse auch nicht durch Lohnverzicht die Arbeitsplätze sichern, wie uns die Kapitalisten und ihre Lakaien in Presse und Fernsehen es immer wieder einzutrichtern versuchen. Kommt der Absatz und in der Folge die Produktion ins Stocken, dann auf Grund der Überproduktion, die eine unmittelbare Folge der unmäßigen Profitsucht ist, und auf Grund der Ausweitung der Produktionskapazitäten weit über das Maß, das der Markt und schließlich die Verbraucher, die Masse der Lohnabhängigen mit ihrem begrenzten Einkommen abnehmen können.
Überstundenschinderei und Akkordhetze, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, das sind die Auswirkungen des Krisenzyklus für die Lohnabhängigen. Sie zwingen die Arbeiterklasse zum Kampf um ihre Existenzbedingungen. Die Arbeiter sind aber doppelt verratzt, wenn sie diesen Kampf nicht führen und auf die heuchlerischen Versprechungen des sozialen Friedens vertrauen, den es im Kapitalismus nicht geben kann. Den größten Fehler beginge die Arbeiterklasse, wenn sie die Zeit der Hochkonjunktur, der vollen Auftragsbücher nicht nutzt, um ihre Forderungen nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Dann ginge sie nur umso wehrloser in die Phase der Depression und Stagnation. *b.b.*

## Bundesanstalt für Arbeit: Am Rande der Pleite

Schon bei einem strengeren Winter hat die Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr genügend Rücklagen, um das Arbeitslosengeld zu zahlen. Der Bundesrechnungshof hat festgestellt, daß die Bundesanstalt nicht einmal die Hälfte der gesetzlich vorgeschriebenen liquiden Rücklagen gebildet hat. Schon für eine geringfügige Arbeitslosigkeit wäre die Auszahlung des Arbeitslosengeldes nicht mehr gesichert. Nach Gesetz müßte die Bundesanstalt für Arbeit eine liquide, das heißt jederzeit auszahlbare Rücklage von 2 % der Jahresentgelte der unselbständig Beschäftigten bilden. Derzeit wären das 5,6 Mrd. DM. Ende 1972 waren aber nur 2,5 Mrd. liquide zurückgelegt und es sind inzwischen nicht mehr geworden.
Dabei ist 1972 der jährliche Beitragssatz auf 1,7 % erhöht worden. Aber die Bundesanstalt hat das Geld, das die Lohnabhängigen zur Sicherung gegen Arbeitslosigkeit aufbringen müssen, für andere Zwecke ausgegeben. Mit den Arbeitslosenversicherungsgeldern wurden Umschulung und Weiterbildung nach dem neuen Arbeitsförderungsgesetz finanziert. Dies großartige Reformwerk der SPD–Regierung kam aber nur in geringem Umfang denen zugute, die sich wegen Berufskrankheiten oder weil ihr Beruf nicht mehr gefragt war, umschulen lassen mußten. Vielmehr wurden die Fortbildungsmöglichkeiten vielfach von Karrieristen genutzt, um sich noch weiter nach oben zu schieben. Dafür zahlte die Bundesanstalt für die Dauer der Fortbildung monatlich bis zu 80 % eines 2.000-DM-Nettogehalts.
Ein Musterbeispiel sozialdemokratischer Reformpolitik, von der die SPD-Führung behauptet, sie könne soziale Sicherheit im Kapitalismus schaffen. In diesem Falle hat sie zur Finanzierung einer solchen Reform sogar die bescheidenen Sicherungen gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit bgebaut. Vor einer größeren Arbeitslosigkeit gibt es sowieso keinen Schutz. 1930 wurden die von der Arbeiterklasse erkämpften sozialen Sicherheiten schon einmal abgebaut.

# Verdunklungsausschuss

Seit dem 3. September hat der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur "Aufklärung der Bestechungsaffären anlässlich des Mißtrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt" seine Arbeit wieder aufgenommen. Bekannt wurde:
Postminister Ehmke, seinerzeit Kanzleramts-Chef hatte am Tag vor dem Mißtrauensvotum 50 000 DM in bar aus dem Geheimfonds des Bundeskanzlers bei der Bundeshauptkasse abgehoben. Da der Kanzlergeheimfonds schon seit den Tagen Adenauers zur Abwicklung dunkler Geschäfte eingerichtet worden war, wie

Die Affäre um den Fall Steiner könnte eine überraschende Wendung nehmen, wenn sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses auf den jüngsten Bonner Witz zurückziehen. Danach hat sich die Sache wie folgt abgespielt: Eine Stunde vor der Abstimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum trifft der CDU-Abgeordnete **Julius Steiner** den SPD-Kollegen **Karl Wienand** mit einer Trauermiene an. Steiner zu Wienand:"Warum sehen Sie denn so traurig aus? " Wienand:"Na ja, die Abstimmung verlieren wir doch." Steiner:"Wetten, daß Brandt Bundeskanzler bleibt." Wienand ist zur Wette bereit und fragt nach dem Einsatz. Steiner darauf:"Um 50 000 Mark." Wienand verlor die Wette. (Die Zeit, 10.08.73)

z.Bsp. für Agentenkäufe, Spionage,
z.Bsp. für Agentenkäufe, Spionage,
Finanzierung von Kommandounternehmen und Bestechung, unterliegt er natürlich der Geheimhaltung. Die Ausgabenbelege für die 50 000 DM wurden damals im Reißwolf vernichtet.
Der ehemalige SPD-Abgeordnete Bäuchle erklärte, Karl Wienand habe ihm gesagt, Steiner sei nicht der Einzige, der "Geld bekommen und genommen" habe (FR, 7. 9.)

Etta Schiller, die sich jetzt von dem ehemaligen Superminister scheiden lassen will, teilte dem STERN gegenüber mit, Brandt habe vor dem Mißtrauensvotum bei einem Treffen im Restaurant mit ihrem Mann, bei dem sie anwesend war, gesagt, es sei "aus optischen Gründen besser und naheliegender, wenn der Herr Steiner zur FDP wechseln würde". Auch Brandt wußte also etwas von der Steiner-Geschichte.
FDP-Staatssekretär Moersch hat inzwischen zugegeben, daß er für Steiner damals eine Parteiaustrittserklärung bereits parat hatte.
Die Vorwürfe werden immer widersprüchlicher, die Spekulationen immer wilder und die ganze Angelegenheit immer undurchsichtiger. Demnächst wird wohl der Kanzler persönlich Stellung nehmen. Der Gestank, den dieser bürgerlich-parlamentarische Sumpf verbreitet, wird immer ruchbarer.

Die Korruptionsvorwürfe und -affairen häufen sich in allen imperialistischen Ländern. Sie zeigen die weltweite Verkommenheit des bürgerlich -parlamentarischen Systems, die Krise der bürgerlichen Institutionen. Die Zahl jener Politiker, die sich mit Hilfe der staatlichen Institutionen persönlich ungeheuer bereichern, wird immer größer. Zugleich wird der volksfeindliche Charakter der bürgerlichen staatlichen Einrichtungen immer deutlicher. Sie dienen einzig dem
deutlicher. Sie dienen einzig dem
Zweck, das Volk zu unterdrücken, um der Kapitalistenklasse die Ausbeutung abzusichern.

Einrichtungen, wie der Untersuchungsausschuss, sollen durch Anschwärzen einiger Personen die Staatseinrichtungen selbst reinwaschen. Aber das mißlingt gründlich, denn sie geraten nur immer tiefer in den Sumpf.

# Lohnsteuerdruck wird unerträglich

**MEHR ALS DIE PREISE STEIGEN DIE LOHNSTEUERN**

Ein Viertel aller Steuereinnahmen kamen 1972 aus der Lohnsteuer. Die Körperschafts-, Kapitalertrags- und Einkommenssteuer machen zusammen nur 17,0% des Steueraufkommens. Alle restlichen Steuern stecken in den Preisen für Verbrauchsgüter, müssen also ca. 70% ebenfalls von den Lohnabhängigen aufgebracht werden. Insgesamt mußten also die Lohnabhängigen ungefähr 3/4 der staatlichen Einnahmen aufbringen.
**In diesem Jahr werden die Lohnsteuerzahler schon 60 Mrd. DM Lohnsteuer gegenüber 49,7 Mrd. 1972 in die Staatskassen abführen, das sind 14% vom Bruttolohn und eine Steigerung der Lohnsteuer von über 20% in einem Jahr.**
Die progressive Einkommensteuer führt also keineswegs zu einer größeren Besteuerung der Reichen. Im Gegenteil. Der gesamte Zuwachs der Steuereinnahmen in den letzten Jahren geht auf die Steigerung der Lohnsteuer zurück, denn die Löhne stiegen brutto so schnell wie die Preise, zugleich traf aber die Steuerprogression nun die Löhne so, daß netto der Zuwachs der Löhne hinter den Preissteigerungen zurückblieb.
Seit 1960 ist die Lohnsteuer doppelt so schnell gestiegen wie der Bruttoreallohn (Bruttolohn abzüglich Preissteigerung). Der Nettoreallohn, das was an Kaufkraft wirklich bleibt, stagniert inzwischen, für viele ist er sogar zurückgegangen.
Noch weit mehr als die Preise sind also die Lohnsteuern gestiegen. Und weil dies Steuersystem die Staatskassen füllt, wird die angekündigte Steuerreform seit Jahren immer wieder verschoben. Von den Steuerreformplänen, wie sie bisher CDU und
formplänen, wie sie bisher CDU und
SPD vorschlagen, ist aber keine wirkliche Besserung zu erwarten. Gegenüber diesen betrügerischen Reformen muß die Arbeiterklasse ihre Forderungen entwickeln und den Kampf um die Sicherung ihrer Existenz auch in der Auseinandersetzung mit Staat und Regierung führen. Ein steuerfreier Mindestlohn und die Abschaffung der indirekten Steuern muß die Kampflosung sein.
Kampflosung sein.

200 MILLIARDEN MARK STEUERN 1972

1972 in Milliarden DM

| Steuer | Mrd. DM |
|---|---|
| Lohnsteuer | 49,7 |
| Umsatzsteuer | 34,1 |
| Einkommensteuer | 23,1 |
| Gewerbesteuer | 14,8 |
| Mineralölsteuer | 14,2 |
| Einfuhrumsatzsteuer | 12,8 |
| Körperschaftssteuer | 8,5 |
| Tabaksteuer | 7,8 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 4,7 |
| Zölle | 3,2 |
| Kapitalertragssteuer | 2,3 |

Wichtige Steuereinnahmen von Bund Ländern und Gemeinden




**STUTTGART: HÖHERE DIÄTEN**

**„eine schlichte Anpassung an die allgemeine Preisentwicklung"**

In einer ihrer letzten Sitzungen vor der Sommerpause haben sich die Abgeordneten bei nur vier Gegenstimmen eine ihrer Bezüge erhöht. Die Gesamtkosten der Parlamentarier steigen damit für den baden-württembergischen Steuerzahler jährlich um 400 000

# Parlamentsehre

**WIE MAN DIE EHRE DES PARLAMENTES RETTET, OHNE DIE EINKÜNFTE DER ABGEORDNETEN ZU GEFÄHRDEN**

Als erstes deutsches Parlament hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen nach der neuen "Ehrenordnung" die beruflichen und nebenberuflichen Verbindungen seiner Mitglieder offengelegt. Vor dem esse betonte aus diesem Anlaß Lanutagspräsident Wilhelm Lenz (CDU), bei den Abgeordneten bestünden keine Hintergründe, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hätten. Nicht einer habe einen sogenannten Beratervertrag. Nur acht Abgeordnete hätten bisher Zuwendungen aus nicht beruflicher Tätigkeit anzeigen müssen: Dabei handele es sich jedoch um Honorare für Vorträge oder Zeitungsartikel. Bei den Angaben der Abgeordneten, die künftig Bestandteil des offiziellen Landtagshandbuches sein werden, fällt allerdings eine Häufung von Ämtern in Vorständen, Aufsichts- und Verwaltungsräten auf. So gehören 54 Abgeordnete der CDU insgesamt 138 derartigen Gremien an, 54 Mitglieder der SPD-Fraktion bringen es sogar auf 142.
aus: Stuttgarter Zeitung vom 31. 8. 73

# Über 200 Millionenkonkurse

Die Zahl der Konkurse ist im ersten Halbjahr 1973 auf 2470 geklettert, 8,4% mehr als im Vorjahr. Unter diesen Pleiten sind 213, bei denen die unerbringlichen Forderungen höher als 1 Million DM sind. In 52 Fällen wurde dabei der Konkursantrag mangels Masse abgelehnt, das heißt, es war kein Vermögen mehr vorhanden, aus dessen Verkauf die Forderungen zum Teil beglichen werden konnten. Bei den großen Konkursen der Bauindustrie sind nicht nur die Baukapitalisten selbst, sondern Politiker und staatliche Stellen mitverwickelt. So baute der Bauunternehmer Kun mit Darlehen der staatlichen Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes Nordrhein-Westfalen. Ihre jetzt wohl uneinbringbaren Forderungen an Kun belaufen sich auf 14,2 Millionen DM, Steuermittel, die für den sozialen Wohnungsbau ausgewiesen werden. Seit 1970 zahlte Kun außerdem keine Steuern mehr. Große Teile seines Vermögens hat er kurz vor der Pleite seiner Frau überschrieben. Insgesamt betragen die Schulden 600 Millionen DM. Die Pleite war eigentlich schon 1972 fällig, aber die Regierung von Nordrhein-Westfalen hat sich immer wieder um eine Sanierung bemüht, weil sie selbst mit in dieser Pleite steckt.
In München ging die Baugesellschaft "Wettersteingruppe" pleite. Ihr Chef Hubmann hatte vergebens kurz vorher noch ein Bittschreiben an Bundeskanzler geschickt, jedoch ohne Erfolg. Brandt antwortete nicht, denn ihm ist die Sache peinlich. Die Wettersteingruppe hatte sich nämlich auf den Bau von Eigentumswohnungen für alte Menschen spezialisiert. Um an das Geld der alten Leute ranzukommen, wurde ein gemeinnütziger Verein "Altenhilfe durch Privatinitiative" gegründet, indem den Alten nahegelegt wurde, Wettersteinwohnungen und Kapitalanteile zu erwerben, um sich für die letzten Jahre zu sichern. Vorsitzender war der bayrische Staatssekretär der CSU-Regierung Prof. Rucker, der sich nun eiligst distanzierte. Bundeskanzler Brandt und Altkanzler Erhard waren Ehrenmitglieder dieses Vereins. Den alten Leuten wird nun der bayrische Staat beispringen.
In Hamburg machte der Baukapitalist Hisam Pleite, in dessen Villa auf der Insel Sylt Bundeskanzler Brandt einst Urlaub machte. Ein 85 Meter hoher Wohnturm mit 200 Luxusferienappartements, der im Rohbau steht, wird mit Staatsgeldern der Kieler Landesregierung fertiggestellt.
Dies sind nur Beispiele aus einer langen Liste von Pleiten im Bau. In den meisten dieser Konkurse haben die Arbeiter und Angestellten den Lohn von Monaten noch ausstehen. Und überall in den großen Städten stehen halbfertige Wohnungen, aber auch fertige, in München allein 5000 leerstehende Neubauwohnungen. Obwohl nach wie vor Wohungsknappheit besteht, bleiben sie leer, weil sie zu teuer sind.



# Nahrungsmittelvernichtung

**Rhein-Neckar 6.9.** Wie schon in früheren Jahren wurden im August im Raum Rhein-Neckar tonnenweise frischgeerntete Tomaten vernichtet. Nicht weil mehr Tomaten geerntet werden als gegessen werden können, kommt es dazu, sondern weil die Großhändler nur soviel Tomaten aufkaufen, wie sie für hohe Preise losschlagen können. So bleiben auf der einen Seite die Bauern auf ihren Tomaten sitzen, für die sie beim Verkauf nur 7 bis 12 Pfennig pro Pfund erhalten. Auf der anderen Seite muß im Laden 40 bis 50 Pfennig pro Pfund bezahlt werden. Rund 15% der Ernte aber wird vernichtet. Solcher Wahnsinn ist im Kapitalismus nicht seltene Ausnahme, sondern immer dann die Regel, wenn es gute Ernten von Agrarprodukten gibt. Um die Preise hochzuhalten, werden Teile der Ernte vernichtet. Auf den Tellern der Arbeiterfamilien gibt es dann nach wie vor zu wenig Tomaten, und dennoch sind die Bauern gezwungen, ihre Tomaten zu vernichten. Solche Zustände können nur durch den unmittelbaren Produktentausch zwischen den beiden Produzentenklassen, den Arbeitern und den Bauern beseitigt werden. Das aber ist erst im Sozialismus möglich.



# Das Fluchthilfe-Geschäft

Vor kurzem standen im "Stern" und in anderen Zeitschriften Berichte über die Geschäfte mit der Fluchthilfe aus der DDR.
Bei diesen Geschäften wurden Hunderttausende verdient. Es wurden Pässe gefälscht, Stempel und Pässe gestohlen, Plomben geknackt, eine ganze Geheimdienstorganisation aufgebaut. Das alles war seit langem den Behörden und in der Öffentlichkeit bekannt gewesen.
Aber in letzter Zeit wurden dabei die neuen Transitwege nach Berlin benutzt. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin sichert den unkontrollierten Zugang nach Westberlin, das heißt die Autos werden von den DDR-Behörden nicht überprüft, Lastwagen werden verplombt vor der Durchfahrt. Dieser Vertrag bot die Möglichkeit, Menschen in größerem Umfang zu schmuggeln.

Die Geschäftemacher mit der Fluchthilfe, sie bekommen bis zu 40 000 DM pro Person, wurden von der CDU als "Verteidiger der Freiheit" gefeiert. Die Fluchthelfer würden das Menschenrecht auf Freizügigkeit vom einen Teil Deutschlands zum anderen Teil sichern.
Die SPD sah ihre Ostpolitik unter Druck gesetzt. Einerseits macht sie Verträge mit der DDR und kann deren Bruch nicht einfach hinnehmen. Andererseits will sie auf keinen Fall die DDR völkerrechtlich anerkennen. Denn dann würde sie die DDR als Ausland anerkennen müssen. Aber gerade das will die SPD-Regierung nicht. Können doch gerade bei der völkerrechtlichen Nichtanerkennung der DDR die Ostverträge besonders gut als Hebel angesetzt werden. Als Hebel zum Ausbau der Macht der westdeutschen Kapitalisten. Kanzler Brandt nennt den Weg dazu "friedliche Durchdringung". Heute ist es nicht mehr der Kalte Krieg, heute werden der Handel und die Kapitalanlagen ausgeweitet: Schritt für Schritt soll die Macht der westdeutschen Kapitalisten ausgeweitet werden.
Diese Vertragspolitik der SPD-Regierung und die gleichzeitige Nichtanerkennungspolitik sind also nur die zwei Seiten der einen imperialistischen Ausdehnungspolitik. Auf dieser sumpfigen Grundlage nisten sich die Profitmacher des Menschenschmuggels ein. Ihre Geschäfte blühen. Sie holen Angehörige der privilegierten Schichten aus der DDR heraus, Architekten, Ärzte, Ingenieure usw., alle, die 40 000 DM zahlen können.

Vor dem Bau der Berliner Mauer setzte sich gerade ein großer Teil der Facharbeiter aus der DDR ab. Das war das Ergebnis der Politik der SED, die zur Herausbildung einer neuen bürgerlichen Klasse in der DDR führte und zur verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR und nicht zum Aufbau der Herrschaft der Arbeiterklasse über die Produktion und die Gesellschaft insgesamt. Das Bild des konsumierenden Westens und die höheren Löhne vor Augen, hielt einen großen Teil gerade der Facharbeiter nichts in einer Gesellschaft, deren sozialistischer Aufbau hintertrieben wurde. Der Bau der Mauer war der sichtbare Ausdruck der Niederlage des Kommunismus in der DDR.

Daß die Angehörigen der privilegierten Schichten in der DDR jetzt hohe Beträge an Fluchthelfer zahlen, um sich hier an dem großen Raffen auf Kosten der Arbeiterklasse zu beteiligen, ist nur ein folgerichtiger Schritt. Er ist ihr privates Geschäft. Die politische Führung in der DDR macht ihre Geschäfte mit den westdeutschen Kapitalisten zur Sicherung ihrer Herrschaft über die Arbeiterklasse in der DDR im Großen.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland stellt in seinem Programm fest:

*Die deutsche Nation ist gespalten. Die BRD und Westberlin stehen im westlichen imperialistischen Lager. Die DDR liegt im unmittelbaren Einflußbereich des russischen Sozialimperialismus. Das westdeutsche Proletariat muß die westdeutsche Bourgeoisie schlagen und Westdeutschland aus dem System des Imperialismus herausbrechen, ehe es die Frage der Wiedervereinigung auf die Tagesordnung setzen kann. Die Kommunisten treten allen Versuchen entgegen, das westdeutsche Proletariat unter der Fahne der Wiedervereinigung der Nation für eine imperialistische Politik gegenüber der DDR zu gewinnen.*

Für die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR!
Für die Macht der Arbeiterklasse in der DDR!

A.H.

# Handlanger werden belohnt

## REGIERUNGSMITGLIEDER IN AUFSICHTSRÄTEN

Der bayerische Finanzminister L.Huber (CSU) erhält jährlich 73 300 DM für seine Tätigkeit als Aufsichtsratsmitglied, u. a. beim Bayernwerk, der bayerischen Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Flughafen München GmbH, der Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH und der Olympia-Baugesellschaft. 15 der insgesamt 18 Mitglieder der bayerischen Landesregierung erhalten zusammen 335 538 DM für ihre Tätigkeit in Konzernaufsichtsräten. Das mußte der bayerische Ministerpräsident Goppel (CSU) kürzlich im Landtag auf Antrage mitteilen. Diese Verhältnisse gelten für andere Länderregierungen ebenso: NRW-Ministerpräsident Kühn (SPD) ist im Aufsichtsrat der Wittener Edelstahlwerke, NRW-Innenminister Weyer (FDP) erhält zusätzliche Bezüge von der Deutschen Pfandbriefanstalt, der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) ist Aufsichtsratsvorsitzender bei dem Kraftwerkkonzern Badenwerk AG, dessen volksfeindliche Kernkraftwerkspläne verschiedentlich auf den geschlossenen Widerstand der betroffenen Bevölkerung gestoßen sind.
Die Geldquellen der Wirtschaft fließen je Tüchtigkeit und Einsatzfreude für jeden Minister, Staatssekretär, Abgeordneten – sei es durch Aufsichtsrats- oder Vorstandsposten, durch Beraterverträge oder auf welche Art auch immer: die Kapitalisten belohnen ihre Handlanger im Staat genau so wie in den Betrieben. Die bürgerlichen Parteien wollen jetzt Gesetze beschließen, so daß die Abgeordneten, Minister und Staatssekretäre in Zukunft verpflichtet sind, ihre Verdienstquellen öffentlich bekanntzugeben und einen Teil der Gelder an die Staatskasse abzuführen. Die personelle Verflechtung aber, die das immer stärkere Zusammenwachsen des Kommandos von Staat und Wirtschaft ausdrückt, können die bürgerlichen Parteien nicht verhindern.

# Pleite

**Die derzeitige Geld- und Kreditkrise bringt so manchen Sumpf der Bourgeoisie ans Licht.**
Der Präsident der Bundesärztekammer, Fromm, brachte 90 Millionen DM, die er von seinen Ärztekollegen erhalten hat, um die Ecke. Seine von ihm gegründete Firma "Gesellschaft für Vermögensbildung deutscher Ärzte und Zahnärzte" ist Pleite, seine Kollegen um ihre Einlagen betrogen. Der größte Karrierearzt der Bundesrepublik, der neben seinem Posten als Präsident des reaktionären Ärztestandesclubs, der Bundesärztekammer, x Aufsichtsratsposten innehat, hatte den Standesdünkel seiner Kollegen genutzt, und für Kapitalanlagen für seine exclusive Ärzte-Anlagegesellschaft geworben. 3 500 Ärzte erwarben Beteiligungen von insgesamt 90 Millionen DM, um die sie jetzt betrogen sind. Die Gesellschaft hat er mit einer "Finanzierungslücke" von 79 Millionen DM nun in die Pleite geritten. Der „Titel- und Tantiemenritter, herausragendes Exemplar eines geldgierigen Ärztestandes, hat daraufhin auch seinen Vorsitz bei der Bundesärztekammer niedergelegt.

# Telefone abhören:
## Gebot des Grundgesetzes

**Mit den Notstandsgesetzen wurde 1968 auch das Abhören durch das sogenannte Abhörgesetz legalisiert. Das bedeutet nicht, daß bis 1968 in der Bundesrepublik nicht abgehört wurde; der planmäßige Ausbau des staatlichen Überwachungs- und Spitzelapparates erfolgte jedoch nach einer rechtlichen Absicherung.**

Die ganze Abhörerei ist eine rechtlich saubere Angelegenheit. Der Verfassungsschutz beantragt das Abhören von Personen, die er für verdächtig hält beim Innenminister. Der Bundesinnenminister ermächtigt, nachdem er ein Kontrollgremium von drei Mann verständigt hat, die Post, das entsprechende Telefon anzuzapfen. Dann wird ein weiteres fünfköpfiges Kontrollgremium des Bundestages informiert, das sogar das Recht hat, eine bereits erteilte Abhörgenehmigung rückgängig zu machen. Das Verfahren ist ordentlich rechtsstaatlich. Jemand, der abgehört wird, erfährt nie davon, selbst wenn sich ein Verdacht nicht bestätigt hat.
Allerdings gilt dieses rechtsstaatliche Verfahren mit seinen doppelten Kontrollen nicht für die Landesverfassungsschutzämter und die Landesinnenminister. Aber die wären ja auch völlig überlastet, würde jeder Abhörfall noch überprüft. Allein in der Stadt Hanau werden 1 200 Telefone überwacht, wie die Redaktion der UZ zuverlässig erfahren haben will. Gutunterrichtete Kreise behaupten denn auch, die Sekretärin von Bundesinnenminister Genscher benutze angesichts der vielen Abhöranträge seines Verfassungsschutzes einen Unterschriftenstempel des Ministers, damit er nicht stundenlang von seinen sonstigen Dienstgeschäften für die Innere Sicherheit abgehalten werde.
Das Gesetz von 1968 erlaubt auch ausdrücklich, daß auf entsprechenden Antrag deutsche Dienststellen für ausländische Geheimdienste Telefone anzapfen. Um diese deutschen Dienststellen, Verfassungsschutz, Bundespost und nicht zuletzt Minister Genscher nicht zu überfordern, ziehen es die amerikanischen Geheimdienste jedoch vor, den Dienstweg zu umgehen und sich direkt in das deutsche Telefonnetz einzuschalten. Doch dies rücksichtsvolle Vorgehen ist illegal, einige ehemalige Geheimdienstbeamte bekamen aufgeschreckt von der Watergate-Affaire ein schlechtes Gewissen und brachten die Sache an die Öffentlichkeit. Auf Anfragen erklärte daraufhin die Bundesregierung, es werde kein Telefon von amerikanischen Stellen illegal abgehört, denn davon sei sie nicht unterrichtet. Auf Grund der bisherigen guten Zusammenarbeit mit den amerikanischen Dienststellen habe man auch keinen Grund zu dieser Annahme. Dagegen erklärte die US-Regierung, daß ihr militärischer Geheimdienst in der Bundesrepublik abhört mit Wissen und Billigung der Bundesregierung. Um jedoch weitere Gründe für diese Annahme zu beseitigen und die gute Zusammenarbeit nicht durch weitere Enthüllungen zu belasten, wurden beim Amerikanischen Headquarter säckeweise Tonbänder und Tonbandprotokolle heimlich vernichtet. Doch auch dies wurde bekannt.
Abhören ist also *in der Regel* eine saubere, rechtsstaatliche Sache. Beamte der Bundespost werden deshalb, wenn sie sich weigern, Abhöranlagen zu installieren, wie es in zwei Fällen bekannt wurde, entlassen. Denn jeder Beamte ist verpflichtet, aktiv für das Grundgesetz einzutreten, also auch abzuhören seit den Grundgesetzänderungen der Notstandsgesetze von 1968.

b.b.

# Folter an Gefangenen

**Der Bundesgerichtshof mußte jetzt einen Antrag auf eine gesundheitsgefährdende Gehirnuntersuchung an Ulrike Meinhof auf den Protest der Verteidigung zurückziehen.**

Der Bundesgerichtshof hatte beantragt, um die Zurechnungsfähigkeit von Ulrike Meinhof, die 1962 sich einer Gehirnoperation unterziehen mußte, zu prüfen, eine Szintiographie an Ulrike Meinhof durchzuführen, bei der radioaktive Substanzen ins Gehirn gebracht werden. Er hatte angeordnet, daß diese Untersuchung "notfalls unter Anwendung unmittelbaren Zwangs und unter Narkose" durchzuführen sei. Weit weniger Gesundheit und das Leben bedrohende Untersuchungsmaßnahmen anzuordnen, hatte das Gericht gar nicht erwogen, weil für diese Methoden eine Unterbrechung der vollständigen Isolierhaft der politischen Gefangenen notwendig gewesen wäre.

Medizinisch war außerdem erwiesen, daß der angeordnete Eingriff keinerlei Aufschluß über die Zurechnungsfähigkeit erbracht hätte. Es ging den Verfolgerbehörden deshalb ausschließlich um die Zerstörung der Persönlichkeit und des Willens der Gefangenen. Die gefährliche Untersuchungsmethode sollte als Verschärfung der Folter eingesetzt werden, nicht um die Zurechnungsfähigkeit zu prüfen, sondern um die Gefangene unzurechnungsfähig zu machen. Verschärfung der Folter, denn Ulrike Meinhof erleidet ununterbrochen seit Monaten die Folter einer völligen Isolierhaft in einer Zelle, in der kein Laut, kein Geräusch eindringen kann. Die politischen Gefangenen von der RAF und insbesondere Ulrike Meinhof sollen zu Versuchstieren der politischen Justiz gemacht werden, an denen die Folter der Isolierhaft und ihre Wirkung auf die Persönlichkeit getestet und medizinische Versuche auf ihre Brauchbarkeit als Foltermethode geprüft werden. Natürlich gibt es auch Ärzte, die sich für diesen schweinischen Terror als "objektive Wissenschaftler" zur Verfügung stellen. Schmutzige Handlanger erledigen diese Verfolgergeschäfte der Bourgeoisie.
Ganz anders erging es dem Polizisten, der den Schotten Mc Leod, der nichts mit der RAF zu tun hatte, in dessen Wohnung bei der Verfolgung vermeindlicher RAF-Mitglieder erschoss. Der Schotte war dabei alleine in seiner Wohnung nackt aus dem Schlaf gerissen und erschossen worden.
Da Notwehr nicht vorlag, um den Polizisten frei zu sprechen, erfand das Gericht die sogenannte Putativ-Notwehr, bei der es genügt, wenn der Angeklagte versichert, er glaubte sich angegriffen. Der Polizist wurde freigesprochen.

b.b.

# Hochhausbrand

**EIN HOCHHAUSBRAND WURDE ZUM VOLKSFEST**

In einer schönen Augustnacht brannte das höchste Hochhaus der Bundesrepublik in Frankfurt. Die obersten 4 von 41 Geschossen brannten fünf Tage vor dem Richtfest völlig aus. Eine große Menschenmenge sah den Großbrand in der Nacht und freute sich. "Jetzt brennen wir dem Selmi sein klein Häuschen ab" jubelten sie. Als die großen lodernden Brocken flogen, riefen die Massen immer wieder: "Zugabe, Zugabe". Denn das Büro-Hochhaus gehört dem persischen Kapitalisten Selmi, dem größten Häuserspekulanten von Frankfurt, von dem gesagt wird, er tätige seine Geschäfte im Auftrag des Schahs von Persien. Das Frankfurter Haus- und Grundstückseigentum des Schah-Kapitalisten, der gleichzeitig mehrere Banken besitzt, soll mehr als eine halbe Milliarde DM wert sein. Etliche Häuserabrisse im wohnungsknappen Frankfurt, Polizeieinsätze gegen Hausbesetzer, Massenkündigungen von Mietern gehen auf sein Konto.

# Den Manteltarifverträgen mehr Aufmerksamkeit schenken

In den Streiks der letzten Tage und Wochen waren nicht selten die Arbeitsbedingungen, unter denen die Kollegen schaffen müssen, auslösende Faktoren. Es tauchten Forderungen auf nach Abschaffung der unteren Lohngruppen, nach geringerer Bandgeschwindigkeit und mehr Pausen.
Dieser Bereich der Forderungen diente zumindest am Beginn der Streikwelle als Beweis der betriebsspezifischen Streiks, die es nicht möglich machten, eine generelle Vorweganhebung, eine für alle gültige Forderung aufzustellen. Nun gibt es sicher betriebsbezogene Probleme, die allein von einzelnen Belegschaften erkämpft werden müssen. Doch was hier zusätzlich zum Ausdruck kam, ist ein allgemeines Problem: die Verschärfung des Arbeitstempos, die oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Der Leistungsdruck wird größer und damit auch der Verschleiß unserer Arbeitskraft. In Zahlen ausgedrückt sieht das so aus: nur ein Drittel der Werktätigen erreicht das gesetzliche Rentenalter. Das durchschnittliche Invalidisierungsalter der Frührentner beträgt 57 Jahre. Danach beträgt die Lebenserwartung noch 1,6 Jahre. Die Schichtarbeit zersört zusätzlich die Gesundheit des Arbeiters und verhindert jegliches gesellschaftliches Leben. Trotz zunehmender Arbeitsintensität (es wird in der gleichen Zeit in der Regel das Doppelte geschafft wie vor 5 Jahren), steigt die Zahl der im Durchschnitt gearbeiteten täglichen Arbeitsstunden wieder über 9 Stunden. In manchen Branchen sogar über 10 Stunden. Auf der anderen Seite vergrößert sich das Kapital mit jeder Daumenschraube, die es zusätzlich anlegt. Seine Grenze findet dieser Teufelskreis dort, wo der Arbeiter einfach nicht mehr kann, wo er krank wird oder die Brocken hinschmeißt. Das ganze ist ein Prozess, der sich fortlaufend abspielt, der aber gerade in den letzten Jahren einen neuen Höhepunkt ansteuert. Betroffen davon ist die gesamte Arbeiterklasse und nicht die Belegschaft eines besonderen Betriebes. Nur wenn die Bewegung nach verbesserter Arbeitsbedingungen sich in klaren Forderungen vereinheitlicht, wird sie schlagkräftig und erfolgreich sein.

## DER MANTELTARIFVERTRAG (MTV)

Größere Bewegungen um Verbesserung der Arbeitsbedingungen gibt es seit die Kapitalisten im Besitz der Produktionsmittel sind, und über Art und Weise der Produktion bestimmen können. Der Kampf dagegen wird erst aufhören, wenn unsere Abhängigkeit vom Kapital aufhört. Bis dahin wird die Arbeiterklasse zunehmend um jeden Fußbreit Boden kämpfen müssen. Auch gerade um die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen. Weil die Arbeiterklasse nicht ständig durch Streik verhindern kann, daß ihnen die Kapitalisten die einmal erkämpften Lohn- und Arbeitsbedingungen wieder wegnehmen, muß sie Verträge mit den Kapitalisten abschließen. Der Lohntarif legt die Höhe des Lohnes fest. Der Manteltarif regelt die allgemeinen Arbeitsbedingungen, z. B. wieviel Stunden am Tag gearbeitet werden muß, Zuschläge für Überstunden und Schichtarbeit, Urlaubsregelungen, welche Entlohnungssysteme es gibt (Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn), wieviele Lohngruppen es gibt und nach welchen Merkmalen der Arbeiter in welche Lohngruppe eingestuft wird. Die Manteltarifverträge werden gegenwärtig meist für einen längeren Zeitraum etwa für 5 Jahre abgeschlossen. Sie werden gekündigt und die dann aufgenommenen Verhandlungen für den neuen Manteltarifvertrag gehen oft mehrere Jahre.

## DIE GEWERKSCHAFTEN UND DER MANTELTARIFVERTRAG

Seit dem Kampf um die 40-Stunden-Woche in den 60er Jahren hat die Gewerkschaft ähnlich wichtige Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedjungen nicht mehr gestellt. Man tat sich immer mehr mit der SPD zusammen und hoffte auf ihre Reformen im Arbeitsrecht, wenn sie mal an der Regierung ist. Die gegenwärtige Situation zeigt, was dabei herausgekommen ist, eine Lage noch schlechter als vorher: die Spaltung der Arbeiter wurde vertieft, der Manteltarifvertrag immer verworrener und verwickelter. Indem man einzelnen Gruppen "Zugeständnisse" machte, vertiefte man die Spaltung und hoffte so, die Mehrheit ruhig zu halten.
So wurde die Anzahl der Lohngruppen vergrößert. Anstatt gegen Akkordarbeit den Kampf aufzunehmen, beteiligten sie sich an der Ausarbeitung immer raffinierterer Akkordmethoden, die dann auch noch als "objektiv" und "gerecht" den Arbeitern verkauft wurden. Weil die Gewerkschaftsspitze von der Sozialpartnerschaft ausgeht und sich ständig Sorgen macht um die Existenz der Kapitalisten sind ihre Forderungen zu vielen kleinen Flicken heruntergekommen, mit denen sie die zu großen Löcher nicht mehr stopfen kann.
Obwohl es sich hier um allgemeine Bestimmungen handelt, die für alle Arbeiter in einer Gewerkschaft gleich sein können, gibt es in einer Gewerkschaft wie der IGM unzählige Manteltarifverträge, unterschieden nach Berufen, Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen und nach Tarifgebieten. So haben wir z. B. bei der IG-Chemie, Papier, Keramik einen Manteltarifvertrag, der für Arbeiter, Angestellte und Meister für das ganze Bundesgebiet gilt. Bei der IG-Druck gilt er zwar auch für das Bundesgebiet, ist aber für Angestellte und Arbeiter getrennt. Bei der IG-Metall sieht die Sache in jedem Tarifgebiet anders aus.
Die Unterschiede in den Inhalten sind nicht so sehr groß, z. B. sind die Urlaubsregelungen bei:
Metallern:
bis 25 Jahre 18 Tage
bis 30 Jahre 21 Tage
nach 30 Jahren 24 Tage;
Druckern:
nach 24 Jahren 20 Tage
nach 27 Jahren 21 Tage
nach 30 Jahren 22 Tage
nach 32 Jahren 24 Tage
Raus kam bisher nach mehreren Jahren Verhandlung etwa 1 oder 2 Tage Urlaub mehr, vielleicht 5% mehr Schichtzulage oder genauere Bestimmungen für die Eingruppierung für die Lohngruppen nach analytischen oder sonstigen Systemen. Wir können festhalten: für die Kollegen ist der Manteltarifvertrag ein Buch mit 7 Siegeln geworden. Das ganze wurde immer mehr eine Sache für Gewerkschaftsspezialisten.
Was bleibt zu tun?
Die Arbeitsintensität hat sich in einem Maße gesteigert, das die Kollegen zum eigenen Handeln zwingt. Das Faß läuft über. Während die Gewerkschaftsspitze die überlaufenden Tropfen aufzufangen versucht, und die bürgerlichen Parteien eine wie die andere händewedelnd dabeistehen, in ihren Sonntagsreden von Qualität und Leben sprechen, werden wir in den Betrieben konkrete Forderungen für bessere Arbeitsbedingungen diskutieren müssen.

## LEITLINIE FÜR FORDERUNGEN ZUM MANTELTARIFVERTRAG

1. Wir stellen Forderungen, die den Kampf vereinheitlichen und lehnen spalterische Forderungen ab. Nur durch die Solidarität aller Kollegen werden wir Arbeitsbedingungen erkämpfen, die sich letztlich auch im Gesetz niederschlagen werden.
2. Die jetzt bestehenden unzähligen Forderungen zu sicherlich wichtigen Einzelfragen müssen wir auf wenige zentrale Forderungen vereinfachen. Es ist z.Bsp. für den Arbeitsablauf besser, die Kontrolle durch den Betriebsrat generell festzulegen, als Forderungen im Manteltarifvertrag zu stellen, die den Versuch machen, jeden einzelnen Arbeitsablauf festzulegen.
Der Verschleiß unserer Arbeitskraft geschieht auf die vielfältigste Weise. Durch eine Verkürzung des Arbeitstages auf sieben Stunden ist allen geholfen.
Es ist eine längst von allen zugegebene Erkenntnis, daß die Erholzeiten generell verlängert werden müssen. Acht Wochen Urlaub bei 50 % Urlaubsgeld zusätzlich ist eine angemessene Forderung.
Die jetzigen Manteltarifverträge versuchen auf die verschiedenste Weise dem Akkord zu Leibe zu rücken. Nichts hat sich geändert – Akkord ist Mord, deshalb: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlicher Lohnsysteme. Die Höhe des Lohnes wird im Lohnkampf geregelt.
Abschaffung der unteren Lohngruppen.
Ältere Kollegen müssen zusätzlich geschützt werden, das taucht auch in den jetzigen Forderungen zu den Manteltarifen auf. In der Perspektive muß man das Rentenalter herabsetzen, bei Frauen auf 50, bei Männern auf 55 Jahre. Die Rente muß mindestens 70 % des Durchschnittslohnes der arbeitenden Kollegen betragen.
Die Kollegen müssen diese Fragen bezogen auf ihren Manteltarifvertrag diskutieren. Die KVZ wird es sich zur Aufgabe machen, ein Mittel zur Debatte auch in diesen Fragen zu sein.
E.R.

# Klar–stellung

Der Kommunistische Bund Nord behauptete in seiner Monatszeitung, daß der Kommunistische Bund Westdeutschland 2.000 DM, den Erlös von Broschüren, dem Befreiungskampf des irischen Volkes vorenthalten würde. Gegen diese unwahre Behauptung schickte der KBW folgende Richtigstellung an den Kommunistischen Bund Nord (in Auszügen):

*Der "Arbeiterkampf" 31 schreibt in einem Spendenaufruf für die IRA (Officials, Irische republikanische Armee), "das Heidelberger NRF" habe die Genossen des "Westdeutschen IRA-Solidaritätskomitees" (Weißkirchen) "um 2000 DM betrogen". Diese Behauptung ist falsch. In Wirklichkeit verhält es sich so:*
*Während der von der KHG (NRF) im letzten Herbst organisierten Tourneë des Genossen Tony Heffernan, übergab ich verschiedenen Organisationen und Buchläden Broschüren des IRA-Komitees. Der Erlös aus ihrem Verkauf und aus Sammlungen sollte nach Weißkirchen geschickt werden.*
*Einige Buchläden waren mit der Zahlung in Verzug gekommen, was das Irland-Komitee zum Anlaß genommen hatte, zu verbreiten, "die NRF-Assoziation" habe sich das Geld angeeignet. Mittlerweile haben wir die Sache klargestellt und das Weißkirchener Komitee verbreitet diese Unwahrheit nicht mehr.*

# Gegen Rauswürfe von Jugendvertretern



Am 11.Juli demonstrierten in Mannheim 600 Kollegen, Schüler und Studenten gegen die politischen Entlassungen und erzwungene Amtsniederlegung dreier Jugendvertreter von BBC/Mannheim, eines Jugendvertreters des Großkraftwerks Mannheim und einer Jugendvertreterin der Firma V-Dia in Heidelberg. Die drei Jugendvertreter von BBC hatten sich im Interesse ihrer Kollegen für Fahrgeldrückerstattung und Erhöhung der Lehrlingslöhne aktiv eingesetzt. Das war für die BBC-Kapitalisten Grund genug, ihnen zu kündigen. Der Jugendvertreter des Großkraftwerks Mannheim, Michael Blau, wurde entlassen, weil er sich dafür eingesetzt hat, daß am GKM keine 2-jährigen Kurzlehrverträge abgeschlossen werden, sondern, daß jeder Lehrling einen Lehrvertrag auf 3 1/2 Jahre bekommt. Die Demonstration am 11.7., zu der der Kreisjugendausschuss des DGB Mannheim aufgerufen hatte, hat deutlich gezeigt, daß immer mehr Kollegen die Entlassungen ihrer gewählten Vertreter nicht länger hinnehmen wollen, und entschieden alle Angriffe auf die Freiheit der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Betrieb zurückweisen.

# Aus der Organisation

## NEUE ORTSGRUPPEN

**KÖLN.** Nach gründlicher Diskussion eines Aufnahmeantrags der KG Köln beschloss das Zentralkomitee einstimmig die Aufnahme der Mitglieder und Kandidaten der Kommunistischen Gruppe Köln in den Kommunistischen Bund Westdeutschland und die Umwandlung der KG Köln in eine Ortsgruppe des KBW.
Die neue Ortsgruppe in Köln arbeitet vor, bzw. in mehreren Betrieben, leitet eine Hochschulorganisation an und baut gegenwärtig einen Arbeiterjugendbund in Köln und Opladen auf, sowie einen Schülerbund.

**HILDESHEIM.** Das Zentralkomitee beschloss die Aufnahme der Mitglieder und Kandidaten des Kommunistischen Bundes Hildesheim in den KBW und die Umwandlung des KBH in eine Ortsgruppe des KBW. Die Ortsgruppe arbeitet in mehreren Betrieben und leitet einen KAJB an.

**WILHELMSHAVEN.** Über einen Aufnahmeantrag des KB Wilhelmshaven fasste das ZK folgenden Beschluß: "Das ZK beschließt die Einrichtung einer Aufbaugruppe Wilhelmshaven mit dem Ziel, diese Aufbaugruppe möglichst schnell in eine auf Basis von Zellen arbeitende Ortsgruppe umzuwandeln."

## AUFNAHME ANGESTREBT

**HANNOVER.** Am 26. August haben die Mitglieder des Kommunistischen Bundes Hannover / Aufbaukollektiv und die Mitglieder einer Gruppe von Kommunisten den Kommunistischen Bund Hannover gegründet. Der KB Hannover erklärt, daß er die Aufnahme in den KBW anstrebt, um in dieser Organisation zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei beizutragen.

## Spendenkonto

**KOMMUNISTISCHER BUND WESTDEUTSCHLAND**
**COMMERZBANK MANNHEIM**
**KTO. NR.: 3258589 – 00**

Auf den Spendenaufruf des KBW vom 16.Juni hat es ein lebhaftes Echo gegeben. Wir bedanken uns bei allen, die in dieser Anfangsphase der Arbeit uns bei der Einrichtung einer Zentrale unterstützt haben. Folgende Spenden sind bisher eingegangen:

| | |
|---|---|
| H., Braunschweig | 20 DM |
| H.R., Köln | 20 DM |
| K.F., Kiel | 145 DM |
| H.U., Wiesbaden | 500 DM |
| P.S., Göttingen | 300 DM |
| K.W., Heidelberg | 50 DM |
| A.L., Aachen | 50 DM |
| H.-J.W., Berlin | 300 DM |
| W.L., Heidelberg | 100 DM |
| E.N., Göttingen | 50 DM |
| W.D., Hamburg | 50 DM |
| W.B., Friztlar | 75 DM |
| W.K., Karlsruhe | 100 DM |
| D.K., Kiel | 30 DM |
| J.W., Borken | 150 DM |
| U.D., Bochum | 50 DM |
| R.W., Dortmund | 300 DM |
| F.W., Frankfurt | 30 DM |
| H.K., Göttingen | 500 DM |
| R.W., Dortmund | 50 DM |
| U.Z., Wolfsburg | 50 DM |
| A.L., Kiel | 50 DM |
| W.S., Berlin | 300 DM |
| S., Göttingen | 220 DM |
| K.H.T., Helmstedt | 50 DM |
| N.G., Münster | 120 DM |
| T.F., Hamm | 120 DM |
| Frankfurt | 115 DM |
| R.L., Karlsruhe | 100 DM |
| D.S., Göttingen | 50 DM |
| G.P., Bremen | 100 DM |
| R.S., Köln | 150 DM |
| M.B-T., Dortmund | 50 DM |
| H., Braunschweig | 20 DM |
| K.K., Göttingen | 150 DM |
| R.Z., Berlin | 20 DM |
| L., Berlin | 50 DM |
| Sammlung Buchl.Braunschw. | 152 DM |
| Sammlung Buchl.Göttingen | 130 DM |
| Sammlung Buchl.Frankf. | 200 DM |
| KG Frankf./Offenbach | 2.100 DM |
| R.L., TU Westberlin | 1.000 DM |
| KG Hamburg | 1.200 DM |
| Rote Liste PH Gött. | 600 DM |
| Ortsgruppe Köln | 900 DM |
| Ortsgr. Göttingen | 881 DM |
| Ortsgr. Speyer | 500 DM |
| Fachschaft Med.Gött. | 150 DM |
| Waiblingen | 300 DM |
| KG Eschwege | 200 DM |
| Ortsgr. Gött. | 250 DM |
| Ortsgr. Köln | 190 DM |
| U.B., Braunschw. | 260 DM |
| S.G., Köln | 600 DM |

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Für die REDAKTION verantwortlich:
Willfried Maier

Erscheint im Verlag
Kommunismus und Klassenkampf VKK
68 Mannheim
Sandhoferstrasse 29
Telephon: 0621/37 91 21

DRUCK:
CARO – Druck
Heidelberg, Lutherstr. 44 a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint ab dieser Nummer regelmäßig 14-tägig mittwochs.
Auflage: 30 000

Zuschriften an die Redaktion über die Verlagsadresse. ADRESSENÄNDERUNG BEACHTEN!

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18.00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20.00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen durch Einzahlung auf Konto:
Ernst Ehlert,
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

DER KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN

# Lohnbewegung im Öffentlichen Dienst

Am 4. Juni hat die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV beschlossen, die Zuwendungstarifverträge zum 30. Juni 73 fristgemäß zu kündigen. Die Zuwendungstarifverträge sind in einem Heft von 45 Seiten zusammengefaßt und enthalten eine ganze Reihe von Sonderregelungen für einzelne Berufsgruppen einerseits, und – aktuell wichtig – die Regelung über die Zahlung des Weihnachtsgeldes an alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. Bis jetzt haben die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst 66 2/3 % ihres Bruttolohnes als Weihnachtsgeld erhalten. Dabei hatte der Tarifvertrag aber eine ganze Reihe von Zugeständnissen übler Art enthalten. So wurde als Bemessungsgrundlage nicht in allen Fällen der gesamte Bruttolohn genommen, so war die Zahlung des Weihnachtsgeldes an die Bedingung geknüpft, daß man im folgenden Jahr über den 31. März hinaus beschäftigt blieb: so konnten sogar bei Schwangerschaftsurlaub Kürzungen oder Verluste des Weihnachtsgeldes eintreten. Nach dem Willen der Großen Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV sollen ein Teil dieser Sonderbedingungen nun wegfallen. Sie hat die Forderung nach 100% des Bruttolohnes als Weihnachtsgeld erhoben und will die Rückzahlungsklausel gestrichen haben. Außerdem sollen in Zukunft Kürzungen am Weihnachtsgeld wegen Krankheit, Schwangerschaft etc. nicht mehr möglich sein.

Am 10. Juli haben dann Kluncker und Jacobi mit den Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden verhandelt und, wie sie selber schreiben, die Forderungen der Großen Tarifkommission mit Nachdruck vertreten. Es muß ein schrecklicher Kampf gewesen sein, denn Kluncker und Jacobi waren davon offensichtlich derartig erschöpft, daß sie, die sonst jede Gelegenheit nutzen, sich vor der Presse zu plustern und ihre Federn zu putzen, nicht mehr im Stande waren, sich ausführlich zu äußern. In den Blättern herrscht über diese Verhandlungen bis jetzt nahezu völlige Funkstille. Nachdem nun Kluncker und Jacobi von der Arbeitgeberseite ohne jede Zusage weggeschickt wurden, begaben sie sich zum Hauptvorstand und erwirkten dort einen Beschluß, daß "die Tarifverhandlungen bis spätestens 15.September aufgenommen und so zügig geführt werden müssen, daß es noch im September zu einem Tarifabschluß kommt".

Indessen finden diese Verhandlungen nicht im luftleeren Raum statt. Vorangegangen ist ein Tarifabschluß im Januar, der sich an den Stabilitätsvorstellungen der Regierung ausgerichtet hat. Inzwischen kann nicht einmal Brandt selber leugnen, was er sich unter Stabilität vorstellt. In Salzgitter hat Willi Brandt gesagt, er könne sich Schlimmeres vorstellen, als daß die Löhne und Gehälter ein Jahr lang stagnieren. In der Tat, die realen Einkommen der Arbeiterhaushalte sinken eher und es ist tatsächlich so, daß sich die ganze Kapitalistenklasse und ihre Regierung Schlimmeres vorstellen könnten.

Inzwischen schlägt der 40 DM und 6%-Abschluß vom Januar im öffentlichen Dienst voll auf das reale Einkommen der Arbeiter und Angestellten durch. Von Stagnation kann gar keine Rede sein. Gerade im öffentlichen Dienst ist es außerdem noch so, daß nur Tariflöhne gezahlt werden. Diese Lage hat zur Folge, daß in den Dienststellen und Betrieben seit geraumer Zeit Unruhe herrscht. Forderungen nach Sofortzulagen auf den Tariflohn wurden in ziemlich breitem Umfang erhoben, inzwischen ist es in Wolfsburg schon zu Kämpfen der Fuhrparkarbeiter sowie der zentralen Stadtwerkstätten gekommen. Am 3.9. fand dort ein Warnstreik für eine Teuerungszulage von 600 DM statt. Diese Forderung bewegt sich in etwa der gleichen Höhe, in der die ÖTV-Mitgliederversammlungen in Heidelberg schon im April 100 DM mehr für jeden auf den Tariflohn gefordert hatte, eine Forderung, die anschließend auf zwei Betriebsversammlungen bestätigt und in Verbindung mit der Forderung nach einer Protestdemonstration aufs Neue erhoben wurde.

In dieser gegenwärtigen Lage, in welcher die Unzufriedenheit mit der Lohnsituation allgemein und äußerst breit ist, in der es für den öffentlichen Dienst durchaus ungewöhnlich, an einzelnen Stellen schon zu Arbeitsniederlegungen gekommen ist, finden nun die Verhandlungen der ÖTV um das volle 13. Monatsgehalt statt. Was bedeutet diese Lage für den Kampf der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst für Lohnzuschläge, welche Vorteile bringt sie mit sich, und welche Gefahren sind in ihr verborgen?

Zunächst mit einer Durchsetzung der Erhöhung des Weihnachtsgeldes von 66,66 % auf 100% ist die Lohnsituation im öffentlichen Dienst durchaus nicht bereinigt. Allzustark sind die Preissteigerungen gewesen, allzuheftig greift die Stabilitätspolitik der Regierung an die Substanz des realen Lohnes. Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf 100%, das bedeutet für die Arbeiter und Angestellten im Groben etwa 300 bis 400 DM Bruttolohn, netto jedoch erheblich weniger, da bei der Auszahlung ziemlich viel weggesteuert wird. Außerdem hatte die Gewerkschaft die bald anstehende Einführung des "13. Monatsgehaltes" schon lange benutzt, um über den Januarbeschluß hinweg zu trösten. Kurzum, für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst ist die Lage selbst nach einer vollen Durchsetzung dieser offiziellen Gewerkschaftsforderungen keineswegs bereinigt. Die Unzufriedenheit wird bleiben, der Kampf um den Lohn wird weiter an Heftigkeit gewinnen, und selbst wenn es zu selbständigen Kämpfen in großem Umfange nicht kommt, wird es der offiziellen Gewerkschaft in einer derartigen Lage nicht möglich sein, die Mitgliedermassen so völlig wie bisher von der Aufstellung der Tarifforderung und der Durchführung der Auseinandersetzung abzuhalten. Die Befürchtung, eine Durchsetzung der Weihnachtsgeldforderung müsse zu einem Abflachen der Lohnbewegung führen und gäbe der Gewerkschaftsführung und ihren Anhängseln in den Betrieben eine Verschnauf- und Atempause, ist gewiß haltlos.

Genauso sicher ist jedoch, daß gerade der Plan und das Vorhaben der SPD-treuen Gewerkschaftsführung, der Kluncker und Co. ist. Sie hoffen, mit einem schnellen Abschluß über diese Forderung ihr Autorität vor den Mitgliedermassen zu halten, sie hoffen auf einen Verhandlungsverlauf, der unter sorgfältiger Aussparung der Mitglieder zu einer Durchsetzung der Forderung führt, weil sie denken, daß sie so das ramponierte Ansehen von "Spitzenverhandlungen" ein wenig nachpolieren könnten. Daß sie das wollen, sieht man sehr gut an den "Eilnachrichten" des ÖTV-Hauptvorstandes. Nachdem dort Kluncker und Jacobi ziemlich fromm und ölig davon reden, daß sich "alle Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst darüber im klaren sein müssen, daß der Erfolg von ihrer Bereitschaft und Entschlossenheit zum solidarischen Handeln abhängen wird", hört das Flugblatt auf.

Daß die Arbeiter Geschlossenheit und Solidarität brauchen, das wissen sie nachgerade selber, gerade weil sie es wissen, haben sie sich in der Gewerkschaft zusammengeschlossen, nämlich um ihre Geschlossenheit zu organisieren. Das ist kein Mysterium und keine religiöse Sache, die Solidarität der Arbeiter und Angestellten entsteht über ihre gleichen Interessen. Die "Geschlossenheit und Solidarität" der Arbeiter und Angestellten schlägt sich entweder darin nieder, daß sie den Kampf für ihre Interessen geschlossen und solidarisch organisieren, oder sie schlägt sich überhaupt nicht nieder. Wenn Leute wie Kluncker und Jacobi von dieser Geschlossenheit und Solidarität reden, und nichts, aber auch gar nichts sagen, was nun getan werden muß, bedeutet das unbedingt, daß sie diese Solidarität beschwören, weil sie sie verhindern können. Das dringendste Anliegen und die Hauptnotwendigkeit vor einem Lohnkampf ist, daß man sich darauf vorbereitet. Wenn die Arbeiter und Angestellten keine andere Kraft zur Verfügung haben als sich selber, ihren einheitlichen Willen, ihre große Zahl, dann wird die Grundlage aller Verhandlungen sein, daß sie es verstehen, dem Gegner ihre Stärke zu beweisen. Erforderlich sind dazu Versammlungen, erforderlich ist, daß man in den Vertretungskörperschaften Maßnahmen plant, kurz, erforderlich ist zunächst die große Debatte der Mitglieder und dann die Vorbereitung und Durchführung von Kampfmaßnahmen.

In dem Maße, wie diese Debatte in Gang kommt, in dem Maße wie es gelingt, die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiter und Angestellten in geschlossenen und solidarischen Aktionen zu beweisen, in dem Maße rückt in der Gewerkschaft eine Situation näher, die Kluncker fürchtet. Leicht kann es dann sein, daß die Millionen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst es ablehnen, als Bleisoldaten für Klunckers Vorstellungen zu figurieren und es vorziehen, die Initiative selber zu ergreifen.

In der gegenwärtigen Lage wird es darauf ankommen, diese Debatte und diese Maßnahmen einzuleiten, weil die Forderung nach dem 13. Monatsgehalt allein der Situation nicht genügt, muß man weitergehende Forderungen nach sofortigen oder rückwirkenden Lohnzuschlägen erheben.

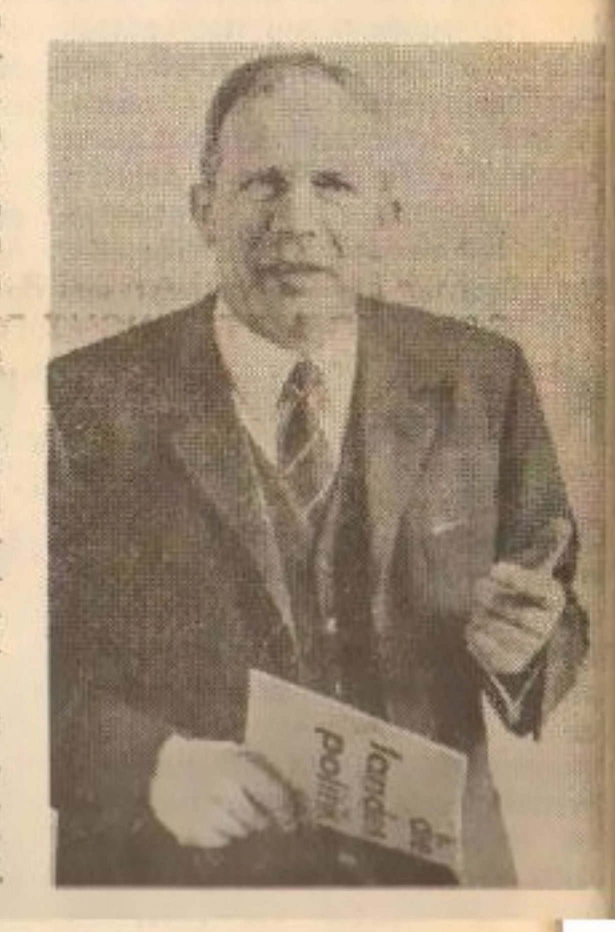
Die Gewerkschaftsführung will mit den Verhandlungen um dieses 13. Monatsgehalt einen Bremsklotz legen. Die Arbeiter und Angestellten werden sie als Sprungbrett benutzen. *M.F.*

# »Unterwanderung«

## KONFLIKT ZWISCHEN GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG UND JUNGSOZIALISTEN

Zu einer Auseinandersetzung ist es zwischen dem bayrischen DGB-Landesvorsitzenden Willi Rothe und den Jungsozialisten gekommen. In einem Interview mit der "Welt der Arbeit" wandte sich Rothe gegen diejenigen Jusos, die den selbständigen Streik als ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmer-Forderungen betrachteten. Rothe äußerte weiter, ein Betriebsrat, der – wie diese Jusos forderten – jederzeit abgewählt werden dürfe, könne kaum noch ruhig schlafen. Gleichzeitig sprach er sich gegen die Forderung nach Aufhebung der Geheimhaltungs- und Friedenspflicht für Betriebsräte aus. Auch gegen den Vorschlag der Jusos, den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten das Recht auf Wahl und Abwahl von Vertretern und überbetrieblichen Funktionären zu geben, wendete sich der bayrische DGB-Vorsitzende energisch. Alle diese Forderungen liefen darauf hinaus, über den Weg eines kompromißlosen Klassenkampfes das parlamentarisch-demokratische System zu sprengen und seien mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht vereinbar.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer Börner erklärte zu dem Konflikt: Jeder, der versuche, die gewerkschaftlichen Führungsgremien in ihrer Wirksamkeit zu unterlaufen, wende sich damit auch gegen die SPD.



## Lohnkämpfe in Wolfsburg

Am 31. 8. 1973 streikten die Kollegen des Wolfsburger Fuhrparks für eine Teuerungszulage von 600 DM. Am 3. 9. 1973 traten die Arbeiter der allgemeinen Stadtwerke-Werkstätten in einen einstündigen Warnstreik.

Der Gesamtpersonalrat der Stadt Wolfsburg hatte die in Hannover von den Fuhrarbeitern aufgestellte Forderung von 600 DM Teuerungszulage übernommen. In Hannover wollten die Kollegen des Fuhrparks am 30. 8. 73 in den Streik treten. Auf einer Veranstaltung desselben Tages wurde der Streik jedoch bis zum 10. 9. vom Vertrauenskörper ausgesetzt, der die laufenden Verhandlungen abwarten wollte. Über die Aussetzung des Streiks gab es heftige Auseinandersetzungen, bei denen sich die Fuhrarbeiter für eine Arbeitsniederlegung aussprachen.

Im Zusammenhang mit der Teuerungszulage von 600 DM fordern die Kollegen die Zahlung eines 13. Monatseinkommens (bisher werden nur 66 2/3 % gezahlt).

Um die bisher aktivsten Kollegen zu beschwichtigen, wurde die Erschwerniszulage der Müllwerker von 75 DM auf 125 DM und die der Straßenreiniger von 60 DM auf 100 DM ab 1. 9. 73 erhöht.

## Streiks auf Schiffen verboten

Das Stuttgarter Arbeitsgericht hat eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach auf Schiffen gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung höherer Löhne der Seeleuten verboten sind. Gegen diese Entscheidung will die ÖTV "jedes denkbare Rechtsmittel einlegen und notfalls bis vor das Bundesarbeitsgericht gehen" (Süddeutsche Zeitung, 11. 7. 73). Der Verband Deutscher Reeder hat seine Genugtuung über dieses Urteil ausgedrückt.

Das Urteil der Klassenjustiz ist ein Schlag gegen das Recht auf freie Koalition. Es bestätigt die Auffassung der Schiffskapitalisten, wonach auf den Schiffen ein besonderes Dienstrecht – ähnlich wie im Staatsdienst – gilt.

## Stabilitätspolitiker

"Dies ist nicht die Stunde überzogener Forderungen", mahnte Bundeskanzler Brandt die streikenden Arbeiter. Dazu muß man wissen: Der Bundeskanzler bezieht jährlich Netto-Einkünfte von 215945 DM, das sind 18000 DM im Monat. Er bewohnt eine Dienstvilla, wird in einem Dienst-Mercedes gefahren, mit Sonderzügen oder Bundeswehrmaschinen über größere Strecken befördert. Er lebt mit Männern zusammen wie seinen Ministerkollegen, die 183593 DM im Jahr verdienen, und Abgeordneten, die allein aus staatlichen Kassen monatlich 7500 DM steuerfrei bekommen. Das Durchschnittseinkommen eines Arbeiters beträgt demgegenüber 900,- bis 1.000,- DM netto.

# Nachspiel zum 1.Mai in Bremen

Bremen. Die Vorgänge während des 1. Mai in Bremen – der DGB-Kreisvorstand hatte die von ihm selbst angesagte Demonstration wegen zu vieler roter Fahnen auf dem Aufmarschplatz abgesagt – haben jetzt auch ihr Nachspiel in der Deutschen Post Gewerkschaft (DPG).

Trotz Absage des DGB-Kreisvorstandes hatten die Mitglieder mehrerer Betriebsgruppen und der vorwiegend von Jungsozialisten gestellte Ortsjugendausschuß der DPG an der Mai-Demonstration teilgenommen. Daraufhin wurden gegen 5 Jugendfunktionäre und 3 hauptamtliche Sekretäre Ausschlußanträge gestellt, die meisten von ihnen SPD-Mitglieder.

Der von den Betroffenen verlangte Untersuchungsausschuß tagte zum ersten Mal nach 3 Monaten.

Als schließlich die erste Verhandlung stattfand, wurde sie zur Komödie. Der 1. Vorsitzende der DPG in Bremen erklärte, er habe am 1. Mai Flugblätter des Kommunistischen Bundes Bremen (jetzt Ortsgruppe des Kommunistischen Bundes Westdeutschland) gesehen und das sei bekanntlich gewerkschaftsfeindlich, weil er immer von "Arbeiterklasse" und "Proletariat" rede. Außerdem sei die Absage der Demonstration vorauszusehen gewesen. Er habe davon durch Bürgerschaftspräsidenten Dieter Klink (SPD) vorher schon gewußt. Vom Organisationssekretär Boldt des DGB-Kreisvorstandes war zu erfahren, er habe den Beschluß zur Auflösung der Demonstration gefaßt, weil sie durch Leute unterwandert gewesen sei, "die an anderer Stelle gegen den Genossen Bildungssenator" oder wegen Vietnam demonstrierten.

Der Untersuchungsausschuß faßte schließlich einen salomonischen Beschluß. Er müßte die Handlungsweise des DGB-Kreisvorstandes am 1. Mai rechtfertigen, also sprach er die Angeklagten schuldig. Er hatte aber kein irgendwie vorzeigbares Material für einen solchen Spruch, also plädierte er trotz der "Schuld" für Freispruch, weil die Kollegen sich der "Satzungswidrigkeit" ihrer Handlung nicht bewußt gewesen seien. Welchen Beschluß jetzt der Hauptvorstand fällt, steht noch offen.

Der Spruch des Untersuchungsausschusses ging damit genau in die Richtung, in welche die Betroffenen Jusos auch schon geflüchtet waren, als sie in einem Flugblatt erklärten, sie seien am 1. Mai total verwirrt gewesen und hätten nicht gewußt, was sie tun, als sie mit 6000 Bremer Werktätigen mitmarschierten, die trotz Auflösungsentschluß des DGB ihre Demonstration durchführten. Denjenigen Kollegen gegenüber, die sich zur Demonstrationsteilnahme bekannten, gaben die Jusos zu verstehen, die seien halt politische Märtyrer, die von Taktik noch nichts gehört hätten. Gleichzeitig schrieben sie einen Brief an den Hauptvorstand, in dem sie erklärten, daß nur aufgrund ihrer guten Gewerkschaftsarbeit die kommunistischen Gruppen ohne Einfluß in der DPG geblieben seien, daß sie aber bei einem Ausschluß für nichts mehr garantieren könnten.

Die Position im Arsch des Hauptvorstandes, die die Jungsozialistentreuen damit eingenommen hatten, ist allerdings taktisch nicht gar so vorteilhaft, wie die Strategen hofften: einer ganzen Reihe von Junggewerkschaftern, denen die Jusos bisher links kamen, stinkt es nämlich inzwischen gewaltig.

A.L. (gekürzt Red.)

## Forderungen in Wiesbaden

Wiesbaden. Bei der Stadtverwaltung wurde die Forderung nach Zahlung eines Teuerungszuschlages in Höhe von 100 DM monatlich ab 1.7. aufgestellt. Dieser Forderung haben sich bis heute folgende Betriebsgruppen angeschlossen: Bauämter, Kurbetriebe, Rathaus, Schulamt, Betriebsjugendgruppe, Sozialamt und Liegenschaftsamt.

Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport, Verkehr hat bis heute auf diese Forderung der Kollegen nicht reagiert. Es wird lediglich immer wieder betont, man müsse erst das 13. Monatsgehalt durchsetzen und dann über die Teuerungszulage sprechen.

Der Gesamtpersonalrat soll deshalb in einer von den Kollegen organisierten Unterschriftensammlung gezwungen werden, eine Personalversammlung aller städtischen Bediensteten einzuberufen. An dieser Unterschriftensammlung beteiligen sich zur Zeit fast alle Ämter.

# ›Knüppels‹ in Aktion

Im Panzergrenadierbatallion 12 in Osterode/Harz tauchten vor kurzer Zeit morgens einige kleine rote Kleber auf. Es sind noch wenige, aber am nächsten Tag sind es schon mehr. Die Kleber drücken die Forderungen der 'Knüppels" (eine Soldatengruppe) aus
"FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN DER ARMEE"
"WEG MIT DEM HAARERLASS"
"RUNTER MIT DEN KANTINENPREISEN"
"AUSGANG BIS ZUM WECKEN FÜR ALLE"

Es waren Forderungen nach besserem Essen, besserer Bezahlung durch die Vorgesetzten und nach gerechteren Dienstzeitregelungen. Die überwiegende Mehrzahl der Militärdienstpflichtigen erkennt: Das sind unsere Forderungen! Man beginnt zu diskutieren. Aber schon das ist für die Vorgesetzten zuviel. Sie verwarnen öffentlich die unbekannten Kleber, diese Aktion zu unterlassen. Die Führung will sich aber nicht zu sehr entlarven: Es geht nicht um den Inhalt der Kleber, oh nein, aber die sauberen Wände würden beschmutzt, das ginge doch nicht, alle Soldaten sollten wachsam sein und jeden Kleber sofort melden.

Doch der nächste Morgen bringt für diese Herren eine böse Überraschung. Die Kaserne ist über und über voll mit den Forderungen der "Knüppels". Auf den Panzern, auf den Verkehrsschildern, an den Gebäuden, in den Fluren, auf den Toiletten, in den Waschräumen, überall leuchten ihnen die roten Kleber entgegen. Die Führung gerät in Panik, Offiziere und Unteroffiziere rennen aufgeregt herum und versuchen die Kleber zu entfernen. Und dann geht's los: eine Spinddurchsuchung wird durchgeführt, so scharf, wie man es noch nie erlebt hatte. Alles wird auf den Kopf gestellt. Die Führung sucht den Täter, sie will verhindern, daß sich derartiges jemals wiederholt. Alle Soldaten werden noch einmal aufgefordert, jeden zu melden, der etwas über die Aktion weiß.

Aber niemand meldet sich. Die "Knüppels" haben erkannt, daß von ihnen eine starke Kraft ausgehen kann, daß ihre berechtigten Forderungen den Zorn der Vorgesetzten hervorrufen. Es ist klar, wenn es auch nur einige gewesen sind, die geklebt haben: dies ist unsere Sache, das sind unsere Forderungen. Diese Gemeinsamkeit stärkt das Selbstbewußtsein der Militärdienstpflichtigen, an einer Mauer des Schweigens zerbrechen alle Versuche, die Solidarität zu spalten, auch als am nächsten Tag schwere Geschütze aufgefahren werden.

Der Kommandeur hält in den einzelnen Kompanien eine Rede, die deutlich macht, in welche Panik die Führung versetzt wurde. Mit Beschimpfungen und Drohungen versucht er die "Knüppels" einzuschüchtern. Er argumentierte etwa so: Seit einigen Tagen tauchen hier in der Kaserne kleine, rote Kleber auf. Die Forderungen mögen Ihnen einsichtig erscheinen, aber bedenken Sie eines: diese Aktion ist von einer Gruppe gewissenloser Leute angezettelt worden, die sicherlich nicht die Interessen der Soldaten im Auge hat, sondern die Zersetzung und Zerstörung unserer (!) Armee. Solche Dinge werden von Kommunisten angestachelt, dahinter stecken Arbeiter- und Soldatenräte, aber wir sind in Deutschland nicht bereit, uns unseren Staat von solchen Elementen kaputt machen zu lassen. Ich habe nichts gegen Kommunisten (!), aber sobald sie in den Kasernen anfangen zu agitieren, müssen sie scharf verfolgt und bestraft werden. Ich rufe Sie alle zur Wachsamkeit auf. Und Wörtlich: "Das politische Schwein muß entlarvt werden, liefert die Sau ans Messer". Dann droht der Kommandeur damit, falls noch einmal solche Kleber auftauchen, würde die ganze Einheit ein Wochenende im Gelände verbringen, denn: "in Erdlöchern kleben keine roten Zettel".

Diese Rede ruft große Empörung unter den Soldaten hervor. Sie machte jedem klar, wie es um die Rechte der Soldaten, um den Kampf für ihre Interessen bestellt ist. Als schließlich der Militärische Abschirmdienst (MAD) auftaucht und gedroht wird, falls die Täter nicht bis mittag gefunden seien, würden alle übers Wochenende in der Kaserne bleiben müssen, sind fast alle bereit, ihr Wochenende zu opfern. Man kann uns nicht erpressen, das ist das Ergebnis vieler Diskussionen. An dieser Einstellung zerbrachen alle Repressionsversuche. Alle fahren ins Wochenende.

Damit hat diese Aktion ihr Ende. Die "Knüppels" haben erkannt, wie es um ihre Situation bestellt ist, sie haben gesehen, welchen Druck und Terror die Führung ausübt, um jeden Funken des Widerstandes zu unterdrücken.

Aber die Panzergrenadiere haben auch gemerkt, daß sie eine Kraft sind. Unter den wachsamen Augen der Führung war es einigen von ihnen gelungen, den Kampf aufzunehmen. Es ist nie gelungen auch nur einen "Täter" zu erwischen. Die Solidarität aller verhinderte dieses. Und obwohl die Kleber alle abgerissen sind, bleiben die Forderungen in den Diskussionen bestehen, tauchen sie immer wieder auf:

**FÜR FREIE POLITISCHE UND GEWERKSCHAFTLICHE BETÄTIGUNG IN DER ARMEE!**
**WEG MIT DEM HAARERLASS!**
**RUNTER MIT DEN KANTINENPREISEN!**
**AUSGANG BIS ZUM WECKEN FÜR ALLE!**

*BEFREIUNGSKAMPF DER UNTERDRÜCKTEN VÖLKER*

# Schluss mit der US-Agression in Kambodscha

Schluss mit der US-Agression in Kambodscha

## PRESSEKONFERENZ VON CHAU SENG AM 16.AUGUST 1973 IN PARIS

**Chau Seng ist Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der FUNK (Nationale Einheitsfront von Kambodscha) und Minister für besondere Angelegenheiten der GRUNK (Königliche Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha)**

### 1. DAS ENDE DER AMERIKANISCHEN BOMBARDIERUNGEN BEDEUTET NICHT DAS ENDE DER AGGRESSION DES US-IMPERIALISMUS

Kambodscha und sein Volk sind Opfer der barbarischsten imperialistischen Aggression seiner Geschichte. Niemals hat unser Volk soviel Trauer und Leid gekannt, unser Land niemals soviel Zerstörung und Unglück. In den letzten vier Monaten bombardierte die amerikanische Luftwaffe viele Landstriche und oft die am dicht besiedelsten mit etwa 250.000 Tonnen Bomben. Dieses Ausmaß an Eisen und Feuer entspricht der dreifachen Bombenlast, die im Zweiten Weltkrieg auf Großbritannien abgeworfen wurden.

Doch das heldenhafte kambodschanische Volk, das seine Vorfahren, den Erbauern der Tempel von Angkor, würdig ist, und die bewaffneten Volksstreitkräfte schreckten vor keinem Opfer zurück und setzten trotzdem den gerechten Kampf für die Befreiung des geliebten Vaterlandes siegreich fort. Unsere Volksstreitkräfte, die schon 90% des Landes kontrollieren, ziehen die Schlinge um die Hauptstadt Phnom Penh enger und werden sie, was auch kommen mag, befreien. Sie werden die Herrschaft der einzig legitimen und gesetzlichen Regierung der GRUNK, auf diese Weise über das ganze Land vollenden. Angesichts der einhelligen Verdammung in der internationalen öffentlichen Meinung, angesichts der ablehnenden Haltung des amerikanischen Kongresses, war die Nixon-Regierung gezwungen, vorläufig die verbrecherischen Bombenangriffe gegen unser Land einzustellen. Das ist bereits ein Sieg des kambodschanischen Volkes von großer Bedeutung. Das ist auch ein Sieg aller Völker der Welt, die Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit wollen, das amerikanische Volk eingeschlossen. Zu dieser Frage hat der amerikanische Kongress einen gerechten und mutigen Standpunkt eingenommen. Aber das Ende der Bombenangriffe bedeutet nicht das Ende der amerikanischen Aggression in Kambodscha. Eine Regierung, die sich nicht scheut, Provokationen vom Zaun zu brechen, und offizielle Dokumente zu fälschen, um ein friedliebendes und neutrales Land anzugreifen, mit dem es gerade erst in aller Form die Anerkennung seiner Neutralität und die Integrität seiner Grenzen unterzeichnet hat, eine Regierung, die die Lüge zur Institution erhebt, und die niemals ihr Machtstreben verheimlicht hat, wird die Aggression in anderer Form und mit anderen Mitteln fortsetzen.

Seit langem empfängt die Verräterclique in Phnom Penh massive militärische Hilfe. Die Truppen Saigons und die thailändischen Söldner, ihre Luftwaffe und nicht zu vergessen die "Khmer Krom", die Söldner des CIA (Amerikanischer Geheimdienst, Anm. d. Red.) sind bereit zu intervenieren, um der Verräterbande Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Than, In Tam Cheng Heng und Konsorten aufs Neue Luft zu schaffen. Gleichzeitig machen die sogenannten amerikanischen Aufklärungsflugzeuge weiter ihr schmutziges Geschäft und laden in unregelmäßigen Abständen ihre Bombenlast ab über unserem Land. Diese Bombardements und dieses Vorgehen bleiben geheim oder werden mit "kommunistischen Provokationen" gerechtfertigt. Wir können davon ein Lied singen!

Das letzte Aufgebot der Lon Nol Clique in Phnom Penh

### 2. DIE POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN MANÖVER WERDEN VERSTÄRKT

Militärisch: wenn Nixon's B-52-Bomber nicht in der Lage sind, den Sieg zu erringen, werden auch nicht die Söldner aus Saigon, aus Bangkok und die Söldner der CIA das antinationale und volksfeindliche Regime von Phnom Penh vor dem Untergang retten. Deshalb entwickeln die amerikanischen Imperialisten, ihre Lakaien und ihre ausländischen Komplizen immer größere diplomatische und politische Aktivitäten. Ihr Ziel ist es, uns zu einem politischen Kompromiß zu zwingen, unser Volk daran zu hindern, die Revolution zu vollenden, und in Ehre und Würde einen tatsächlichen und dauerhaften Frieden zu erreichen. Sie wollen das Spiel der Konterrevolution treiben. Und alle Großmächte, außer der Volksrepublik China, treiben das gleiche Spiel! Das sagen wir ganz offen. Man spricht dauernd von "Kontakten", von "Verhandlungen" zwischen den "kambodschanischen Parteien", von "Frieden", "nationaler Eintracht", von "ehrenhaftem Frieden" usw. Das letzte Manöver war das Gerücht von der Ausschaltung Lon Nols durch seine Komplizen und Anhänger.

Diese Manöver begannen nicht erst gestern. Schon nach dem Debakel der Operation "Chenla 2" Ende des Jahres 1971 hat die Verräterclique den "Khmer auf der Gegenseite" angeboten, "wieder zusammenzuarbeiten", was aber nichts anderes hieß als die Unterwerfung. Der Bruder des Präsidenten, der Strolch Lon Non, der damals "Minister der Versöhnung und Minister der Befreiung" usw. war, machte großen Wind um angebliche "Zusammenarbeit mit den roten Khmer". Auch der Verräter In Tam sprach von Besprechungen mit unseren Genossen im Land, nachdem er jahrelang behauptet hatte, daß es sie gar nicht gäbe, und daß unsere Genossen nichts als Phantome seien.

Nach dem Waffenstillstand in Vietnam hat der Verräter Lon Nol persönlich das Ende aller "offensiven Aktionen" und sogar den einseitigen Waffenstillstand befohlen. Das führte dann zu der Intensivierung der amerikanischen völkermörderischen Bombardements. Washington läßt verlautbaren, daß es "gegenwärtig Verhandlungen gibt". Es hat die Bande in Phnom Penh dazu gebracht, den "6-Punkte-Friedensplan" vorzuschlagen. Alle diese politischen und diplomatischen Manöver werden sich noch verstärken. Was soll man sagen von dem Gekläff Sum Chums neulich, der, wie es scheint, jetzt "Informationsminister" ist? Er behauptete, es sei die "nordvietnamesische Opposition", die die "Roten Khmer" daran hindere, mit seiner Bande Kontakt aufzunehmen.

Hier muß man darauf eingehen, daß noch immer manche Leute von nordvietnamesischen Kadern oder Truppen in Kambodscha sprechen. Das sagen sie gegenüber allen Tatsachen – als ob eine Volksrevolution mit ausländischen Kadern gemacht werden könnte. Eine solche Beleidigung für unser Volk, das seine Befreiung mit seinem Blut bezahlt hat, fällt auf diejenigen zurück und bringt Schande für jene, die solche Gerüchte in die Welt gesetzt haben. Es zeigt nur deren Unkenntnis bzw. viel mehr deren totale Geringschätzung der kambodschanischen Wirklichkeit. Es zeigt ihre Sympathie und ihre Unterwerfung unter den amerikanischen Imperialismus. Nicht erst seit gestern und auch nicht erst seit dem Staatsstreich von 1970 hat das kambodschanische Volk den Kampf gegen die Imperialisten und ihre Handlanger vorbereitet.

### 3. DAS ENDE DER AMERIKANISCHEN AGGRESSION BRINGT DEN FRIEDEN IN KAMBODSCHA!

Manche werfen uns vor, wir hätten keine Vorschläge für eine "politische Lösung". Wir würden dauernd von der Fortführung des Krieges reden. Als ob die Führer der FUNK Kriegstreiber wären. Einige Gutgläubige sind auch der Auffassung, daß natürlich Lon Nol und seine Clique Verräter, Verbrecher, Faschisten und Instrumente der amerikanischen Aggression seien. Sie meinen, die Diktaturen der Nachbarländer seien auch nichts anderes und trotzdem hätte man mit ihnen verhandelt!

Das kamdodschanische Problem aber ist nicht das gleiche. Mit unserem Staatschef Samdech Norodom Sihanouk an der Spitze der GRUNK besitzt unsere königliche Regierung die

Staatschef Samdech Norodom Sihanouk an der Spitze der GRUNK besitzt unsere königliche Regierung die

volle Legalität und Legitimität.

Unser Volk aber gibt sich mit dieser Rechtsposition nicht zufrieden. Es hat siegreich den nationalen Befreiungskampf geführt, und die wirkliche Herrschaft des Volkes auf einer soliden Basis errichtet. Außerdem hat das Abkommen von Genf 1954 die territoriale und politische Einheit garantiert, das heißt, das Recht auf eine einheitliche Regierungsgewalt, während die Nachbarländer in zwei Zonen geteilt wurden. Wie sollten wir unter solchen Bedingungen Verhandlungen akzeptieren, die unweigerlich zur territorialen und politischen Teilung Kambodschas führen müßten? Niemals werden wir uns ein solches Verbrechen an der Nation und am Volk von Kambodscha zu Schulden kommen lassen.

Das Problem in Kambodscha ist übrigens ganz einfach. Es hat seine Ursache in der amerikanischen Aggression und wird deshalb mit dem Ende dieser Aggression gelöst sein. Sobald die amerikanischen Imperialisten und ihre ausländischen Lakaien ihre Aggression und ihre Bombardierungen gegen Kambodscha einstellen, sobald sie ihre Truppen, ihre Militärberater und ihr Kriegsmaterial zurückziehen und jede Hilfe an die Clique in Phnom Penh einstellen, sobald unser Volk seine Probleme im Inneren ohne äußere Einmischung regeln kann, wird in unserem Kambodscha schnell der Friede hergestellt sein. Andernfalls werden unser Volk und seine bewaffneten Volksstreitkräfte in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Nationalkongresses vom 21. Juli 1973 den Kampf kompromißlos und ohne zurückzuweichen fortsetzen, bis alle ausländischen Aggressoren endgültig das Land verlassen haben und die Clique der Verräter beseitigt ist. Es ist unser Ziel, ein neues, unabhängiges, neutrales, friedliebendes und demokratisches Kambodscha in seinen heutigen Grenzen aufzubauen. Die GRUNK wird dann die Politik der Nationalen Befreiung auf allen Ebenen fortsetzen. Diese Politik erlaubt unserem Volk in vollem Umfang die Souveränität herzustellen und zu festigen, das Lebensniveau zu heben. Ein sehr breites nationales Bündnis kann so hergestellt werden, ohne jegliche politische und religiöse Diskriminierung, ausgenommen davon sind die Verräter. Außenpolitisch wird die GRUNK entschlossen eine Politik des Friedens und der Neutralität vertreten, sie wird sich keinem der Bündnisblocke anschließen und die Errichtung fremder Militärbasen auf ihrem Territorium nicht zulassen..

Kambodscha wird kein benachbartes oder entfernt gelegenes Land angreifen, ebensowenig wird es zulassen, daß irgendein Land, nah oder fern, seine Souveränität oder die Integrität seiner Grenzen beeinträchtigt. Unsere Beziehungen mit fremden Regierungen oder Ländern werden immer auf

(Fortsetzung S.14)

# Spendenaufruf eines Arztes aus einem Flüchtlingslager in Beirut:

**Unterstützt den Aufbau der palästinensischen Einheitsfront!**
**Unterstützt den Kampf der palästinensischen Massen im Libanon!**

Der Verlauf der Kämpfe im Mai, die Geschlossenheit, mit der die Organisationen des Widerstandes, die Volksmiliz und die Massen in den Lagern den Angriff auf ihre politische und militärische Autonomie zurückgeschlagen haben, sind ein großer politischer und militärischer Sieg!

Die libanesische Reaktion ist nicht nur an der Einheit der palästinensischen Massen gescheitert, sondern an der wachsenden, progressiv-nationalen Bewegung im Libanon, an der Solidarität der kommunistischen libanesischen Organisationen und vor allen Dingen am gemeinsamen, bewaffneten Kampf der libanesischen Massen und der palästinensischen Volksmiliz.

Nachdem es der libanesischen Armee nicht gelang, in die Lager einzudringen, wurden diese und die Umgebung rücksichtslos bombardiert. Die Bomben der Reaktion kennen keinen Unterschied zwischen palästinensischen Menschen in den Flüchtlingslagern und libanesischen Menschen, deren Wohnungen in der Nachbarschaft der Lager liegen.

Die große Mehrzahl der Opfer während der Kämpfe waren Zivilpersonen. Die Lager mußten geräumt werden. Die Versorgung der Massen von Obdachlosen führte zu größten technischen, medizinischen und sozialen Problemen. Dennoch war die Einheit des Kampfes niemals weder politisch noch militärisch gefährdet.

Trotzdem sind erhebliche materielle Verluste wieder auszugleichen. Die Lager müssen weiter ausgebaut und gesichert werden, die Versorgung der Massen im Lager muß für den Fall neuer Kämpfe besser organisiert werden, die Erfahrungen der letzten Kämpfe müssen ausgewertet und umgesetzt werden.

Unter dem Druck revolutionärer Gewalt und kämpferischer Erfahrung fordern die Massen den Zusammenschluß der Volksmilizeinheiten der verschiedenen Widerstandsorganisationen.

Die Vereinheitlichung der materiellen Aufgaben, um drohende neue Angriffe abzuschlagen, sind weitere konkrete Schritte, die die Verwirklichung des Programms der palästinensischen Einheitsfront vorantreiben werden. Diese Entwicklung hat aber erst langsam und in wenigen Bereichen eingesetzt. Sie voranzutreiben, die verschiedenen Organisationen für praktische Schritte und Aufgaben zu gewinnen, die Notwendigkeit der Vereinheitlichung immer wieder zu betonen, ist ein Teil des täglichen Kampfes der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas.

Die wachsende politische Arbeit stellt die Genossen nicht nur vor schwere verantwortungsvolle Aufgaben, um ihren erfolgreichen Kampf fortzusetzen. Gleichzeitig wird diese Arbeit durch erhebliche materielle Schwierigkeiten, durch Verschuldung der Organisation und notwendige Streichung wichtiger Projekte gefährdet.

Die FPDLP ist zu einer entscheidenden politischen Kraft innerhalb des palästinensischen Widerstandes geworden. Gemeinsam mit den anderen Organisationen kämpft sie innerhalb der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation, Zusammenfassung aller Widerstandsorganisationen, legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, Anm. d. Red.) um die Einheit im Kampf gegen die gegenwärtigen Angriffe der Zionisten, Imperialisten und der arabischen Reaktion auf das palästinensische Volk.

Diesen Kampf zu unterstützen, konkrete materielle und finanzielle Hilfe zu leisten, fordern wir alle fortschrittlichen und kommunistischen Menschen und Organisationen auf.

*Dieser Bericht ist uns von einem Arzt, der in einer Ambulanz der Demokratischen Volksfront (FPDLP) in Beirut arbeitet, zugeschickt worden. Er hat uns gleichzeitig aufgefordert, eine Spendenaktion einzuleiten, mit der die im Bericht geschilderte Arbeit der FPDLP unterstützt wird. Wir, der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) rufen auf:*

*SPENDET FÜR DIE MUST HSAF, EINE KLINIK, DIE DIE FPDLP IN EINEM FLÜCHTLINGSLAGER IN BEIRUT UNTERHÄLT!*

**SPENDENKONTO:**
**Volksbank Heidelberg**
**Kennwort: "Must Hsaf"**
**Nto.Nr.: 5012**

# Parteitag in China

Zwischen dem 24. und dem 28. August hat die Kommunistische Partei Chinas ihren zehnten Parteitag durchgeführt. Der Parteitag, dem sorgfältige und gründliche Beratungen in allen Einheiten der Partei und mit den Massen vorausgegangen waren, nahm den Politischen Bericht des ZK, den Tschou En-lai vortrug, entgegen und diskutierte ihn. Er nahm den Bericht Wang Hung-wens über die Ergebnisse der Diskussion zur Veränderung des Parteistatuts entgegen, diskutierte ihn und verabschiedete einige wichtige Änderungen des Statuts. Schließlich wählte er ein neues ZK. An dem Kongress nahmen 1.249 Delegierte teil, die 28 Millionen Parteimitglieder vertraten. Die zentralen Dokumente dieses Parteitages, der Bericht Tschou En-lais, der Bericht Wang Hung-wens und die beschlossenen Änderungen des Statuts sind inzwischen in zahlreiche Sprachen übersetzt und liegen im Wortlaut vor. In deutscher Sprache wurden sie von Radio Peking ebenfalls gesendet. Der Bericht Tschou En-lais zieht vor allem die Lehren aus dem Kampf gegen die Linie Lin Biaos, untersucht die Lage und nennt die nächsten Aufgaben der Partei. Der Bericht Wang Hung-wens begründet die Statutenänderungen aus den Erfahrungen der Kulturrevolution und des Kampfes zweier Linien in der Partei. Diese drei zentralen Dokumente des X. Parteitages der KP-China sollte jeder Genosse und jeder fortschrittliche Mensch sehr sorgfältig studieren. Dies ist umso nötiger, als die bürgerliche Presse und fast noch mehr die revisionistischen Zeitungen vor keiner Verleumdung und Verdrehung zurückschrecken, um die Bedeutung des Parteikongresses zu entstellen. Das fängt damit an, daß diese Menschen einfach aus der Tatsache, daß sie an der Vorbereitung des Kongresses nicht teilnahmen und durch seine Abhaltung überrascht wurden, so tun, als hätte der Parteikongress hinter dem Rücken der chinesischen Volksmassen stattgefunden. Das ist zumindest eine sehr dumme Ansicht, die meint, das Volk wisse nur Bescheid, wenn es durch einen großen Rummel aufmerksam gemacht worden sei. Den Rummel brauchen die bürgerlichen und revisionistischen Schreiberlinge, um etwas zu merken, aber nicht die chinesischen Volksmassen, die an der Vorbereitung des Kongresses durch vielfältige Beratungen und langandauernde Diskussionen beteiligt waren. Leider lassen sich manchmal sogar Genossen und ehrliche Menschen durch das Geschwätz der bürgerlichen Zeitungen und der Revisionisten verwirren. Da ist es gut, daß die Dokumente des Parteitages so schnell greifbar sind und studiert werden können. Wir werden in der KVZ und in 'Kommunismus und Klassenkampf' noch ausführlich auf den X. Parteikongress der KP China eingehen.

# Kambodscha

(Fortsetzung v.S.13)

der Grundlage der Anerkennung gegenseitiger Interessen, der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung beruhen, ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes. Wirtschaftliche Hilfe ohne politische oder technische Vorbedingungen wird unser Volk annehmen.

Das ist unsere politische Linie. Sie hat sich niemals verändert und sie wird auch nicht geändert. Wir sind überzeugt, daß der gerechte Standpunkt des kambodschanischen Volkes von allen Regierungen und Völkern, die Freiheit und Unabhängigkeit, Frieden und Gerechtigkeit wollen, verstanden und unterstützt wird, in erster Linie vom amerikanischen Volk und von allen Menschen der Welt, die guten Willens sind.

Jetzt, wo Nixon erneut mit aller Klarheit droht, nicht nur die völkermörderischen Bombardierungen wieder aufzunehmen, sondern die Aggression gegen Kambodscha noch zu verstärken, richten wir an alle Länder und Völker der Welt, eingeschlossen das amerikanische Volk, den Appell, wachsam zu bleiben und den Kampf in jeder Weise fortzusetzen, das Ende der Aggression des US-Imperialismus zu fordern und dem kambodschanischen Volk die Möglichkeit zu geben, seine Probleme ohne fremde Einmischung zu regeln.

Bei dieser Gelegenheit erneuert unser Volk seinen tiefen Dank an alle Bruderländer und befreundeten Nationen, nah oder fern, besonders an Vietnam, Laos, China, die Demokratische Volksrepublik Korea, an alle Völker und Menschen der Welt, die Frieden und Gerechtigkeit wollen, besonders an jene Menschen in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika, die unserem Volk ihre Hilfe und Unterstützung gegeben haben oder die ihre Sympathie mit dem Kampf für unsere nationale Befreiung unter Beweis gestellt haben. Das Volk von Kambodscha wird keine Anstrengungen scheuen, um diese Zeichen der Brüderlichkeit, der Freundschaft und der Solidarität mit den Brudervölkern und den befreundeten Völkern auf der Welt zu bewahren und weiterzuentwickeln.

# Trauerfeier als Massenkundgebung

**(Augenzeugenbericht von den Trauerfeierlichkeiten zum Tode Kamal Nassers, dem offiziellen Sprecher der Palästinensischen Befreiungsorganisation in dessen Heimatort Bir Zait)**

**Am 10.April 1973 ermordete ein israelisches Kommando in Beirut drei führende Vertreter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die Israelis wurden bei ihrer Aktion von CIA-Agenten und von der libanesischen Armee unterstützt. Zwei Tage später demonstrierten in Beirut 250 000 Libanesen und Palästinenser gegen dieses Massaker.**

**Der folgende Augenzeugenbericht schildert die Trauerfeierlichkeiten für Kamal Nasser, dem offiziellen Sprecher der PLO in dessen Heimatort Bir Zait. Bir Zait liegt in den von Israel besetzten Gebieten. Die Tatsache, daß diese Trauerfeier trotz des brutalen Vorgehens des israelischen Militärs zu einer machtvollen Demonstration für den palästinensischen Widerstand werden konnte, zeigt den Willen und die Entschlossenheit des palästinensischen Volkes, auch unter den unmenschlichsten Bedingungen für seine elementaren Rechte zu kämpfen.**

Mit großer Empörung und tiefer Trauer empfing das Volk die Nachricht der Ermordung der palästinensischen Führer. In Bir Zait, dem Heimatort von Kamal Nasser, offizieller Sprecher der PLO, Dichter und politischer Denker, versammelten sich in den frühen Morgenstunden die Einwohner und führten eine schweigende Demonstration durch Bir Zait. 2 Stunden später folgten die Schüler von der Katholischen Schule und der UNO-Schule sowie die Studenten der Hochschule (Bir-Zait-College) den Dorfbewohnern und demonstrierten. Gegen 10 Uhr entschlossen sich die Schüler der staatlichen Schule, wo über 1000 Schüler aus den benachbarten Dörfern lernen, eine Demonstration durchzuführen. Der Schulleiter sah sich verpflichtet, den Militärgouverneur über das Vorhaben zu unterrichten, andernfalls käme er ins Gefängnis. Der Demonstrationszug ging durchs Dorf mit schwarzen Fahnen und Bildern der ermordeten Führer. Auf einmal rückte das Militär mit 2 Panzern und 10 Militärwagen an. Militärs sprangen unter die Demonstranten und schlugen sie mit ihren Gewehren und Stöcken zusammen. Das schnelle Auftauchen der Militärwagen jagte die Demonstranten auseinander. Die Demonstranten wehrten sich mit Steinen.

In der Zeitung hatte die Familie Nassers eine Trauerfeier für Kamal Nasser angezeigt. Das Militär warnte vor einer nochmaligen Demonstration und Militärwagen patroullierten ununterbrochen durch die Straßen. Vor dem Haus von Kamal Nasser versammelten sich alle Frauen des Dorfes (3000 Einwohner) und belebten eine fast ausgestorbene Gewohnheit der palästinensischen Folklore. Sie tanzten im Kreise und sangen dabei Trauerlieder, die zum großen Teil spontan gedichtet wurden. Der Olivenbaum ist ein Symbol für die Existenz Palästinas. Unter anderem sangen die mit schwarzen Kleidern verhüllten Frauen: "3 Olivenzweige vertrocknete und fielen nieder als unsere Führer fielen, vom Feind ermordet, wider die Menschlichkeit". Die Leute im ganzen Gebiet lasen in der Zeitung die Anzeige der Trauerfeier. In Strömen reisten sie nach Bir Zait. Als das Militär den Zustrom bemerkte, umzingelten sie das Dorf und sperrten den Zutritt. Nur Leute, die einen Bir Zait-Ausweis hatten, konnten ins Dorf gehen. Aber die Massen ließen sich nicht einschüchtern. Sie gaben als ihre Reiseziele eines der benachbarten Dörfer an. Aber am eindruckvollsten war das Bild der ins Dorf kommenden, zu Fuß über die Berge strömenden Massen. Von allen Himmelsrichtungen sah man Leute kommen, die die Olivenhaine durchliefen und dem Zentrum des Dorfes zustrebten. Zur angekündigten Stunde der Trauerfeier waren bereits über 4000 Menschen versammelt. Mit Blumenkränzen und Trauergesang ging der Zug auf die Kirche zu. Das Trauergefühl erdrückte die Atmosphäre – und die Verzweiflung erschlug die Menschen. Plötzlich beschlossen ein paar Genossen, die Menschen zu ermutigen und den Gefallenen eine gerechte Anteilnahme zu widmen. So mischten sich die Genossen unter die Massen und kündigten an, das Nationallied der Revolution zu singen: Biladi, Biladi – und der Gesang nahm zu, wurde lauter und lauter, so daß schließlich der Trauergesang verschwand. Ein Lächeln begleitete nun die singenden Massen und der Gesang hallte bis zu den nächsten Dörfern. Nach der Kirche steuerten alle das Haus von Kamal an und im Kreise sangen alle das Biladi-Lied weiter. Einer hob die Hand, und sofort war eine unheimliche Stille. Er gab ausdrücklich an, diese Trauerfeier sei für alle Gefallenen gewidmet und er möchte den Gefallenen und den Palästinensern einen Dienst tun und so, über das Leben und Werken des Gefallenen sprechen. Er sprach und alle hörten aufmerksam zu. Danach wurde gesungen. Dann hob ein zweiter die Hand, sagte ein Gedicht von Kamal Nasser auf und solche Beiträge taten mehrere. Für mich war dieser Tag von großer Bedeutung:

– Er war ein Beweis dafür, daß, wenn der einheitliche Wille des Volkes vorhanden ist, die stärkste Militärmacht nicht verhindern kann, daß das Volk nach seinem Willen handelt.

– Die Stunden der tiefsten Trauer tragen den Schein der Hoffnung.

– Wenn die Notwendigkeit zur Organisierung drängt, so gelingt die Organisation unter den Massen mit einer unheimlichen Schnelligkeit. Ich war begeistert wie selbstverständlich sich die Massen organisierten, sich einem Redner zuwandten, obwohl solche Versammlungen und Kundgebungen nie vorher dort stattgefunden haben.

– Der starke Zustrom zur Trauerfeier ist ein Beweis dafür, daß das Volk die Revolution unterstützt, daß es demonstriert, damit seine Unzufriedenheit im ganzen Land bekannt wird.

Selbst Dajan war erschrocken über die Reaktion der Bevölkerung und meinte, er könne das nicht verstehen, wo es der Bevölkerung doch so gut gehe.

Gegen 18 Uhr abends kam eine Warnung des Militärgouverneurs, wonach er das College schließen werde, wenn die Versammlung nicht sofort aufgelöst werde. Die Versammelten entfernten sich. Aber aus allen Städten und Dörfern, außer Hebron (der dortige Bürgermeister ist ein Kollaborateur und Verräter) kamen Vertreter und gaben ihrer Anteilnahme Ausdruck. Das geschah mehrere Wochen lang.

Im College wie in den Schulen wurden 2 Tage Diskussionen geführt über das Leben der Gefallenen, Analysen der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lage gemacht und Möglichkeiten zur Festigung der Bauern ans Land diskutiert.

Ein kommunistischer Dichter schrieb an jenem Tag die Weisheit des Tages in der Zeitung: Samih Kasem

Der Kämpfer hat mir beigebracht
die täglichen Zeitungen zu lesen
und in ihren schwarzen Seiten
die Zahl der Gefallenen zu registrieren
und daß ich warte
auf den Sieg.
Der Kämpfer lehrt mich,
die Leichen der Gefallenen bilden die
Brücken der Erdkugel.

Auf einer Veranstaltung in Bir Zait sagte dieser Dichter folgendes: Es war zu erwarten und es wird immer so sein, daß der Feind uns tief bis in unser Herz hinein verletzt. Diese Taten des Feindes sind für die Entwicklung der Revolution von großer Bedeutung, denn sie rütteln uns auf und erschüttern selbst diejenigen, die den Verlockungen der Imperialisten erliegen. Unsere Tränen helfen uns nur dann, wenn sie uns die Augen öffnen, wenn die Taten des Feindes uns lehren, Freunde und Feinde ganau zu unterscheiden. Aus dem Meer von Blut, das unsere Gefallenen verloren haben, wird eines Tages das neue Palästina entstehen.

## GENERALSTREIK IM LIBANON

Die Arbeiter und Angestellten des Libanon haben am 28.August einen Generalstreik durchgeführt, an dem sich über 200 000 Menschen beteiligten. Sie protestierten mit dieser Aktion gegen die ungeheure Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen: gegen die Steigerung der Lebenshaltungskosten um monatlich 35 %, gegen die katastrophale Wassernot, gegen Einsparungsmaßnahmen im privaten Energieverbrauch. Um Strom zu sparen, hat die libanesische Regierung für Beirut verfügt, daß die Läden bereits um 18 Uhr schließen, obwohl sie normalerweise bis spät in die Nacht geöffnet sind wegen der Hitze. Öffentliche Lichtreklamen sind verboten, die Straßenbeleuchtung wird gebietsweise abgeschaltet. Die Wasser- und Energieversorgung steht im Libanon, besonders in Beirut, vor dem Zusammenbruch, weil der vergangene Winter der regenärmste seit dem letzten Jahrhundert war und es im Sommerhalbjahr ohnehin nicht regnet.

# LIP/BESANÇON: Frankreichs Arbeiterklasse blickt auf Lip

**Der seit dem 17. April andauernde Kampf der Lip-Arbeiter in Besancon/Frankreich um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, hat die gesamte französische Arbeiterklasse gestärkt. Die Arbeitermassen Frankreichs sind ebenso wie die Bauern und Halbbauern beflügelt worden in ihren Anstrengungen, ihr Lebensniveau gegenüber den Angriffen der französischen Bourgeoisie zu verteidigen. So haben die Aluminiumarbeiter von Nogueres ihre Energie verdoppelt und nach 53 Tagen Streik einen Erfolg errungen, ebenso wie die Belegschaft von Arnoux-Salamander. Und die Bauern und Halbbauern im Larzac/Südfrankreich werden, gestärkt durch das Beispiel der Arbeiter von Lip, noch entschiedener für den Erhalt ihrer Anbauflächen eintreten gegenüber der reaktionären Messmer-Regierung und der fanzösischen Armee, die das Ackerland seit 2 Jahren in einen Truppenübungsplatz umzuwandeln versuchen.**

## DIE PLÄNE DER KAPITALISTEN UND DER REGIERUNG

Die 1300 Arbeiterinnen und Arbeiter von Lip führen ihren Kampf so geschlossen wie am ersten Tag, am 17. April, als der Streik beschlossen wurde. Ihre Forderungen sind heute wie damals dieselben: keine Entlassungen, keine Aufspaltung des Betriebes und der Belegschaft!

Am 17. April haben die Lip-Kollegen mit diesen Forderungen die Initiative ergriffen gegenüber der Geschäftsleitung. Die Geschäftsleitung war im Begriff, einen seit Herbst 1972 mit dem französischen Unternehmerverband und der Messmer-Regierung abgesprochenen Plan zur Liquidierung des Unternehmens auszuführen.

Die gesamte Belegschaft sollte entlassen werden. Nach der Durchführung des Konkurses aber sollte die Produktion wieder aufgenommen werden: die bisher einheitliche Gesellschaft sollte in drei neue Gesellschaften umgegliedert werden, in einer sollten Uhren montiert, in einer anderen Werkzeugmaschinen hergestellt und in einer dritten Waffen produziert werden. Die Uhrenmontage sollte ganz in den Besitz der schweizerischen Uhrenfirma Ebauches übergehen, die 43% der Lip-Aktien hält. Die beiden anderen Firmen sollten mit französischer Staatsbeteiligung betrieben werden. Die Belegschaft sollte nach der Umgruppierung nur zum Teil und zu schlechteren Bedingungen wieder eingestellt werden: über 300 Kollegen sollten keinen neuen Arbeitsplatz finden. Die seit 1968 erkämpften Betriebsvereinbarungen wie die 5. Urlaubswoche, die Mindestlohnvereinbarung von 1130 Francs bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 43 Stunden oder die Vereinbarung darüber, daß 60% des letzten Monatslohnes gezahlt werden als Rente, wenn der Arbeiter mit 61 und die Arbeiterin mit 60 Jahren in den Ruhestand treten, oder schließlich die Vereinbarung über die automatische Erhöhung der Löhne, wenn die Preissteigerungen 1,5% überschreiten – alle diese erkämpften Vorteile wären hinfällig gewesen.

Die Kapitalisten haben an ihrem Liquidierungsplan bis jetzt festgehalten, er wird jetzt von der französischen Regierung präsentiert. Die französische Regierung hat im Einvernehmen mit dem französischen Unternehmerverband und dem schweizerischen Uhrenkonzern Ebauches den Herrn Giraud beauftragt, diesen Plan durchzusetzen, und die neuen Gesellschaften zu gründen. Giraud selber ist Kapitalist und hat 'Beweise für sein Können geliefert' (Ministerpräsident Messmer, Nouvel Observateur, 3. 9.) Giraud verhandelt seit Ende August in der Nähe Besancons mit den Vertretern der Belegschaft. Die Delegierten der Belegschaft gehören den beiden französischen Gewerkschaften an: der CGT (Confederation Generale du Travail) und der CFDT (Confederation Francaise Democratique du Travail). Die CGT steht unter dem Einfluß der revisionistischen Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF), und die CFDT ist eine Abspaltung von der Christlichen (gelben) Gewerkschaft (CFTC), sie vertritt politisch ein Reformkonzept. In die Verhandlungen haben sich inzwischen die Angestelltengewerkschaft (CGC) eingeschaltet, in der einige höhere Angestellte von Lip organisiert sind und die sogenannte Force Ouvriere (FO), in der 10 Mitglieder der Belegschaft organisiert sind. Die FO und die Angestelltengewerkschaft sind wiederholt öffentlich gegen die Forderungen der Lip-Belegschaft aufgetreten. Sie stimmen beide dem Regierungsplan zu und sie haben beide die Kampfformen der Lip-Belegschaft als illegal verurteilt. Die französische Bourgeoisie hat diese beiden Organisationen bisher immer ins Spiel zu bringen versucht, um die Arbeiter zu verwirren und zu spalten, um sie um so besser schlagen zu können.


Diskussionen in der Fabrik, während der Besetzung

Die Lip-Belegschaft ist zu der Auffassung gekommen, daß unter diesen Umständen die einheitliche Vertretung ihrer Interessen nicht mehr gewährleistet ist. So wurde durchgesetzt, daß das Aktionskomitee, in dem über 200 Kollegen sich spontan zur besseren Organisierung des Kampfes zusammengeschlossen haben, ebenfalls an den Verhandlungen teilnimmt.

## DIE BESONDEREN KAMPFFORMEN DER LIP-ARBEITER

Das **Aktionskomitee** ist bei der Durchführung des Streiks zur entscheidenden Kraft geworden. Es wurde bereits zu Anfang spontan aus der Mitte der Belegschaftsversammlung heraus gegründet. Seither haben sich in ihm über 200 Arbeiterinnen und Arbeiter organisiert.

Das Aktionskomitee beruft die täglichen Versammlungen der Belegschaft ein und organisiert dort die Diskussion und die Durchführung der Beschlüsse der Belegschaft. Dabei gehen die Mitglieder des Aktionskomitees davon aus, daß es darauf ankommt, möglichst alle Mitglieder der Belegschaft in den Kampf einzubeziehen und niemanden beiseite stehen zu lassen. Es hat daher vorgeschlagen, die tägliche Arbeit in verschiedenen Kommissionen zu organisieren.

**Die Belegschaftsversammlung, die demokratisch über alle Vorschläge und Schritte im Kampf beschließt, hat daraufhin die Einrichtung folgender Ausschüsse durchgeführt:**

**–Der Empfangsausschuß.** Er ist verantwortlich für den Empfang der zahlreichen Besucher, er erklärt ihnen den Kampf und die Ziele der Lip-Arbeiter und zeigt ihnen, wie die Lip-Arbeiter Produktion und Verkauf der Uhren selber durchführen, als eine Kampfform, die unter den aktuellen Bedingungen ausgezeichnet geeignet ist, allen Zielen des Kampfes größeren Nachdruck zu verleihen.

–Der Ausschuß für das Rechnungswesen. Er wacht über die Buchführung, die Spendeneinnahmen und die Einnahmen aus dem Verkauf der Uhren.

**–Die Kommission für Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda.** Ihr Auftrag ist die Schaffung einer möglichst breiten Öffentlichkeitsarbeit und Sympathiebewegung für den Kampf der Lip-Arbeiter. Sie hat den Kontakt zu fast allen Belegschaftsvertretungen der französischen Betriebe aufgenommen, Solidaritätsveranstaltungen in ganz Frankreich organisiert, überall dorthin Delegationen entsendet, wo gerade Kämpfe der Lohnabhängigen, der Bauern und anderer Teile des Volkes stattfinden. Die breiten Solidaritätsstreiks, die sich spontan entwickelten nach dem Polizeieinsatz am 14. August gegen die Lip-Arbeiter, ist der ausgezeichneten Arbeit dieser Kommission mit zu verdanken. Sie gibt ein Informationsbulletin im Auftrag der Belegschaft heraus.

**–Die Kommission zur Verteidigung der politischen Gefangenen.** Dieser Ausschuß wurde eingerichtet, nachdem die Polizei mit 3000 Mann die Belegschaft aus der Fabrik vertrieben hatte und mit brutalem Terror gegen die spontanen Demonstrationen in Besancon vorging. Allein am 14. und am 15. August demonstrierten über 15.000 Menschen in Besancon. An den folgenden Tagen kam es immer wieder zu neuen großen Demonstrationen. Die Polizeieinheiten gingen jedesmal mit brutalstem Terror dagegen vor: mit Tränengasgranaten haben sie nicht nur auf die Menschen geschossen, sondern auch in die Wohnungen der Arbeiterviertel in unmittelbarer Nähe der Lip-Fabrik. Zahlreiche Fensterscheiben sind dabei zu Bruch gegangen. Wenn sich die Bewohner hinterher beschwerten, dann wurden sie angezeigt wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Insgesamt sind über 90 Arbeiterinnen und Arbeiter festgenommen worden, die alle ohne Ausnahme bei Lip oder in anderen Betrieben Besancons arbeiteten. Eine ganze Reihe von ihnen ist inzwischen fristlos von ihren Kapitalisten gekündigt worden. Die Lip-Belegschaft unterstützt diese Kollegen mit Geld, Solidaritätsveranstaltungen und ähnlichem.

**–Der Ausschuß für die Produktion.** Diese Kommission hat solange wie die Belegschaft den Betrieb besetzt hielt, die Weiterführung der Produktion und damit die Sicherung des Lebensunterhaltes der Belegschaft organisiert. Sie hat den ganzen Juli über entsprechend den Richtlinien der Belegschaft die Uhrenproduktion so aufrecht erhalten, daß jeder Kollege in die Arbeit einbezogen wurde nach einem rollierenden System.

**–Der Ausschuß für den Verkauf der Uhren.** Er hat den Verkauf am Ort und in ganz Frankreich organisiert. Außerhalb Besancons haben vor allem die Belegschaftsvertretungen der Betriebe und zahlreiche Unterstützungskomitees den Verkauf durchgeführt. Der Verkaufserlös beläuft sich inzwischen auf knapp 10 Millionen Francs! Die Lip-Arbeiter verkaufen die Uhren mit dem gleichen "Rabatt" an alle, wie früher nur Großhändlern von den Lip-Kapitalisten eingeräumt wurde, also 42% unter dem Einzelhandelspreis.

Die selbständige Organisation von Produktion, Verkauf und Auszahlung der Löhne, setzt die Kollegen aktuell in den Stand, auf sehr wirkungsvolle Weise den Kampf für ihre Forderungen mit ihrer Existenzsicherung zu verbinden. Sie sind nicht der Auffassung, daß die selbsttätige Organisation der Produktion durch die Arbeiter unter den Bedingungen des Kapitalismus generell möglich ist. Solchen Illusionen treten sie in ihren Flugblättern in jeder Weise entgegen: sozialistische Inseln im Kapitalismus sind nicht möglich. Ihr Vorgehen und ihre Erfolge sehen sie vielmehr als Bestätigung dafür an, daß die selbsttätige Organisation der Produktion, wie sie im Sozialismus geschieht, überhaupt möglich ist.

**–Ein Verpflegungsausschuß** stellt den Betrieb der Werkskantine sicher, ein weiterer Ausschuß sorgt für kulturelle Veranstaltungen und die Unterhaltung.

## DIE FRANZÖSISCHE BOURGEOISIE WARTET AB

Den ganzen Juli über haben diese Ausschüsse voll gearbeitet, täglich wurden die Belegschaftsversammlungen durchgeführt, wo jeder einzelne Schritt genau diskutiert, die jeweiligen Bedingungen des Kampfes analysiert und der Kampf zusammengefaßt wurde. Die Gegner der Lip-Arbeiter verhielten sich während dieser Zeit abwartend, die französische Bourgeoisie verfolgte eine Hinhaltetaktik. Die Kollegen sollten sich in Sicherheit wiegen, ihre Wachsamkeit sollte eingeschläfert werden. Der Konkurs der Firma wurde nicht vollzogen, und der Konkursverwalter bot zum Schein Verhandlungen über die Zahlung eines Teiles der Löhne und der Urlaubsprämie an. Regierungsvertreter traten mit allen möglichen Plänen an die Öffentlichkeit. Sie bezeichneten den Kampf der Lip-Arbeiter als ein Beispiel, als großartiges Experiment für die Arbeiterselbstverwaltung.

## MASSIVER POLIZEIEINSATZ GEGEN DIE LIP-ARBEITER

Doch im August, dem Monat, in dem die meisten Betriebe Frankreichs in Ferien sind, änderte die Bourgeoisie ihre Taktik. Auch die Lip-Arbeiter ließen viele ihrer früheren Aktivitäten ausfallen, vor allem wurde nur noch selten eine Belegschaftsversammlung durchgeführt. Die Gerichte ordneten in dieser Situation den sofortigen Vollzug des Konkurses an. Die französische Regierung erklärte, nun sei es genug, die Lip-Arbeiter müßten endlich ihre "illegalen Handlungen" aufgeben und zur "Rechtsstaatlichkeit" zurückkehren. Regierungschef Messmer und Industrieminister Charbonnel erklärten, bis zum 1.September müßten in Besancon wieder geordnete Verhältnisse herrschen. Gleichzeitig drohten sie offen mit der Polizei für den Fall, daß die Belegschaft sich nicht füge. Die Lip-Kollegen bekräftigten demgegenüber ihre Forderungen, und hielten fest an der Betriebsbesetzung.

Gleichzeitig bereiteten sie sich auf einen Polizeieinsatz vor. So wurde planmäßig der Umzug in ein in der Nähe liegendes Gymnasium organisiert. Alle Maschinen wurden durch den Ausbau von wichtigen und nur schwer beschaffbaren Teilen funktionslos gemacht. Die fertigen Uhren und das Material für die Weiterführung der Produktion wurde bei Seite geschafft. Die Gelder wurden versteckt, ebenso wie alle wichtigen Unterlagen. Alle Belegschaften französischer Betriebe, die nicht in den Ferien waren, forderten sie auf, einen eventuellen Polizeieinsatz mit Streik zu beantworten. Als dann die Polizei mit einem massiven Einsatz von 3 000 Mann im Morgengrauen des 14. August die Lip-Arbeiter aus ihrer Fabrik vertrieb, kam es zu breiten Streiks, wegen der Feriensituation vor allem im öffentlichen Dienst, beim Fernsehen und bei den Versorgungsbetrieben. In Besancon demonstrierten über 15 000, Massenkundgebungen fanden in Paris und zahlreichen anderen Städten Frankreichs statt, und selbst in den kleinsten Dörfern demonstrierten die Menschen ihre Solidarität mit den Lip-Arbeitern. Diese breite Bewegung in ganz Frankreich zeigt, daß die französischen Volksmassen nicht nur mit den Kampfzielen der Lip-Arbeiter sympathisieren, sondern vielmehr auch mit den Kampfformen; die breiten Volksmassen wollen vorwärts, sie wollen den Sozialismus.

## DIE STREIKFRONT STEHT WIE AM ERSTEN TAG

Diese breite Solidaritätsbewegung, die jetzt auf Vorschlag des Aktionskomitees der Lip-Arbeiter am 22. September in einer zentralen Demonstration in Besancon zusammengefasst werden soll, zeigt: **die Lip-Arbeiter stehen in Frankreich an der Spitze der Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes. Eine solche Aktion ist ein ausgezeichneter Schritt, gerade jetzt, wo bürgerliche Kräfte die Einheit der Belegschaft zu spalten versuchen. Die Belegschaft hat ihre Arbeit in den Ausschüssen wieder aufgenommen. Uhren werden wieder produziert. Ihre Kampfentschlossenheit hat sich nicht zuletzt am 31. August gezeigt, als sich die Kollegen ihre Löhne selber auszahlten. Das ganze war so gut organisiert und geschah so schnell, daß die eingeleitete Polizeiaktion ins Leere stieß.**

D.T.

# CHILE: „Die Volksmacht aufbauen"

**Der "friedliche Weg zum Sozialismus" des chilenischen Präsidenten Allende ist heute kein friedlicher Weg mehr. Die reale Entwicklung in Chile hat in aller Deutlichkeit gezeigt, daß das Volk seine Macht nur auf dem Weg des Klassenkampfes errichten kann. In dem Maß, in dem das chilenische Volk seine Zersplitterung überwand, sich von Reformillusionen löste und den Kampf für den Sozialismus auf die Tagesordnung setzte, hat die Bourgeoisie Chiles zu Terror- und Sabotageakten gegriffen, um dies zu verhindern.**

## DER PUTSCHVERSUCH

Am Morgen des 29. 6. 73 griffen die Einheiten der chilenischen Armee das Regierungsgebäude Allendes an, mit dem Ziel, die Regierung der Unidad Popular (Volksfront) zu stürzen oder zumindest auslösender Faktor für ein Erheben der gesamten Armee gegen die Regierung Allendes zu sein. Der Putschversuch scheiterte am geschlossenen Handeln des Proletariats, das sofort die Fabriken besetzte und auf diese Weise seine Macht demonstrierte.

Der gescheiterte Putschversuch war nicht das Ende der Angriffe der Reaktion, sondern nur der Beginn einer neuen Offensive der Bourgeoisie. Die Kampfmittel, die sie anwendet, reichen von wirtschaftlicher Sabotage über offen faschistischen Terror bis hin zu scheinbar "versöhnenden" Verhandlungsangeboten an die Unidad Popular, mit denen sie die Arbeiterklasse und das Volk spalten will.

## DER FUHRUNTERNEHMERSTREIK

Am 26. 7. 73 begannen 40000 Fuhrunternehmer einen "Streik". Sie wollten damit die angespannte wirtschaftliche Lage weiter verschlechtern, das Volk demoralisieren, um Allende so an den Verhandlungstisch zu bekommen. Auch Allende hält Verhandlungen mehr und mehr für den einzigen Ausweg aus der Krise! Zusammen mit den Fuhrunternehmern sabotierten die Taxi- und Busfahrer, sowie etwa die Hälfte der Ärzte die Versorgung der Volksmassen. Mit brutalem Terror, kaltblütigen Morden und Attentaten gingen diese reaktionären Teile der Kleinbourgeoisie gegen alle vor, die in heldenhaftem Einsatz nicht an der Sabotage der Versorgung der arbeitenden Massen teilnahmen. Über 300 Sabotageakte und Attentate wurden gemeldet, über zehn Menschen wurden ermordet, weil sie nicht bereit waren, dem Volk in den Rücken zu fallen.

Die Bourgeoisie, die im Parlament hauptsächlich durch die Christdemokratische und die Nationale Partei vertreten ist, stellte höhnisch die Bedingungen für die Beendigung ihres Terrors: Aufnahme von Militärs in die Regierung! Beendigung der Verstaatlichung! Entlassung des Transportministers Faivovich! Rückgabe der besetzten Betriebe! Nur wenn Allende diese Bedingungen sofort erfüllte, könnten die Gespräche mit der Christdemokratischen und der Nationalen Partei erfolgreich sein. Jedoch ging es der Bourgeoisie nicht in erster Linie um die Erfüllung dieser Forderungen. Den Grund für ihr Verhandlungsangebot charakterisierte Altamirano, Generalsekretär der Sozialistischen Partei (die größte im Parteienbündnis der Unidad Popular) folgendermaßen: "Jede Form der Zusam-

**(Fortsetzung Seite 16)**

**Miguel Enriquez, der Generalsekretär der MIR erklärt zur gegenwärtigen Lage:**

*"Keine Bewegung innerhalb der Linken oder der Arbeiterklasse und des Volkes wünscht oder fördert den Bürgerkrieg. Dieser entsteht vielmehr als die neue Taktik der Rechten als Antwort auf ihre gescheiterten Versuche der Klassenversöhnung und ihre Ablösung durch die Taktik der Zuspitzung und Polarisierung des Klassenkampfes . . . Deshalb reicht die reformistische Politik einiger Sektoren, nur die Möglichkeit eines Bürgerkrieges aufzuzeigen, nicht aus, um das Volk, den Notwendigkeiten entsprechend, zu bewaffnen.*
*Wir beharren deshalb darauf, daß die grundlegende Aufgabe darin bestehen muß, die notwendige Kraft der Massen zusammenzufassen, sei es, um einen Bürgerkrieg zu verhindern, oder um ihn zu gewinnen, sollte er durch die reaktionären Kräfte entfesselt werden.*
*Diese Zusammenfassung der Kräfte kann nur durch die Erstellung eines revolutionären Volksprogrammes gesichert werden, das aus der Diskussion der Arbeiterklasse und des Volkes über die Industrie, die Landwirtschaft, das Wohnungswesen, die Erziehung, das Arbeitsrecht usw. entstehen muß. Ein Programm, das das Volk ermutigt, bewaffnet und vereint und es der Arbeiterklasse erlaubt, ihre Rolle als Protagonisten der Geschichte auszuüben. In der Perspektive in der Entwicklung einer Volksmacht, die eine Alternative zur bürgerlichen Ordnung darstellt, und von dieser Regierung unabhängig ist: die Comandós Comunales de Trabajo."*



Die chilenischen Volksmassen stellen sich mutig dem putschenden Militär entgegen

(Fortsetzung von Seite 15)

menarbeit mit den Christdemokraten dient nur dem Faschismus. Die Christdemokratische Partei bietet die Verhandlungen nur an, um die Massen zu demoralisieren und ideologisch zu entwaffnen."

## DIE TAKTIEREREI ALLENDES HINTER DEM RÜCKEN DER VOLKSMASSEN

Anstatt das Volk über die Absichten der Bourgeoisie aufzuklären, ging Allende auf das vermeintlich Angebot ein. Er nahm Militärs in die Regierung, entließ Faivovich und kündigte das Ende der Verstaatlichungen an. Gleichzeitig polemisierte er äußerst scharf gegen diejenigen, die nicht bereit sind, den Kampf für den Sozialismus um des Ausgleichs mit der Bourgeoisie willen zu opfern. Aber Allende hat keine Wahl. Obwohl er in gutbürgerlicher Manier den kommunistischen MIR auf die gleiche Ebene wie die faschistische Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit) stellt, wenn er behauptet, beide seien "Pseudorevolutionäre, die sich die Hände reichen", so mußte er unter dem Druck der Volksmassen die faschistische Terrororganisation "-Vaterland und Freiheit" doch kürzlich verbieten.

Der Bourgeoisie lag an der Aufnahme von Militärs in Schlüsselstellungen der Regierung besonders viel. Denn für die herrschende Klasse in Chile ist klar, daß die chilenische Armee nicht eine ist, die etwa loyal zu jeder gewählten Regierung hält und sich den sozialen Fragen gegenüber neutral verhält, sondern daß sie die bewaffnete Streitmacht der Bourgeoisie ist. Die chilenische Bourgeoisie hat die Armee aufgebaut, um ihre Ausbeuterordnung zu schützen, um ihre Herrschaft über die Volksmassen zu sichern. Die Soldaten werden deshalb unter Druck gesetzt. Wenn sie mit den Interessen des Volkes sympathisieren, ist ihre Verhaftung und Folterung sicher.

Büros fortschrittlicher Organisationen werden in selbständigen Aktionen der Armee nach Waffen durchsucht und verwüstet. Willkürlich werden Menschen festgenommen. Am 4. 8. 73 überfielen Armeeeinheiten die Fabrikviertel von Punta Arenas, durchsuchten die Fabriken und zerstörten sie völlig. Auf Arbeiter, die sich gegen diesen Terror zur Wehr setzten, wurde das Feuer eröffnet; zwei Arbeiter sind dabei erschossen worden.

Solche Erfahrungen machen die Arbeiterklasse wachsam der Taktiererei Allendes gegenüber: "Das Militärkabinett wird von uns als ein Verrat an der Arbeiterklasse angesehen, weil es zeigt, daß die Regierung kein Vertrauen in die Arbeiterklasse hat und weiter zögert", antwortete ein Arbeiter auf die Frage, was er vom Militärkabinett halte. Er erklärte weiter: "Die Militärs in der Regierung sind im Grunde nur eine Garantie für die Herren, nicht für die Arbeiterklasse. Wir haben damit unsere Erfahrungen, wir glauben, daß die Überfälle weitergehen werden und daß viele Arbeiter fallen werden." Ein anderer antwortete auf die gleiche Frage: "Wir sind für die Revolution und gegen die Reformisten. Wir wollen ein für alle Mal die Macht des Volkes in Chile aufbauen und sind gegen die Militärs im Kabinett."

## DIE CHILENISCHEN VOLKSMASSEN HABEN IHRE LEHREN AUS DEN NIEDERLAGEN GEZOGEN

Das chilenische Volk wurde in den letzten Jahren zunehmend geschlossener und kampfbereiter. In zahllosen Aktionen konnten wichtige Erfahrungen gesammelt werden, wie die Arbeiterklasse und das Volk die immer wütender werdenden Angriffe der Reaktion abwehren kann. "Crear, crear, poder popular!" – "Die Volksmacht aufbauen!", das war die Parole, mit der die Arbeiterklasse den erfolgreich niedergeschlagenen Putschversuch feierte und die Konsequenzen daraus zog. Und die Volksmacht wird aufgebaut, selbständig von der Arbeiterklasse und gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Die wichtigsten Organe der Volksmacht sind die "Cordones industriales", die "Comandos Comunales" und die "Consejos Campesinos".

Die **Cordones Industriales** sind demokratische Organisationen, in denen sich die Arbeiter der Fabriken von Industriebezirken zusammengeschlossen haben. Sie sind im Herbst letzten Jahres in Santiago de Chile entstanden. Heute gibt es sie in nahezu jedem Industriebezirk in ganz Chile. In diesen Vereinigungen diskutieren die Arbeiter die Aufrechterhaltung und die Gestaltung der Produktion, organisieren die Beschaffung von Rohstoffen und vor allen Dingen die Verteidigung der Fabriken gegen faschistische Überfälle. Viele Fabriken werden Tag und Nacht von den Arbeitern besetzt gehalten.

Die **Consejos Campesinos** (Bauernräte) sind auf dem Lande unter der Bauernbevölkerung entstanden. Sie haben die gleichen Aufgaben wie die Cordones Industriales. Die Verteidigung der Ländereien gegen faschistische Überfälle muß organisiert werden. Die feudale Reaktion beantwortete das wachsende Klassenbewußtsein der Landarbeitermassen und die immer häufiger stattfindenden Besetzungen von Ländereien mit wütendem Terror.

Die **Comandos Comunales** sind die Zusammenschlüsse aller vom Volk geschaffenen Organe auf Stadtteilebene. In ihnen arbeiten die Mitglieder aller Linken politischen Organisationen zusammen, organisieren die Versorgung mit Kleidung und Lebensmitteln, haben Preiskontrollorgane gebildet ebenso wie Mütterzentren. Auch hier gewinnt die Verteidigung gegen Willkürakte der Armee und gegen faschistische Überfälle der "Patria y Libertad" immer mehr an Bedeutung. Die Leiter der Comandos Comunales verfolgen das Ziel, jeden in die Arbeit miteinzubeziehen, um die breiteste Einheit und größte Geschlossenheit des Volkes herzustellen.

Die Arbeit in diesen "Basisorganisationen des Volkes", wie die Comandos, Cordones und Consejos in Chile genannt werden, war ein wichtiger Faktor in dem ungeheuren Fortschritt an Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft, den das chilenische Volk seit Beginn der Regierung der UP gemacht hat. In diesen Organisationen, in denen das Volk seine Geschicke selbst in die Hand genommen hat, erfährt jeder einzelne tagtäglich die Erfordernisse des Klassenkampfes, des Aufbaus des Sozialismus. So ist es nicht verwunderlich, daß z. B. insbesondere die Mitglieder der Kommunistischen Partei Chiles immer häufiger in Widerspruch zu den revisionistischen Führern dieser Partei gerät: unter dem Druck der Massen mußte die auf den Ausgleich gesinnten Führer dieser Partei die "Basisorganisationen" anerkennen und ihre Mitglieder auffordern, sich in ihnen zu organisieren. Ursprünglich hatten sie diese Organisationen als "gefährliche Doppelherrschaft" diffamiert!

## DIE IMPERIALISTEN SIND ZUM ENTSCHEIDENDEN SCHLAG ANGETRETEN

Die Arbeiterklasse Chiles braucht diese Erfahrungen und die Einheit, nicht nur, um den Angriffen der einheimischen Bourgeoisie entgegentreten zu können. Der Feind aller Völker, der Imperialismus, hat auch in Chile seine offene Intervention angekündigt: jüngst erklärte Hugo Banzer, der Chef der bolivianischen faschistischen Militärregierung, daß er seine Truppen in den Norden Chiles einfallen lassen werde. Die brasilianische Militärregierung, die über ausgearbeitete Pläne zur Besetzung eines großen Teils von Lateinamerika verfügt, kündigte an, daß sie eine Straße von Santos nach Nordchile bauen wird. In Bolivien haben die chilenischen Grundbesitzer eine schlagkräftige Armee aufgebaut mit Hilfe des amerikanischen Geheimdienstes CIA. Sie warten nur auf den günstigsten Moment, um in Chile einzufallen. Die US-Imperialisten führen gerade wieder große Seemanöver vor der Küste Chiles durch. Die US-Imperialisten machen immer größere Anstrengungen, um in Chile ebenso wie Bolivien und Brasilien ein Marionettenregime zu installieren.

Der Kampf des chilenischen Volkes wird den Völkern Lateinamerikas Beispiel sein. Das chilenische Volk ist nicht am Ende seiner Kräfte. Im Gegenteil: der Kampf des chilenischen Volkes zeigt, zu welcher Leistung ein Volk fähig ist, wenn es um seine Freiheit, für den Sozialismus kämpft. *F.H.*

# Cholera in Italien

In den letzten Wochen sind in Italien Hunderte von Choleraerkrankungen bekannt geworden. Schon heute hat die Cholera mindestens 15 Menschenleben gekostet. Der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Cholerawelle ist offensichtlich Neapel.

Es ist kein Zufall, daß diese gegenwärtige Cholerawelle in Neapel ausbrach. Neben die alten Elendsviertel, in denen Hundertausende, oft Arbeitslose, unter miserablen Bedingungen sich durchs Leben schlagen müssen, hat die kapitalistische Bauspekulation neue Elendsviertel errichtet, die von vorneherein als solche geplant waren. Ausreichende Wasserversorgung, Kanalisation und Müllentfernung gibt es in diesen neuen Elendsvierteln genauso wenig wie in den alten. Wenn die bürgerlichen Zeitungen jetzt diese oder jene einzelne Ursache für die Seuche aufzuspüren versuchen, wie z. B. die Muscheln, die in der Bucht von Neapel herangezüchtet, zu Trägern von Krankheitserregern geworden sind, so schimmert doch selbst in ihren Berichten durch, daß die eigentliche Ursache, die völlige Zerstörung der Lebensverhältnisse durch die bürgerliche Profitsucht und Verwaltung ist. So schreibt die Süddeutsche Zeitung: *"Abwasseraufbereitung ist nahezu unbekannt; aller Dreck, aller Schmutz, aller Unrat fließt ins Meer, dessen vielbesungenes Blau sich längst in ein trübes Dunkel bis Schwarz verwandelt hat. Und nicht selten, wenn es in Regenzeiten zu Überschwemmungen oder Unterspülungen ganzer Stadtteile kommt, schwappen die Abwasserkanäle über, bersten die Kanalisationen – und wieviel dann jeweils von der gefährlichen Brühe auf unerforschlichen Wegen in die Wasserversorgung gelangt, weiß niemand anzugeben. Hygieniker befürchten das Schlimmste."*

Die Masse der Bevölkerung Neapels erkennt immer klarer, daß die Übel gesellschaftliche und politische Ursachen haben. So verwandelt sich die Angst vor der Seuche in eine Revolte gegen die bürgerliche Verwaltung, die weder in der Lage ist, die Cholera zu verhindern, noch jetzt, wo sie ausgebrochen ist, wirksam zu bekämpfen. Aus Protest gegen diese Verwaltung fanden Massendemonstrationen statt, auf den Plätzen wurde der Müll verbrannt, Feuerwehrleute, die das verhindern wollten, wurden verprügelt. Wie immer bei solchen Massenbewegungen im Süden Italiens, versuchen auch hier die Faschisten im Trüben zu fischen und die Empörung der Massen über die bürgerliche Verwaltung auf ihre reaktionären Ziele auszurichten. Dies wird ihnen erleichtert, weil die starke revisionistische KPI sich in solchen Auseinandersetzungen immer schützend vor die Verwaltung stellt, mit der sie stark verfilzt ist. So fehlt gegenwärtig noch eine Kraft, die die Revolte der Massen gegen die bürgerliche Verwaltung auf den Weg zur proletarischen Revolution führt. Dies zeigt, wie notwendig es gerade in Italien ist, einem Land, in dem die Massen überall und aus verschiedenen Anlässen in Bewegung gekommen sind, daß sich die revolutionären Organisationen auf der Linie des Marxismus-Leninismus zusammenschließen, um den Massenkämpfen in allen Fragen eine revolutionäre Stoßrichtung zu geben. G.S.